Montag, 10. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 212 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verteidigung: Minister Wörner will die Luftverteidigung der Bundesrepublik verstärken. In der Bundeswehrplanung für die nächsten 15 Jahre ist zu diesem Zweck die Einführung moderner Flugabwehrsysteme sowie die Verbesserung der Munitionsausstattung vorgesehen. (S. 4)

Eliteförderung: Für eine Bildungspolitik, die jedes intellektuelle Niveau optimal fördert, sprach sich der FDP-Vorsitzende Genscher aus. Hochschulen sollten sich ihre Studenten selbst aussuchen können. (S. 4)

„Partner SPD": Die Grünen sollten nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Schily alsbald ein Bündnis mit dem „geborenen Partner" SPD anstreben und zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit sein. (S. 4)

Herbstaktionen: Die Südwest-SPD will die geplanten Herbstaktionen der „Friedensbewegung" unterstützen. Ein ensprechender Antrag der Jusos wurde auf dem Parteitag in Karlsruhe gebilligt.

Papst-Reise: Die jugoslawische Regierung hat einem Besuch Johannes Pauls II. grundsätzlich zugestimmt. *Der Termin liegt noch* nicht fest. Gestern begann der Papst einen zwölftägigen Besuch in Kanada. (S. 5)

Nicaragua: Nach anfänglichen Dementis gab Washington jetzt zu, daß die gegen Nicaragua *kämpfenden US-Söldner* Kontakte zu offiziellen amerikanischen Stellen haben. (S. 5)

Mittelamerika: Die Contadora-Gruppe hat Nicaragua, Costa Rica, El Salador, Honduras und Guatemala eine Frist bis zum 15. Oktober gegeben, den Friedensvertrag, der Fragen der Abrüstung, Sicherheit und Demokratie regelt, zu unterzeichnen.

In die UNO? Für den gleichzeitigen Beitritt der beiden Koreas zur UNO sprachen sich Japan und Südkorea aus. (S. 5)

Heute: CDU-Präsidium und CDU/CSU-Bundestagsfraktion tagen in Berlin.

Was hat die Jugend gegen die Parteien?

Wer die in Mode gekommenen „Dialoge" der etablierten Politiker mit Jugendlichen beobachtet, sieht sehr schnell die kritische Distanz. Eine Verweigerungshaltung gegenüber bisher weitgehend unbestrittenen Ansprüchen der Gesellschaft hat sich bei rund einem Viertel der Jugendlichen festgesetzt. Die Parteien finden nur schwer Zugang zu ihnen. Seite 6

WIRTSCHAFT

Dollar: Sparkassen-Präsident Geiger rät von weiteren Investitionen in den Dollar ab. Die US-Währung sei erheblich überbewertet, so daß mit einer Trendwende gerechnet werden müsse. Ein Kurs *zwischen 2,20 und 2,50 DM* sei realistisch.

Lebhafte Kreditnachfrage: Unternehmen und Selbständige (ohne Wohnungsbau) haben in den sechs Monaten 1984 mit acht Milliarden DM fast dreimal soviel Kredite aufgenommen wie in der ersten Hälfte '83 und fast viermal soviel wie im ersten Halbjahr '82. (S. 11)

Wirtschaftswissenschaftler: Der härtere Ausleseprozeß unter den Jungakademikern macht sich auch in diesem *Teilarbeitsmarkt* deutlich bemerkbar. Jeder dritte der 1983 arbeitslos gemeldeten Wirtschaftswissenschaftler war *Berufsanfänger.* (S. 11)

Verkehr: Minister Dollinger will 1985 die Verkehrsinvestitionen um 690 Millionen auf 12,3 Milliarden DM steigern. (S. 11)

ZITAT DES TAGES



» Wir haben unmißverständlich klargemacht, daß wir im Recht auf Selbstbestimmung den politischen und moralischen Kern der nationalen deutschen Frage erblicken «

Heinrich Windelen, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, gestern auf der Zentralveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Berlin zum „Tag der Heimat" (S. 10) FOTO: DIE WELT

KULTUR

Shakespeare: Mit drei bis zur Absurdität entfremdeten Shakespeare-Stücken feiert das „Théâtre du Soleil" bei den Berliner Festwochen Triumphe. (S. 17)

Spitzweg-Gemälde: „Der eingeschlafene Wächter" ist aus dem Kurpfälzischen Museum in Heidelberg gestohlen worden.

Kultstätte: Ein zweites Stonehenge glauben britische Archäologen am Rande von Dartmoor in Devon gefunden zu haben. Die aus Riesensteinen gebildete Kult*stätte dürfte in der Steinzeit vor* etwa 5000 Jahren errichtet worden sein – rund 1000 Jahre früher als das berühmte Stonehenge in der Grafschaft Wiltshire.

SPORT

Tennis: Martina Navratilova gewann die offenen amerikanischen Meisterschaften in Flushing Meadow. Sie übertrumpfte ihre amerikanische *Landsmännin* Chris Evert-Lloyd 4:6, 6:4, 6:4.

Fußball: Beckenbauers *Mann*schaft gegen Argentinien: Schumacher, Jakobs, Matthäus, K. Förster, Frontzeck, Bommer, Brehme, *Magath, Falkenmayer. Herget* und Littbarski wurden gestrichen.

AUS ALLER WELT

Sportstätten: Die Bundesregierung will sich trotz des zunehmenden Trends, Sportstätten aus Wohngebieten auszuschließen, auch künftig für wohnnahe Möglichkeiten zur Sportausübung einsetzen. (S. 18)

Wetter: Mit Kälte, starken Regengüssen und Stürmen geht der Sommer nahtlos in den Herbst über. In Frankfurt wurde mit 10,8 Grad der kälteste Septembertag seit Beginn der Aufzeichnungen vor 114 Jahren registriert. Selbst vergangene Weihnachten war es wärmer. Die Aussichten: Weiterhin naß und viel zu kalt.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Auch Schiwkow kommt nicht. Was wird aus dem Besuch Ceausescus?

Bulgarien spricht von „Verschiebung" / Moskau zieht im Warschauer Pakt die Zügel scharf an

DW. Bonn

Der bulgarische Staats- und Parteichef Schiwkow hat seinen für September vorgesehenen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vermutlich infolge einer sowjetischen Intervention in Sofia abgesagt. Das erfuhr die *WELT* am Wochenende in Bonn, nachdem der stellvertretende Regierungssprecher Sudhoff die Tatsache der Absage ohne Kommentar und Begründung *mitgeteilt* hatte. Die deutsche Botschaft in Sofia war bereits am Sonnabend von der Entscheidung unterrichtet worden, die Bulgarien aber erst am Montag offiziell bekanntgeben wollte. Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher waren bereits am Sonnabend von der Absage Schiwkows unterrichtet worden.

Wie die WELT weiter erfuhr, begründete Sofia den Schritt mit dem „veränderten Ost-West-Verhältnis". Der stellvertretende Außenminister Gotzew verwies in einem persönlichen Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Sofia, Thomas, außerdem auf die laufenden NATO-Manöver, die einen Besuch Schiwkows in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit nicht möglich erscheinen ließen. Zu den ebenfalls stattfindenden Manövern *des Warschauer Paktes äußerte* sich die bulgarische Regierung nicht. Gotzew betonte jedoch an verschiedenen Stellen seiner Ausführungen, daß *es* sich um eine „Verschiebung" des Besuchs handle. Bulgarien sei an der Weiterentwicklung bilateraler Beziehungen interessiert. Man hoffe, daß die Bundesregierung die Absage richtig verstehe, damit kein Schaden in den Beziehungen entstehe.

SEITEN 3 und 10:
Weitere Berichte und Analysen

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den ebenfalls abgesagten Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker hatte die Bundesregierung in den vergangenen zehn Tagen mit einer gewissen Genugtuung hervorgehoben, daß neben dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow (einem anerkannten Wirtschaftsfachmann) auch Schiwkow und sein rumänischer Kollege Ceausescu in die Bundesrepublik Deutschland reisen würden. Kostandow war in der vergangenen Woche während eines Besuchs der Leipziger Messe überraschend gestorben und wurde bereits an der Kreml-Mauer beigesetzt. Schiwkows und Ceausescus Besuch hatte Bundeskanzler Kohl während seiner Pressekonferenz am 31. August mit der Friedenspolitik Bonns in Zusammenhang gebracht. Zuversichtlich bemerkte er, daß die Deutschlandpolitik seiner Regierung in den „Gesamtrahmen der Ost-West-Beziehungen eingebettet" sei.

Ob Ceausescu nun als einziger osteuropäischer Führer der Bundesrepublik seine angekündigte Aufwartung machen wird, gilt in Bonn als eine Art Preisfrage. Während Sachkenner anmerken, der Rumäne habe sich durch die Beteiligung an den Olympischen Spielen an den weitest denkbaren Punkt vorgewagt, verweisen politische Kreise auf die erwiesene Unabhängigkeit Ceausescus im Rahmen des Warschauer Paktes. Unsicherheit hat die *Frage* ausgelöst, ob Rumänien an den laufenden Manövern des Warschauer Paktes zum erstenmal seit langer Zeit wieder mit *einem Truppenkontingent teilnimmt.*

Die Absage Schiwkows steht auf dem Hintergrund der mächtig gewordenen Tendenz in Moskau, die Außenpolitik ihrer europäischen Verbündeten, möglicherweise aber auch deren an westlichen Kredit- und Handelsverbindungen stark interessierte *Wirtschaftspolitik zu disziplinieren.* „Die Kreml-Führung erklärt die Politik der Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern *jetzt* zur sowjetischen Chefsache", erklärte ein Sachkenner. Die fortgesetzte Revanchismus-Kampagne gegen Bonn, die nun auch in der „DDR" mit voller Lautstärke nachposaunt wird, sei ein Zeichen dafür, daß die Sowjetunion die Zügel der eigenen Regie anziehe. Sie wolle Bundeskanzler Kohl nicht ins Licht einer erfolgreichen Ost- und Deutschlandpolitik geraten lassen.

Moskau: Westen will sozialistisches Lager spalten

DW. Sofia

Die Sowjets haben „imperialistische Kräfte" des Versuchs beschuldigt, das sozialistische Lager durch eine unterschiedliche Behandlung der einzelnen Staaten zu spalten. Politbüromitglied Michail Gorbatschow griff in einer Rede zum 40. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme in Bulgarien vor allem die USA an. „*Die Imperialisten* bestehen frech auf ihrem Recht, einige sozialistische Staaten zu bestrafen und andere zu belohnen", erklärte Gorbatschow. *Unter Hinweis auf die Zeit vor* 40 Jahren fügte der Abgesandte Moskaus hinzu: „Wir können nicht umhin, uns daran zu erinnern, daß all dies mit dem bitteren Krieg gegen den Faschismus begonnen hat, und dies umso mehr angesichts des von der aggressiven Politik der USA und der NATO geförderten Hochkommens des Revanchismus."

Nimmt Rumänien an Manöver in der CSSR teil?

DW. Bonn

Die Frage, ob erstmals seit vielen Jahren rumänische Truppen an einem Manöver des Warschauer Pakts teilnehmen – nämlich an der Übung „Schild 84" auf dem Gebiet der CSSR – wird von militärischen Beobachtern in West- und Osteuropa unterschiedlich beantwortet. Während es in Bonner Kreisen heißt, daß an der Beteiligung rumänischer Truppen an der gegenwärtig laufenden Paktübung keinerlei Zweifel mehr bestünden, sind andere Militärexperten immer *noch der Auffassung, bei einer vom* Fernsehen der CSSR verbreiteten Meldung über eine Teilnahme rumänischer Verbände könne es sich möglicherweise um eine gezielte Desinformation handeln. Radio Bukarest hatte vor kurzem erklärt, nur Angehörige rumänischer Stäbe seien an der Übung beteiligt.

Seite 10: Prag

Gorbatschow wirbt in Sofia um Tirana

DW. Sofia

Das sowjetische Politbüromitglied Michail Gorbatschow hat abermals von der Bereitschaft Moskaus gesprochen, die seit den 60er Jahre schlechten zwischenstaatlichen Beziehungen mit *Albanien* zu verbessern. *Die* UdSSR sei an einer „Normalisierung der Beziehungen" interessiert, zitierte die amtliche bulgarische Nachrich*tenagentur BTA aus einer Erklärung* Gorbatschows während der Feiern zum 40. Jahrestag des sozialistischen Bulgariens in Sofia.

Nach dem Zerwürfnis mit Moskau wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten hatte das Regime in Tirana in den 70er Jahren auch mit dem bis dahin eng verbündeten China gebrochen. Alle verbalen Bekundungen der Sowjets, die Beziehungen zu Tirana wieder enger gestalten zu wollen, wurden bisher von der albanischen Führung zurückgewiesen.

Weizsäcker: Ich hätte Honecker empfangen

DW. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat im Hinblick auf die Diskussion um die Honecker-Absage davor gewarnt, sich allzusehr einer „Innenbetrachtung" des deutsch-deutschen Verhältnisses hinzugeben und darüber die Einbettung der deutschen Frage in die Ost-West-Beziehungen zu übersehen. Im ZDF ließ der Bundespräsident keinen *Zweifel,* daß er den Staatsratsvorsitzenden der „DDR" empfangen hätte – freilich nach Maßgabe des Ergebnisses vor*ausgehender Verhandlungen:* „Ein solcher Besuch kann nur dann gelingen, wenn man sich gegenseitig statusmäßig nicht zu übervorteilen sucht", sagte von Weizsäcker. „Wenn wir einen Besucher bei uns empfangen, dann dürfen wir ihm nicht zumuten, einerseits unser Gast zu sein, andererseits aber nur halb zur Kenntnis genommen zu werden."

ÖTV-Forderungen stoßen auf scharfe Kritik

„Wer sichere Arbeitsplätze hat, muß Rücksicht nehmen"

DW. Frankfurt

Vor allem mit dem Hinweis auf die Sicherheit der Arbeitsplätze im Staatsdienst haben Politiker von CDU und FDP die Forderung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) nach fünfprozentigen Lohn- und Gehaltsanhebungen sowie zehn zusätzlichen freien Tagen im Jahr für die rund 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst kritisiert. Der saarländische Ministerpräsident Zeyer erklärte, im öffentlichen Dienst gebe es so gut wie kein Arbeitsplatzrisiko. Daher sei ein sehr maßvoller Abschluß vertretbar, der möglichst unter denen in der freien Wirtschaft liegen sollte. Ähnlich äußerte sich der FDP-Generalsekretär Haussmann. Wenn die ÖTV sage, sie wolle mindestens das erreichen, was in der privaten Wirtschaft erreicht wurde, sei das „keine richtige Ausgangsposition" für die Tarifverhandlung. „Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit müssen Menschen, die sichere Arbeitsplätze haben, Rücksicht nehmen" und finanziellen Spielraum für eine Politik lassen, „die in der privaten Wirtschaft zusätzliche Arbeitsplätze schafft".

Demgegenüber hat die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies der von der Bundesregierung geplanten „Null-Runde" erneut den Kampf angesagt. Für die Beschäftigten mit unteren und mittleren Einkommen sei dies „schon fast eine Existenzfrage", erklärte sie. Deshalb sei es „wichtig, daß die Bundesregierung ihre Absicht nicht verwirklichen kann".

Reagan: Mein Ziel ist die Abschaffung der Atomwaffen

Sowjetunion zu „ernsthaftem Dialog" aufgefordert / Interview

DW. London

US-Präsident Ronald Reagan hat den Gedanken einer völligen Abschaffung von Atomwaffen als vordringliches Ziel der Außenpolitik seiner angestrebten zweiten Amtszeit im *Weißen Haus ins Gespräch* gebracht. Falls die Sowjetunion ebenfalls zur Reduzierung dieser Waffen bewogen werden könne, könnte es vielleicht *dazu kommen.* „*Ich glaube nicht,* daß die Welt mit dieser großen Bedrohung, die über ihr hängt, leben sollte", sagte Reagan in einem Interview mit der Londoner Zeitung „Sunday Times".

Reagan erklärte, die Vereinigten Staaten müßten und würden mit der Sowjetunion einen „so ernsthaften und konstruktiven Dialog aufnehmen, wie es die sowjetische Führung zuläßt". Für seine zweite Amtszeit müsse das wichtigste Ziel „der Frie*den sein, und es muß die Abrüstung* sein, besonders auf dem strategischen Gebiet". Der Präsident vertrat die Überzeugung, ein Atomkrieg könne nicht gewonnen werden. Die NATO bezeichnete Reagan als „stärker denn jemals zuvor".

Auf das Interview antwortete gestern die sowjetische Nachrichtenagentur Tass: Reagan sei überzeugt, mit der Sowjetunion nur aus der Position der Stärke über Abrüstung verhandeln zu können, und dann überrascht, wenn solche Verhandlungen nicht zustande kämen. Die Folge sei, daß „die Beziehungen zwischen den Supermächten auf den tiefsten Stand ihrer Geschichte überhaupt gesunken sind".

Marchais: Unterstützung, wo es uns paßt

Frankreichs Sozialisten bedauern KP-Entschluß / „Volk der Linken hofft allein auf uns"

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Wir halten diesen Schritt (den Rückzug der Kommunisten aus der Regierungskoalition) für eine bedauerliche und verfehlte Entscheidung. Wenn die Führer der Kommunistischen Partei auf diesem Wege fortschreiten, wird die Linke bald wieder da sein, wo sie vor einigen Jahren war: in der totalen Uneinigkeit." Mit diesen Worten kommentierte Jean Poperen, der stellvertretende Vorsitzende und Sprecher der Sozialistischen Partei Frankreichs, auf der ersten Vorstandssitzung seiner Partei nach der Regierungsumbildung die Haltung des bisherigen Partners KPF.

Wenige Tage vorher hatten mehrere ZK-Mitglieder der KPF den im Juli vollzogenen Auszug der vier Kommunisten aus dem neuen Kabinett Fabius als eine Beendigung der bisherigen Regierungskoalition bezeichnet und die KPF als „nicht mehr zur Regierungsmehrheit gehörig" hingestellt. Auf dem traditionellen Jahrmarkt der Parteizeitung „Humanité" in einem Pariser Vorort hatte Parteichef Georges Marchais ergänzt: „Wir haben nicht die geringste Verantwortung mehr für die Führung der Geschäfte des Landes." Der Generalsekretär schloß nicht aus, daß die *Kommunisten auch in Zukunft* die Regierungspolitik unterstützen, „da, wo es ihnen paßt". Die wahre, die eigentliche Linke werde indes in Zukunft allein von den Kommunisten vertreten.

Die Äußerungen Marchais' lassen darauf schließen, daß er sich noch nicht völlig mit der Linie des harten Flügels seiner Partei abgefunden hat, der sich während der Sommerpause und in Abwesenheit des eher zum Ausgleich neigenden Generalsekretärs für einen Bruch mit den Sozialisten eingesetzt hatte. Außerdem ver*sicherte der KP-Chef, seine Partei* wolle jetzt, da sie nicht mehr an der Regierung beteiligt sei, nicht den oppositionellen Rechtsparteien dienen.

Den Anspruch, die Interessenvertreter der Linken zu sein, erhoben auch die Sozialisten auf ihrer Vorstandssitzung am Wochenende in Paris. Ihre Partei müsse jetzt allein die Hoffnungen des „Volkes der Linken" tragen, versicherten mehrere Redner. Einige fragten, ob die Rolle der KPF nicht immer die einer Oppositionspartei gewesen sei. Andere machten deutlich, daß sie die Fortsetzung des Dialogs mit den Kommunisten wün*schen, und zwar an der Basis. Man* laufe sonst Gefahr – so ironisierte einer –, wegen „Nichtbeistandes einer Partei in Lebensgefahr" zur Verantwortung gezogen zu werden. *Daß die* KPF nach ihrem Rückzug noch mehr an Ansehen bei den Arbeitern verlieren werde, ist die einhellige Überzeugung aller Sozialisten.

Aus kommunistischen Parteizellen kommen – so hieß es am Rande der Sitzung – deutliche Signale der Unzufriedenheit mit der Entscheidung der Parteiführer. Dies war jedoch nicht der Eindruck von der Stimmung auf dem Fest der „Humanité". Vor allem junge Arbeitslose ließen Journalisten immer wieder wissen, daß sie den Bruch mit den Sozialisten billigen und ihre Interessen von der Regierung Fabius nicht mehr vertreten sehen. So lieferte das Wochenende mit den Parallelveranstaltungen der beiden Linksparteien den Beweis für eine neue tiefe Spaltung der französischen Linken, wie sie im Grunde seit dem großen Schisma von 1920 immer bestanden hat.

DER KOMMENTAR

Knoten und Knebel

HERBERT KREMP

Die Absage Schiwkows fügt sich logisch und machtpolitisch der Absage Honeckers an. Das Motiv ist in beiden Fällen dasselbe: der unerbittlich gewordene Druck Moskaus. Dort, wo sich inmitten personeller Unsicherheiten und des physischen Siechtums der alten Garde die harte Linie durchsetzt, regiert jetzt Block- und Blokkadedenken die Dämmerung.

Die Sowjets sehen Gefahren für den Bestand des Imperiums heraufziehen. Die Wirtschaftsinteressen ihrer Zwangsverbündeten, begleitet von außenpolitischen Lockerungsübungen, ja sogar von einer Prise Eskapismus, zerren an den alten Banden des Gehorsams. Deshalb zieht Moskau Knoten und Knebel fester. Die Aktion trägt Andrej Gromykos Namen. Er ist heute die Hand der Reichsexekution.

Gromyko und die Politbüro-Mehrheit ordnen alle Kontakte, Verhandlungszüge und Interessen in den globalen Ost-West-Zusammenhang ein. In diese Wölbung *müssen sich vor allem die Deut*schen einfügen, die man vor 40 Jahren besiegte, um sie entweder ganz einzuverleiben oder endgültig zu *teilen. Die deutschen Politiker* jedweder Observanz wären gut beraten, wenn sie den anhaltenden Ernst dieses Entschlusses beachteten. *Die Sowjetunion ist nach mili*tärisch-machtpolitischen Maßstäben ein Imperium und verhält sich so.

Deshalb haben alle jene unrecht – die Absage Schiwkows ist ein schlagender Beweis –, die in der letzten Woche anklagend behaupteten, es seien Kunstfehler des Bonner Regierungslagers gewesen, die Honeckers Hereinschneien verhindert hätten. Dieser Schuß geht an der Torlatte vorbei. In der imperialen Betrachtung Moskaus gehören Honecker und Schiwkow, morgen vielleicht auch wieder Ceausescu, oder wer ihm folgen mag, zu den Statthaltern, zu den Filialleitern, die Anweisungen aus der Chefetage entgegenzunehmen haben.

So jedenfalls ist im Augenblick die Lage. Wie lange in der Zukunft die Sowjetunion sie beherrschen wird, ist eine Frage, die gestellt werden darf. Die Absagen, die sich zu einer Art Kontaktsperre verdichten können, erzeugen bei den Betroffenen keine innere Übereinstimmung mit den Sowjets. Aber die Revanchismus-Kampagne, die Moskau entfesselte, dringt wie ein spaltender Keil in die oberen Ränge der Regional-Führungen ein – man sieht es am Beispiel Ost-Berlins, wo sich offenbar die Gegner Honeckers als die „besseren Freunde" Moskaus darstellen.

Wenn Moskau seine Verbündeten zurückpfeift und die geklopften Besucherteppiche eingerollt bleiben, dann handelt es sich in erster Linie um eine krisenhafte Lage in Osteuropa und erst in zweiter Linie um eine taktische Frage an die eigene Politik, die angesichts der imperialen Dimension des sowjetischen Willens im Rahmen der westlichen Politik definiert werden muß. Sonderwege im deutsch-deutschen Karree führen *zu nichts – oder ins Nichts.* Was wir in Deutschland erleben, sind Regungen der Weltpolitik.

Unesco-Studie kritisiert die Doppelarbeit der Organisation

Anders als die USA aber für Fortsetzung aller Programme

DW. Paris

Nach der heftigen Kritik aus den USA an der UNO-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) *ist auch innerhalb der Orga*nisation Kritik an der Arbeitsweise laut geworden. Die interne Unesco-Studie bescheinigt der UNO-Organisation Ineffizienz. *Doppelarbeit,* Überlappung der Aufgabenbereiche mit dem Tätigkeitsfeld anderer Organisationen der Vereinten Nationen *und eine Fragmentierung der Einzel*projekte verhinderten ein optimales Arbeitsergebnis, heißt es in der Studie, die am 26. September dem Unesco-Vorstand vorgelegt werden soll.

Die USA, die ein Viertel des Unesco-Etats finanzieren, wollen sich Ende 1984 aus der Unesco zurückziehen, wenn die Organisation bis dahin nicht „überflüssige" Aufgaben streicht und von politisch strittigen Fragen Abstand nimmt. So fordert Washington die Streichung der auf die Themenkreise Frieden, Abrüstung und Menschenrechte bezogenen Unesco-Programme. Großbritannien, die Niederlande und Dänemark wollen ihre Unesco-Mitgliedschaft überdenken, wenn es zu keiner Reform der Organisation kommt.

Im Gegensatz zu den USA treten die Verfasser der internen Unesco-Studie für die Fortführung aller 14 Unesco-Programme ein. Sie empfehlen jedoch eine Abstimmung und Harmonisierung der Programme, um der Gefahr der Doppelarbeit und Isolierung entgegenzutreten.

Als Beispiele *für Doppelarbeit* nannte der Bericht Studien über Schulversagen und die Ursachen und Folgen des Analphabetismus. Dane*ben wird das Engagement der Unesco* in der Frage der Pressefreiheit kritisiert. Die Arbeitsbedingungen für Journalisten gehörten zum Aufgabenfeld der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), hieß es.

Die USA haben mehrfach Bestrebungen innerhalb der Unesco *kritisiert,* eine „neue Weltinformationsordnung" zu entwerfen, die den Einfluß der Regierungen der Entwicklungsländer *auf die Berichterstattung* über ihre Staaten erhöhen soll.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neue Lage in Fernost

Von Heinz Barth

Wie im Blauen Haus, dem Amtssitz der Präsidenten in Seoul, hat man auch im Weißen Haus Grund zum Feiern. Neben den direkt Beteiligten – und vielleicht noch mehr als sie – ist Ronald Reagan der eigentliche Gewinner der spektakulären Versöhnung, zu der es bei dem Staatsbesuch des südkoreanischen Staatsoberhauptes Chun Doo Hwan in Tokio kam.

Es sind nicht allein die bilateralen Beziehungen der beiden seit Jahrzehnten verfeindeten Länder, die durch diese Begegnung verbessert wurden. Bedeutsamer, ja geradezu von weltpolitischer Tragweite, ist die Veränderung der strategischen Situation im Fernen Osten, auf die sich der Kreml jetzt einstellen muß.

Wohl sind die Widerstände gegen die Annäherung, die auf beiden Seiten von einer lauten Minderheit ausgehen, weder in Japan noch in Südkorea völlig überwunden. Wie schwierig die wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und sonstigen Probleme sind, die als Erbe einer unglückseligen Vergangenheit verbleiben, geht schon daraus hervor, daß sie bei der Gipfelbegegnung ausgespart und der Behandlung durch die beiderseitigen Fachminister überlassen wurden. Weit wichtiger ist der psychologische Durchbruch, den Yasuhiro Nakasone und Chun Doo Hwan erzielten.

Offensichtlich hat Reagans Fernostreise im vorigen November nach Tokio und Seoul mehr bewirkt, als damals erwartet wurde. Wie sehr das Selbstbewußtsein Südkoreas an dieser Begegnung gewachsen ist, zeigt nichts deutlicher als Chuns kühne Hoffnung, Tokio könnte zum Konferenzort einer Dreier-Begegnung beider Korea mit den Japanern werden.

Für die Amerika-Politik Nakasones bedeutet die Versöhnung mit Seoul eine wesentliche Entlastung. Seine Möglichkeiten, gegen den Pazifismus der Japaner in Kooperation mit den USA ein neues Rüstungs- und Sicherheitskonzept durchzusetzen, waren bisher beschränkt. Fortan dürfte es ihm leichter fallen, den japanischen Wehrwillen ohne untragbare Erhöhung des Militärhaushaltes zu festigen. Die neue Strategie im Dreieck Washington–Seoul–Tokio könnte der sowjetischen Fernost-Politik noch manche schlaflose Nacht bereiten.

Mars gibt Kraft

Von Adalbert Bärwolf

Die Sowjets haben wieder eine Art Sputnik losgelassen. Es ist nicht der kosmische Schocker von 1957, der dem Westen die Augen über die technologische Macht Moskaus jenseits der Erde aufriß. Er piepst auch nicht so hektisch wie der künstliche Stern von damals, damit alle Welt höre, wie Hammer und Sichel mit kosmischer Geschwindigkeit um unseren Planeten rasten. Der neue Sputnik ist eher ein Komet mit einem langen Schweif, auf dem in dicken Lettern geschrieben steht: Wir werden vor den Amerikanern unsere Fahne auf dem Mars hissen.

Tatsächlich kann in dem Rekordflug der Kosmonauten kein anderer Sinn gesehen werden, als eine Reise von Menschen zu dem roten Planeten medizinisch vorzubereiten. Hier ist eine langfristig angelegte Strategie sichtbar. Die Russen stoßen in eine Öffnung, die die Amerikaner selbst aufgerissen haben, als sie ihre interplanetarischen Ziele durch andere Prioritäten in der dritten Dimension vernebelten. Die Sowjets wollten nicht die zweiten auf dem Mond sein. Jetzt steuern sie den ersten Platz auf dem Mars an.

Unter Anleitung des Kardiologen Atkow simuliert die Besatzung von Saljut-7 eine gewichtslose Hin- und Rückreise zum Mars von rund zweieinhalb Jahren in vielleicht acht oder neun Monaten. Die erarbeiteten Daten über diesen Zeitraum sind ausreichend für die Projektion auf die Gesamtflugzeit der Marsexpedition. Die „Dekonditionierung" des Herz- und Kreislaufsystems steht bei den Versuchen im Vordergrund. Kalziumverlust, Muskelschwund, das Blut betreffende Effekte sowie die augenscheinlichen psychologischen Probleme sind andere wichtige Aspekte der ungewöhnlichen Reise.

Eines Tages geht es zum Mars, wenn das Kommando aus Moskau kommt. Verbissen verfolgen die Russen dieses Ziel. Sechs amerikanische Fahnen „flattern" auf dem Mond, nicht eine einzige russische. Der Mars bietet die große Chance der Revanche im technologischen Kampf um Macht in der dritten Dimension. Die Amerikaner können das Potential eines Marsflugs nicht einfach bagatellisieren und ohne handfeste Pläne die Sowjets davonfliegen lassen.

Politiker-Gedächtnis

Von Peter Jentsch

Wie kurz ist das Gedächtnis eines Politikers? Im jüngsten „Vorwärts" nimmt der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann Stellung zu der von Norbert Blüm auf den Weg gebrachten Reform der Krankenhausfinanzierung. Besonders beunruhigt zeigt er sich darüber, daß sich „der Bund total aus der Krankenhausfinanzierung und damit aus seiner Verpflichtung für die stationäre Versorgung unserer Bürger zurückzieht".

Das ist in der Tat richtig. Im Regierungsentwurf wird der Abbau der „Mischfinanzierung" vorgeschlagen. Das heißt, der Bund zieht sich aus der Krankenhausfinanzierung zurück, überläßt sie den Ländern, entschädigt sie aber durch eine Erhöhung des Bundesanteils bei Geldleistungsgesetzen (z. B. Wohnungsbau-Prämien, Wohngeld, Sozialversicherung Behinderter) über seine bisherigen Aufwendungen für die Krankenhausfinanzierung hinaus. Jährlich will der Bund den Ländern 972 Millionen Mark zahlen.

Was Professor Farthmann im „Vorwärts" freilich zu erwähnen vergaß: Den Rückzug des Bundes aus der Krankenhausfinanzierung haben die Arbeitsminister der Länder auf ihrer Sitzung am 20. Dezember 1983 selber vorgeschlagen. Die Arbeitsminister schrieben in ihrem Bericht zur Krankenhausfinanzierung an die Ministerpräsidenten unter Punkt 6, Abbau der Mischfinanzierung: „Die öffentlichen Fördermittel sind künftig von den Ländern aufzubringen. Der Bund zieht sich aus seiner Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung zurück. Die hierdurch freiwerdenden Bundesmittel fließen den einzelnen Ländern ... zu."

So votierten auch die Regierungschefs der Länder am 23. Februar 1984 in Bonn. Ihre Begründung: Nur so lasse sich eine stärkere Gesetzgebungskompetenz der Länder erreichen.

Farthmann ist einer dieser Arbeitsminister, also einer der Väter nicht nur der Forderung, sondern auch des dahinterstehenden Grundgedankens, den Ländern mehr Kompetenz zu verschaffen. Nun kommt es öfter vor, daß Väter neun Monate später vorgeben, von nichts mehr zu wissen. Es ist halt dumm, wenn sie sich damals schriftlich festgelegt haben.



„Immer diese schwarzen Schafe!" KLAUS BÖHLE

Trotz allem abgekoppelt

Von Claus Dertinger

Die Zinsen für langfristiges Kapital sinken in der Bundesrepublik, sehr zur Freude der Wirtschaft, des Finanzministers und der Bürger, die sich langfristig verschulden. Das ist gleich aus zwei Gründen bemerkenswert. Einmal, weil mit einer Konjunkturbelebung meist ein Zinsanstieg einherzugehen pflegt. Zum anderen, weil dies der gängigen These widerspricht, die deutschen Zinsen könnten erst dann sinken, wenn die Amerikaner einen Zinsrückgang vorexerzieren.

Tatsächlich sind wir ja auch lange mit unseren Zinsen hinter den amerikanischen hergaloppiert. Aber schon seit Monaten wird immer deutlicher, daß wir nicht sklavisch an den US-Zinstrend gebunden sind. Der Abstand zwischen den Zinsen für D-Mark-Anlagen und Dollar-Anlagen ist immer größer geworden. Am internationalen Geldmarkt, wo neben Banken und Finanzinstitutionen sowie Unternehmen auch mehr oder weniger betuchte private Kapitalisten operieren, kann man mit Dollars spielend mehr als doppelt so hohe Zinsen kassieren wie mit D-Mark. Der Dollarzinsvorteil ist mit fast sechseinhalb Prozent so hoch wie nie zuvor. Und zehnjährige Staatsanleihen, die bei uns nicht einmal mehr acht Prozent abwerfen, bringen in den USA mehr als zwölfdreiviertel Prozent.

Da wäre es eigentlich kein Wunder, wenn Milliardenbeträge aus Deutschland in die USA geschaufelt würden, solange das Risiko, daß ein Dollarkursverfall den Zinsvorteil aufzehrt, so gering erscheint wie jetzt. Ein solcher Kapitaladerlaß müßte unsere Zinsen geradezu explodieren lassen. Doch das Kapital, das von hier in die USA fließt, gleicht eher einem Rinnsal als einem Strom. Und vor allem: Es kommt gleichzeitig auch ausländisches Geld in die Bundesrepublik herein. So ist es gelungen, die deutschen Zinsen weitgehend von den hektischen Ausschlägen des amerikanischen Zinsniveaus abzukoppeln, was vor einem Jahr noch kaum jemand zu hoffen gewagt hatte.

Das ist – vor allem für unsere Konjunktur – ein Glück. Aber kein unverdientes. Die Zinsabkoppelung von den USA ist vielmehr das sichtbare Ergebnis einer Politik, die das Vertrauen in die Bundesrepublik gestärkt hat. Dieser Erfolg hat sicher viele Väter. Aber ein ganz dickes Verdienst daran hat auf jeden Fall die Bundesregierung. Auch wenn sie schon so manche Panne erlebt hat und die Leistungen ihrer Politik der Wende nicht immer mit größtem Geschick verkauft: Der Klimawechsel nach der Ablösung der sozialliberalen Koalition ist einfach unübersehbar.

Dazu hat vor allem die Finanzpolitik beigetragen. Mit der von Finanzminister Stoltenberg vorangetriebenen Konsolidierung des Staatshaushalts wurde dem Bürger, dem Arbeitnehmer ebenso wie dem Unternehmer, die Angst genommen, das Ersparte eines Tages in den Flammen einer von unvernünftig rasch wachsenden Staatsschulden entzündeten Inflation zu verlieren. Die Bundesregierung hat es geschafft, Vertrauen in eine seriöse Finanzpolitik zu wecken. Das wird natürlich auch an den Finanzmärkten honoriert. Zudem wird die Zinssenkung dadurch unterstützt, daß der Staat die Kreditmärkte in diesem Jahr netto nicht nur nicht in Anspruch genommen, sondern unter Berücksichtigung der gezahlten Zinsen und Tilgungen sogar mit drei Milliarden Mark gefüttert hat.

Solidität der Finanzpolitik erleichtert zugleich der Bundesbank ihr „Geschäft". Denn je weniger die Menschen die vom Staat geschürte Inflation fürchten – auf die sie sich andernfalls einstellen, so daß sie wirklich zu wuchern beginnt –, um so erfolgreicher kann die Geldpolitik bei ihrem Bemühen sein, einen Preisanstieg zu dämpfen.



Er glaubte, daß Amerikas Zinsen unser Schicksal seien: Schmidt FOTO: DPA

So ist es denn kein Zufall, daß die deutsche Inflationsrate jetzt die niedrigste seit siebzehn Jahren und zugleich die niedrigste der Welt ist. Bei diesen Traumzahlen, die übrigens auch den moderaten Lohnabschlüssen der letzten drei Jahre und den günstigen Weltmarktpreisen zu verdanken sind, wird es zwar aus rein statistischen Gründen nicht allzulange bleiben. Dennoch ist die Bundesrepublik dem Ziel der Preisstabilität so nahe wie schon lange nicht mehr.

Auch dies ist ein ganz entscheidender Grund dafür, daß sich die deutschen Zinsen mehr und mehr von den amerikanischen abkoppeln konnten. Und da gab es einmal einen Bundeskanzler Schmidt, der uns einzureden versucht hat, das sei unmöglich, die US-Zinsen seien unser Schicksal! Mit einer vernünftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik geht das eben doch, wie man sieht.

Wären die Zinsen in den USA nicht so hoch, hätten wir in der Bundesrepublik inzwischen sicherlich ein spürbar niedrigeres Zinsniveau. Doch sollte man mit den bisherigen Abkoppelungserfolgen schon ganz zufrieden sein. Sie hatten natürlich auch ihren Preis: Eine Abwertung der D-Mark gegenüber dem haussierenden Dollar, der nun schon die Drei-Mark-Latte übersprungen hat. Aber damit ist die deutsche Wirtschaft gut fertiggeworden. Die Auswirkungen teurer gewordener Importe aus dem Dollarraum auf das Preisniveau hielten sich dank binnenwirtschaftlicher Stabilität in engen Grenzen.

Unter Experten gibt es keinen Zweifel, daß der Dollarkurs heute noch viel höher wäre, wenn der D-Mark nicht ein erhebliches Aufwertungspotential zugebilligt würde, in dem sich das internationale Vertrauen in die deutsche Finanz-, Wirtschafts- und Geldpolitik widerspiegelt. Dieses Vertrauenspotential ist ein Aktivum, das es zu erhalten gilt – und das durch Spielereien mit rot-grünen Koalitionen aufs Spiel gesetzt wird.

IM GESPRÄCH Bouabid

Sozialist in Marokko

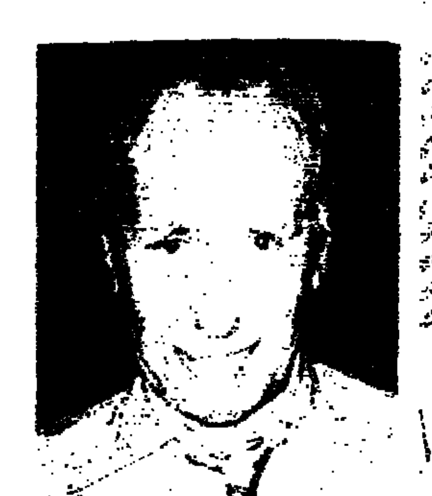
Von Achim Remde

In der Demokratie nach Art des marokkanischen Königs Hassan kommt den Parteien die Rolle des Hofstaats zu. Sie dienen vor allem als Schaltstellen für die Vergabe von Ämtern und Posten. Politik macht allein der König. Die Regierung der nationalen Einheit, der alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angehören, wird diesem System besonders gerecht. Als Hassan sie bilden ließ, um durch Vereinigung aller Kräfte den Westsaharakrieg zugunsten Marokkos voranzutreiben, fand sich auch Abderrahim Bouabid, Führer der marokkanischen Sozialisten, in ihr wieder, wie die Führer der anderen Parteien als Staatsminister.

Doch im Gegensatz zu diesen haben Sozialisten und Kommunisten nicht immer im Einklang mit dem System gelebt. Noch immer sitzen einige von ihnen im Gefängnis. „Wir wollen eine echte konstitutionelle Monarchie – mehr Demokratie", sagt Bouabid und geht damit an die Grenze des Erlaubten; denn nach offizieller Lesart ist Marokko eine konstitutionelle Monarchie.

Ausweitung des öffentlichen Sektors, mehr Arbeitsplätze, die Bereitschaft des Staates, Schulden zu machen – das sind die Kernsätze seines Programms, das somit durchaus sozialistisch klingt. Ob Marokko damit mehr geholfen ist als mit der vom König verordneten Austeritätspolitik, mag bezweifelt werden. „In einem Entwicklungsland ist das alles anders", entgegnet Bouabid auf Einwände und wischt damit großzügig ideologische Gegensätze vom Tisch. Für den marokkanisch-libyschen Staatenbund ist er voll des Lobes.

Mit den im Gefängnis sitzenden Genossen der linksradikalen Gruppe „Ila al-Amam" erklärt er sich solidarisch, es sei denn, sie unterstützten nicht den Kampf um die Westsahara, und auch die Kommunisten vereinnahmt er für sich. Es bleiben die islamischen Fundamentalisten, die so große Faszination auf die marokkanische Jugend auszuüben scheinen. „Auch wir sind eine islamische Partei", sagt Bouabid, und dabei bleibt es.



Minister um der Westsahara willen: Bouabid FOTO: DIE WELT

Die geschmackvolle Einrichtung seiner kleinen Villa im ruhigen Residenzviertel von Rabat hat einen kosmopolitischen Hauch. Weisheit des nahenden Alters oder Resignation, Opportunismus oder Kompromißfähigkeit und die Kunst des Möglichen – zwischen staatstragender Zustimmung und verbotener Opposition, zwischen Freiheit in Ehren und mit Schmach verbundener Haft, könnte Abderrahim Bouabid der einzige marokkanische Politiker sein, der zu einer allmählichen Veränderung des Systems beitragen und den Weg zu einer echten konstitutionellen Monarchie ebnen könnte. Denn alle anderen marokkanischen Parteien wollen es perpetuieren, von Ahmed Osman mit seiner sogenannten gemäßigten Opposition bis Maati Bouabid, der sich der elitären postensuchenden Jugend anpreist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen suchen Gründe für die Entlassung des sowjetischen Generalstabschefs Ogarkow:

SUNDAY TELEGRAPH

Die erste Erklärung hängt mit dem zusammen, was die Amerikaner „kluge Waffen" nennen, nämlich einer neuen Generation hochmoderner konventioneller Waffen, mit denen Panzerkonzentrationen und Flughäfen ohne nukleare Schläge zerstört werden können. Vor einigen Monaten hat sich Marschall Ogarkow öffentlich gegen den weiteren Ausbau von Nuklearraketen ausgesprochen. Das sei „sinnlos". Nun hat er in der Debatte verloren. Der zweite Grund seiner Entlassung: Er hatte seinen Finger direkt auf dem militärischen Kommando-Knopf und hat mit größter Sicherheit seine eigenen Leute in militärische Schlüsselpositionen lanciert. Obwohl die Armee mit Parteileuten einigermaßen durchdrungen ist, ist sie immer noch eine mehr oder weniger unabhängige Macht in der Sowjetunion. Wenn die nächste Nachfolgekrise kommt, ist es die Armee, die den entscheidenden Schlüssel in der Hand hält. Die altgedienten Falken im Kreml, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow, haben sich in ihrem eigenen Interesse offenbar entschieden, daß der starke Marschall Ogarkow nicht der richtige Mann ist, diesen Schlüssel in der Hand zu haben. (London)

THE SUNDAY TIMES

Was kann Präsident Reagan mittlerweile tun? Das beste für einen wiedergewählten Präsidenten Reagan wäre, überhaupt nichts Neues zu unternehmen und darauf zu warten, daß der Kreml einen neuen Führer findet. Endlich einmal ist die leichteste Option die richtige Art zu handeln. (London)

LA REPUBBLICA

Ist dies vielleicht das Ergebnis eines Konflikts um politisch-strategische Entscheidungen, bei denen es auch um die Haltung bei Verhandlungen und um Optionen im inländischen Wirtschaftsbereich geht? (Rom)

Neue Zürcher Zeitung

Auf längere Frist wird sich Moskau die Fortsetzung dieses ungewissen Zustands, Zweifel an der Autorität des Kreml und wiederkehrende Spekulationen über das Befinden von Tschernenko nicht leisten können, ohne innen- und außenpolitisch Schaden zu nehmen.

LIBERATION

Es handelt sich um einen großen Coup, um die zweifellos bedeutendste Absetzung in der UdSSR seit 1982 ... Mit der Rückkehr Tschernenkos nach Moskau und der Verschiebung der Honecker-Reise in die Bundesrepublik hat die sowjetische Führung damit zum dritten Mal zugeschlagen, um, nicht ohne Schwierigkeiten, die Zügel der Macht wieder in die Hand zu nehmen ... Ogarkows Nachfolger Achromejew und die stärker konservativen Militärs haben mit dem militärisch-industriellen Komplex, als dessen wichtigster Vertreter sich Romanow profiliert, die bedeutendste Lobby innerhalb der sowjetischen Führung als Schatten. (Paris)

Die Luxusguerrilla der südamerikanischen Schweiz

Mühsame Rückkehr Uruguays zur Demokratie / Von Günter Friedländer

Uruguays Militärregierung hat zu Wahlen und damit zur Rückkehr zur Demokratie gerufen. Mancherorts heuchelt man Jubel über das, was dort als Niederlage der Generäle und Sieg des Volkes gedeutet wird. Man scheint vergessen zu haben, wie es zur Militärdiktatur in einem Land kam, das als eine so vorbildliche Demokratie galt, daß man es „die Schweiz Südamerikas" nannte.

Im Grunde genommen gibt es keine Gemeinsamkeit zwischen beiden Ländern. Uruguay ist mehr als viermal so groß wie die Schweiz, mit weniger als der Hälfte ihrer Bewohner, und erinnert weder landschaftlich noch klimatisch an die Schweiz. Es verdankt den Beinamen nur seiner politischen und wirtschaftlichen Stabilität und der Friedfertigkeit seiner Bürger.

Seine Bevölkerung ist grundverschieden von der des übrigen Südamerika. Von der indianischen Urbevölkerung gibt es kaum mehr Spuren, und auch die Nachkommen der Negersklaven haben sich fast verloren. Die Nachkommen spanischer und italienischer Einwanderer geben den Ton an. Uruguays Bevölkerung blieb zahlenmäßig stabil: Von 1963–1983 wuchs sie um nur 13,6 Prozent, während andere südamerikanische Länder ihre Bevölkerung in weniger als zwanzig Jahren verdoppelten. So erschien Uruguay zwar gegenüber seinen Nachbarn als eine verschlafene Provinz, aber das erlaubte die Errichtung eines Wohlfahrtsstaates mit vorbildlichem Erziehungs- und öffentlichem Gesundheitsdienst. Uruguay erreichte praktisch die Beseitigung des Analphabetentums, das im übrigen Südamerika noch heute erschreckend groß ist. Die Kindersterblichkeit sank ständig und hat heute 3,4 Prozent gegenüber vergleichsweise 15,1 Prozent in Bolivien erreicht.

Seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte Uruguay Sozialgesetze, die nicht nur für Südamerika als beispielhaft galten. Sie trugen dazu bei, daß seine Fachleute gern gesehene Entwicklungshelfer in den UNO-Organisationen waren. Die beiden Traditionsparteien sicherten politische Stabilität. Die „Colorados" (Roten) vertraten die Städter, die „Blancos" (Weißen) die Landbevölkerung.

Ihre Ruhe auf einem unruhigen Kontinent ließen die Uruguayer, die nicht viel von der Schweiz wußten, immer wieder zufrieden ausrufen: „Como Uruguay, no hay" (Nichts auf der Welt gleicht Uruguay).

In Uruguay brauchte man keine radikalen Reformen mehr zu fordern. Hier waren die Voraussetzungen zum Bürgerkrieg nicht gegeben, mit denen Cocktail-Reformer den bewaffneten Aufstand der Guerrilla in anderen lateinamerikanischen Ländern so gern erklären. Und dennoch kam er am Beginn der siebziger Jahre mit den „Tupamaros". Es ist bezeichnend, daß Uruguays Guerrilla die wohl einzige in Lateinamerika ist, die ihren Namen nicht mit der Landesgeschichte in Zusammenhang bringen kann und ihn von einem peruanischen Freiheitskämpfer des 18. Jahrhunderts borgte, der den Namen des Inka-Herrscheres Tupac Amaru angenommen hatte.

Die Tupamaros nutzten die Wirtschaftskrise aus, die nach dem Koreakrieg einsetzte, als die Exportgüter des Landes am Rio de la Plata – Fleisch, Wolle, Leder – auf dem Weltmarkt weder genügenden Absatz noch die hohen Preise der Kriegsjahre fanden, die die sozialen Gesetze des Landes finanziert hatten. Diese Krise erschien marxistischen Strategen günstig, die Revolution nach Uruguay zu tragen. Präsident J. M. Bordaberry sah 1973 nur noch in einem Bündnis mit dem Heer – es zählte weniger als 18 000 Mann – einen Ausweg aus der Krise, die nicht Resultat mangelnder Fortschrittlichkeit, sondern eines weltweiten wirtschaftlichen Prozesses war.

1981 scheiterten die seit 1979 geplanten Wahlen, nachdem eine neue Verfassung bei einer Volksabstimmung abgelehnt wurde. Das Heer ernannte den fortschrittlich gesonnenen General Alvarez zum provisorischen Präsidenten. Nun soll der Versuch von 1981 wiederholt werden. Uruguay ist ein Schulbeispiel dafür, wie wenig die südamerikanische Wirklichkeit oft verstanden wird. Ein in jeder Hinsicht vorbildliches demokratisches Land war von den Strategen der Weltrevolution als umsturzreif betrachtet worden, eine bürgerliche Regierung rief das Heer zur Hilfe, um Terror und Subversion zu besiegen. Uruguay kehrt zur Demokratie zurück, nicht, weil sich der Wille des Volkes nach einem Wechsel des Systems durchsetzte, sondern weil die Umstände es erlauben, dort wieder anzuknüpfen, wo ein marxistischer Revolutionsversuch 1973 den demokratischen Prozeß unterbrochen hatte.

Die These, daß Terroristen sich sozusagen selber rechtfertigten, weil da, wo sie aufträten, eben eo ipso Ausbeutung und Elend herrschten – Uruguay ist nur ein, aber ein besonders dramatisches, Beispiel für ihre Verlogenheit. Ausgerechnet den Namen dieser Luxusguerrilla aber adaptierten die europäischen Terroristen. Auch das ist lehrreich.

Wenn die „Kleinen“ sich treffen wollen, sieht Moskau Gespenster

Was hat Moskau dazu bewogen, sich nicht mit der Torpedierung der Honecker-Reise zu begnügen, sondern jetzt auch noch den Bulgaren Schiwkow zur Absage zu zwingen? Schon heißt es, daß Moskau auch auf Bukarest Druck ausübe, um Ceausescu von einer Reise nach Bonn abzuhalten.

Von C. G. STRÖHM

Moskau sieht die innerdeutsche Frage nicht isoliert. Folglich genügt es den Sowjets auch nicht, Honecker und die SED zurückzupfeifen. Vor den alten Herrn im Kreml steigt vielmehr ein neues, zugleich uraltes Schreckgespenst auf: daß sich nämlich in Mitteleuropa beiderseits des Eisernen Vorhangs eine Interessengemeinschaft mittlerer und kleinerer Staaten bilden könnte (und faktisch bereits gebildet hat).

Diese Interessengemeinschaft – die ja in Wirklichkeit die Fortsetzung der Schicksalsgemeinschaft vieler Völker und Staaten darstellt, welche von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer seit 800 Jahren miteinander leben und auskommen – erscheint in sowjetischer Sicht als Bedrohung der Moskauer Hegemonie in diesem gesamten Raum. Überall in ihren Machtbereichen spüren die Sowjets das Erwachen sowohl eines nationalen wie *eines europäischen Bewußtseins.*

Als Honecker sich aufmachte, die Beziehungen der „DDR“ zur Bundesrepublik zu verbessern, sahen die Sowjets *das Gespenst des Deutschen* Reiches oder, genauer gesagt, eines mitteleuropäischen wirtschaftlichen und eines Tages vielleicht auch politischen Machtzentrums neu erstehen.

Seit 1945 war es eine Grundregel sowjetischer Politik, eigenständige, von Moskau unabhängige Machtzentren im eigenen Hegemonialbereich unter allen Umständen zu verhindern. Als Tito 1947 versuchte, eine Balkan-Föderation mit Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien zu gründen, wurde der Keim zum jugoslawisch-sowjetischen Streit gelegt. Stalin kanzelte damals den bulgarischen Altkommunisten Dimitrow wie einen Schulbuben ab. Der Terror der Schauprozesse in den letzten Lebens*jahren Stalins richtete sich gegen jene* Personen und Kräfte in Osteuropa, die potentiell ein Gegengewicht gegen die sowjetische Hegemonie bilden könnten.

Vor allem aber war es Anliegen der sowjetischen Politik, nicht wieder ein irgendwie vereinigtes Deutschland entstehen zu lassen. Die Furcht vor dem „deutschen Revanchismus“ – also vor einem Versuch der Deutschen, ihre Großmachtposition im Herzen des Kontinents wiederherzustellen – sollte die kommunistisch regierten Staaten an Moskau binden, die sowjetische Vorherrschaft und Militärpräsenz rechtfertigen, die inneren Probleme sowohl der UdSSR als auch ihrer Vasallen verdecken und schließlich auch den Westen, der ja gleichfalls Deutschland im Zweiten Weltkrieg niedergerungen hatte, für die sowjetischen Standpunkte gewinnen.

Nun aber erlebt Moskau seit einigen Jahren die Erosion, das Dahin*schwinden seines großen historischen* Sieges über die Deutschen. Die Erinnerungen an Hitler schwinden. Neue Generationen wachsen auf, für die der Zweite Weltkrieg nur noch Legende ist. Die Europäer beiderseits des Eisernen Vorhangs treten einander wieder unbefangen gegenüber. Die Menschen in Ost- und Mitteleuropa glauben nicht mehr an eine deutsche Gefahr – wohl aber spüren sie in der täglichen Realität die sowjetische Hegemonie, oft auch die drückende sowjetische Militärherrschaft.

Wenn im Zeichen schwindender ideologischer und marxistisch-leninistischer Überzeugungskraft nun in ganz Mittel- und Osteuropa das Nationalgefühl und das geschichtliche Be*wußtsein immer stärker wurden*, so konnte dieser Prozeß auch an der „DDR“ nicht vorübergehen.

Wer Friedrich den Großen als zentrales Denkmal in seiner Hauptstadt aufstellt und wer Martin Luther mehr noch als Marx feiert, kann sich den gesamtdeutschen Konsequenzen, die sowohl im Westen wie im Osten weit über die Grenzen der „DDR“ hinausreichen, kaum auf die Dauer entziehen.

Die Sowjets bestätigen in ihrer hysterischen Reaktion auf jede innerdeutsche Annäherung im Grunde, was sie wortreich in ihrer Propaganda bestreiten: Daß Deutschland als Ganzes – und hier sollte man wieder an das Wort von der „Schicksalsgemeinschaft“ denken – immer noch oder schon wieder existiert, zumindest im Bewußtsein der meisten Deutschen.

Da den Sowjets aber keine andere Legitimation für ihre Herrschaft über Osteuropa bleibt als der dahinwel*kende, in das Meer des Vergessens* abgleitende Sieg von 1945, unternimmt die herrschende alte Generation im Kreml alles, um auf groteske, oft an eine Kitschoper erinnernde Weise die Jahrestage der Siege und Befreiungen von einst lebendig zu erhalten. Die über siebzigjährigen alten Herrn im Kreml feiern jetzt „die Befreiung der Heldenstädte“ Stück für Stück: zuletzt war Odessa an der Reihe, bald kommt Warschau dran. Im kommenden Mai schließlich werden wir mit großem Getöse die Wiederholung der sowjetischen Siegesfeier anläßlich der Eroberung von Berlin 1945 erleben („die rote Fahne auf dem Reichstag!“).

Das alles soll die osteuropäischen *Staaten zwingen, einer Neuformulie*rung des Warschauer Pakts zuzustimmen, der bekanntlich im kommenden Jahr gleichfalls ausläuft. Die Sowjetunion als „Retter Europas und der Welt“ vor den – laut „Prawda“ – zweieinhalb Millionen zähnefletschenden Vertriebenenfunktionären, die angeblich zum Marsch nach Osten bereitstehen.

Vor einer solchen Kulisse aus Selbstbeweihräucherung kann man keinen Honecker brauchen, der nach Bonn fährt, keine Versöhnung, keine Befriedung. Sonst könnte ja bald ans Tageslicht kommen, daß die ganze Revanchismus-Kampagne nicht nur Kitsch, sondern ein Ablenkungsmanöver ist. Karl Marx sagte einmal, daß jedes historisches Ereignis zweimal stattfinde – einmal als Tragödie, und dann als Farce. Das trifft auch auf die alt-stalinistischen Greise zu, die jetzt in Moskau ihre letzte Revanchismus-Horror-Show vom Stapel lassen.

Seit 25 Jahren immer die gleichen Fragen

Von GEORG SCHRÖDER

Wie groß oder wie klein ist der Handlungsspielraum, den Moskau den Staaten des Warschauer Paktes läßt? Kann die von der Sowjetunion ausgehende Gefahr, kann der sowjetische Druck auf die Bundesrepublik Deutschland verringert werden, wenn es Bonn gelingt, seine Beziehungen zu allen Staaten des Ostblocks zu normalisieren und vor allem wirtschaftlich zum Nutzen dieser Staaten zu intensivieren?

Diese Fragen klingen brandaktuell. Aber sie sind spätestens seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows, also seit 1959, immer wieder gestellt worden, von Adenauer wie Brentano und dann sehr aktiv von Gerhard Schröder, dem Bundesaußenminister von 1961 bis 1966. Es sind schon 25 Jahre verflossen, seit Bundeskanzler Adenauer in einem hochvertraulichen Gespräch vom 23. Januar 1959, bei dem es um das sowjetische Ultimatum ging, mehrfach betonte, der Westen verlange von uns, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, und die Beziehungen zu den Satellitenstaaten aufzunehmen, um damit Polen und der Tschechoslowakei die Furcht vor uns zu nehmen.

Zwanzig Jahre sind schon verstrichen, seit Außenminister Schröder einen größeren *Kreis von Diplomaten*, Ostwissenschaftlern und außenpolitischen Journalisten zu einer vertraulichen zweitägigen Aussprache, geleitet vom Chef des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, über eben diese beiden Fragen eingeladen hatte. Soweit ich weiß, ist nicht einmal die Tatsache dieser Beratungen in die Öffentlichkeit gesickert, genausowenig wie ein zweites Treffen des gleichen Kreises, bei dem es darum ging, ob die Bundesrepublik Beziehungen zu Rotchina anknüpfen solle.

Es muß daran erinnert werden, daß bereits Außenminister von Brentano 1959 einen Vertrag mit Polen plante, der zwar keine Grenzanerkennung enthalten sollte, wohl aber den Verzicht auf eine gewaltsame Änderung der Oder-Neiße-Grenze. Adenauer stimmte damals anfänglich dieser Absicht zu, wurde dann aber von den Vertretern der Vertriebenenverbände umgestimmt.

Gerhard Schröders Aktivitäten in *einer Koalitionsregierung*, der nun die FDP wieder angehörte, waren gewiß nicht von der Illusion geleitet, mit seinen Schritten könne das Fernziel Wiedervereinigung bald oder schnell erreicht werden. Es darf daran erinnert werden, daß erst 1963 nach dem Scheitern Chruschtschows in der Kuba-Krise sein Berlin-Ultimatum in den Papierkorb der Geschichte wanderte. Jetzt erst konnten auch Bemühungen einsetzen, die Handelsbeziehungen mit unseren östlichen Nachbarn durch Errichtung von amtlichen Vertretungen zu aktivieren.

Richteten sich diese Bestrebungen gegen Moskau, wie man im Kreml glaubte? Nach dem Willen der Bundesregierung gewiß nicht. Aber sehr schnell wurde deutlich, daß die Sowjetunion ein außenpolitisches Monopol in den Beziehungen zur Bundesrepublik für sich beanspruchte.

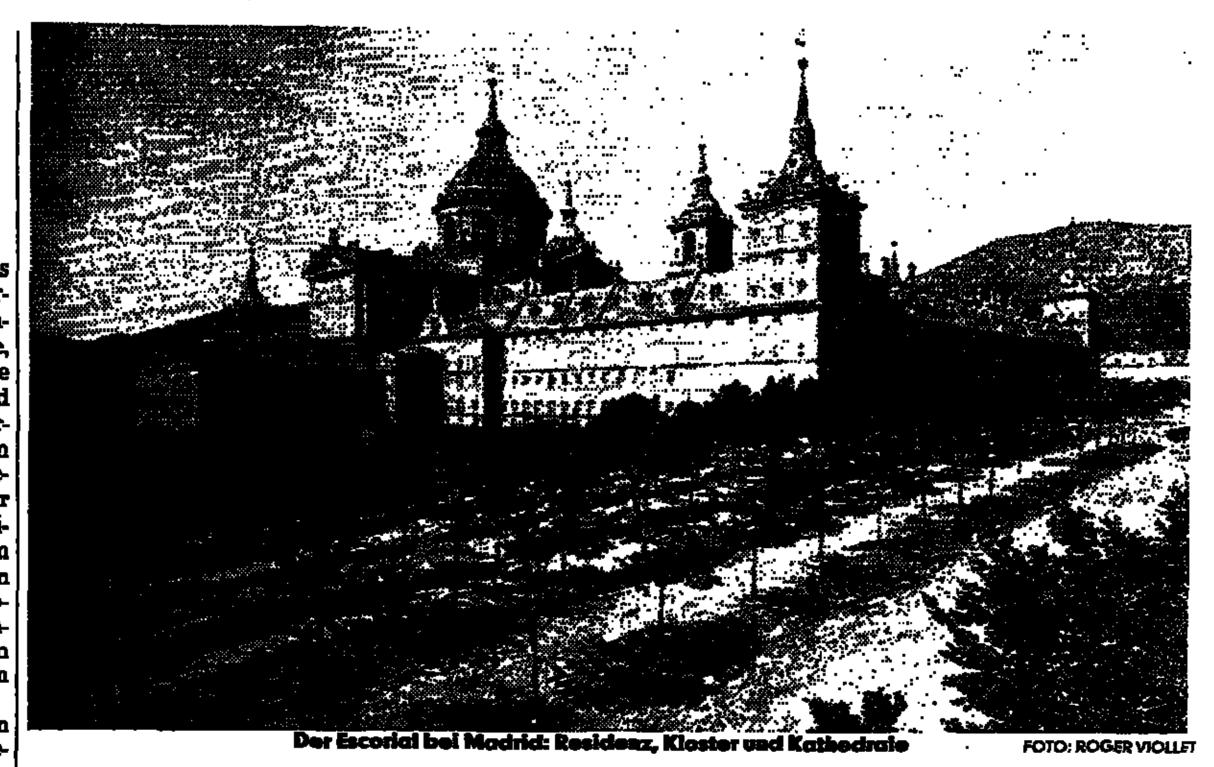
In der Friedensnote der Bundesregierung Erhard/Schröder vom 25. März 1966 übermittelte Bonn allen ausländischen Regierungen, zu denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhielt, aber auch den Regierungen der osteuropäischen und arabischen Staaten eine Note zur deutschen Friedenspolitik. Die Note enthielt Vorschläge zur Abrüstung und Sicherung des Friedens. Die Note brachte auch die Bereitschaft der Bundesrepublik zum Ausdruck, mit den ostasiatischen Ländern förmliche Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Moskau und alle Staaten des Warschauer Paktes lehnten die deutschen Vorschläge ab.

Einige Monate später griff Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung die Friedensnote auf mit dem Hinweis, daß auch der Sowjetunion der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen angeboten worden war, um erneut klarzustellen, daß sie nicht daran denke, die deutschen Ziele anders als mit friedlichen Mitteln anzustreben: „Die Bundesregierung wiederholt heute dieses auch an die anderen osteuropäischen Staaten gerichtete Angebot. Sie ist bereit, das ungelöste Problem der deutschen Teilung in dieses Angebot einzubeziehen.“

Man weiß, daß sich nur Rumänien den Bonner Bemühungen um Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht entzog. Die Entrüstung darüber in Moskau war groß. Man verschärfte die Agitation gegen die „revanchistischen Kreise in der westdeutschen Republik“. Die „DDR“ wurde von Moskau angewiesen, Schikanen zur Erschwerung des Berlin-Verkehrs zu inszenieren.

Damals wie heute wurde ganz klar, daß Moskau den außenpolitischen Spielraum seiner Vasallen ganz klein halten wollte und will. *Ziel* des Berlin-Ultimatums war ja die Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes in Europa durch die Bundesregierung gewesen. Dieses Ziel hat Moskau nie aufgegeben. Nach sowjetischer Meinung wurde es durch die Verträge mit Bonn, so wie sie Brandt und Bahr ausgehandelt haben, auch für Moskau erreicht. Daran hat sich, wie die Ereignisse der letzten Tage zeigen, und wie Moskaus kaum verhüllter massiver Druck auf die Staaten des Warschauer *Pakts* beweisen, für den Kreml nichts geändert.

Auch ein wichtiger Tatbestand hat daran nichts geändert: Bonn versucht nicht mehr wie zu den Zeiten Gerhard Schröders bei seinen ostpolitischen Aktivitäten die „DDR“ auszuklammern. Ganz im Gegenteil. Aber gerade das hat Moskaus Haltung noch starrer werden lassen.



Der Escorial bei Madrid: Residenz, Kloster und Kathedrale FOTO: ROGER VIOLLET

Der Escorial – oder Versuch einer europäischen Einigung

In dieser Woche, genau am 13. September, wird das „8. Weltwunder“ 400 Jahre alt, das Real Monastereo San Lorenzo de El Escorial bei Madrid. Das Klosterschloß Philipp II., dessen „Ideologie“ – europäische Einigung, allerdings unter religiösen Vorzeichen – heute seine erste Rehabilitation erlebt.

Von ROLF GÖRTZ

Am Hang des Guadarrama-Gebirges gelegen wirkt das gra*nitgraue* Viereck *mit den 18* Innenhöfen und zwölf Kreuzgängen, den vier charakteristischen Ecktürmen und der gewaltigen von zwei Glockentürmen flankierten Kuppel der Kathedrale majestätisch distanzierend. Schroff, fast abweisend für die vielen Granitbrocken dieser Gegend selbst. „Unser großer lyrischer Stein“ nannte Ortega y Gasset das Bauwerk. Aber der Präsident der Zweiten Republik (1931–1939), Azaña, sah in ihm den „Katafalk des spani*schen Imperialismus*“, *womit* denn auch gleich der politische Standort des Baues „heiliger Nüchternheit“ vorgegeben sei.

Es gibt nur wenige Baudenkmäler die so intensiv Zeit und Geist des Erbauers und seiner Ziele widerspiegeln. Die Strenge der spanischen Habsburger schlug sich hier nieder: Moderne Verwaltungszentrale eines weltumspannenden Reiches und Gotteshaus in einem.

In der Schlacht von Saint Quentin von 1557 gelobte Philipp II., Sohn des deutsch-spanischen Kaisers Karl I., für den Sieg über die französischen Rivalen dem Heiligen Laurentius ein Kloster zu widmen; Ersatz für eine während der Schlacht zerstörte Laurentius-Kirche. Sechs Jahre *später* wurde der Grundstein gelegt und im September 1584 übergab der Architekt Juan de Herrera seinem König den fertigen Bau.

Der aus dem nahen Gebirge gehauene Granit vereinte Staat und Kirche, fügte Thronsaal und Residenz, Kloster und Kathedrale mit ihrer hundert Meter hohen Kuppel in eins: Philipps weltliches Gottesreich. Hier empfing Philipp Jahre später die schleppend einkommenden Meldungen über den sukzessiven Untergang seiner „unbesiegbaren“ Armada. Heut schieben sich täglich Tausende von Touristen durch die kleinen bescheidenen Privaträume des Königs, vorbei an seinem Sterbebett mit dem Fensterchen zum Hauptaltar.

Erst 50 Jahre später schufen italienische Architekten jenes Pantheon das neben Philipp und seinem Vater, Karl I., 24 spanische Monarchen und ihre Frauen – so weit sie Mütter künftiger Könige waren – in roten, schön geschwungenen *Marmorsärgen aufnahmen*. Die zwei leer stehenden Königssärge zeigte im März 1967 ein junger Geistlicher Konrad Adenauer: „Hier ist kein Platz mehr für Könige“, meinte er im munteren Trotz gegen die Pläne des Caudillo Francisco Franco. Nur ein Jahr später aber ernannte der General den Prinzen Juan Carlos de Borbon zu seinem Nachfolger mit dem Titel eines Königs. Die beiden freien Särge werden seinen Großvater und ihn selbst aufnehmen.

Der Betrachter muß wohl alt werden mit dem Escorial, um seine spröde Grandezza voll auf sich einwirken lassen zu können. Dann aber löst sich der Bann der Vorurteile jenes grandiosen Propagandakrieges, dessen *Zielscheibe der Escorial die Jahrhun*derte hindurch blieb. Noch heute zwackt den Besucher der gruselige Wunsch, hinter einer der 1200 Türen irgendeine Folterkammer der Inquisition oder gar das Verlies entdecken zu sollen, in dem der arme Don Carlos so schmachtete.

Eigentlich schade, daß die moderne Geschichtsforschung diese Schauergeschichten schnöde zerstörte. Der zarte, unter seinem bösen Vater leidende, freiheitsliebende Don Carlos von Schiller war in Wirklichkeit „ein roher, ungezogener, oft grausamer Bursche“, wie ein Zeitgenosse ihn schilderte. Don Carlos stellte nur ein Kapitel der „schwarzen Legende“ eines faszinierenden Propaganda-Apparates *der französischen Köni*ge und später der Aufklärung.

Die in „Verliesen und düsteren Prunksälen“ des Escorial angesiedelte politische Legende sollte Frankreich helfen den Rivalen Spanien niederzuringen. Sie sollte vor allem jeden neuen Ansatz zu einem katholisch-europäischen Reich noch im Keime ersticken, was auch gelang. Ein Vorhaben, das aber erst die jüngere Geschichtsforschung in seiner ganzen Tragweite entlarvt und langsam *als einen ersten Versuch einer* europäischen Einigung – unter dem religiösen Vorzeichen seiner Zeit – rehabilitiert. Noch Napoleons Truppen steckten haßerfüllt das Kloster Yuste in Brand, in dem der habsburgische Kaiser und spanische König Karl 200 Jahre vorher starb.

Inzwischen hatten die Borbonen auf Spaniens Thron längst den Escorial übernommen, seine Säle und Gänge ihrem bunten Gepränge angepaßt. Mit leuchtenden Gobelins von Kartons der großen Maler Spaniens bis zu Goya.

Die Bibliothek ließ Herrera der Sixtinischen Kapelle nachgestalten. Schon die ersten 4000 von Philipp *selbst gesammelten* Bände *und* Schriften zeugen in kastilischer, arabischer und hebräischer Schrift – neben lateinischen und griechischen Texten – vom lebendigen Erbe des Reiches.

Die schönsten Stücke mögen gewiß die Handschriften aus dem 10. und 11. Jahrhundert mit wunderbaren Initialen sein. Von aktueller Bedeutung aber sind jene Schriften des Paters Las Casas, der die Untaten der spanischen Statthalter in Hispáno-Amerika in aller Deutlichkeit anprangerte und in denen er Modelle einer vorbildlichen gemeinsamen Siedlungspolitik brachte. Für die Gegner des Escorials und seines Geistes gilt Las Casas als Rebell. Er war es nicht, wie man heute ganz genau weiß. Er führte einen von Philipp eingesetzten und ständig kontrollierten Kontrollausschuß. Las Casas' Ansichten kamen auch nicht von ungefähr. Sie entsprachen vielmehr der Schule jener Theologen und Juristen wie Vitoria und Suarez, die wir heute als die Väter des modernen Völkerrechtes anerkennen. (SAD)

Verblüffend voller Geschmack bei

0,2/2

mg Nikotin/mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN).

Die R1 bietet Ihnen verblüffend vollen Geschmack bei 0,2/2 durch:
– Eine ungewöhnlich aromatische Tabakmischung.
– Einen speziellen Strömungsfilter mit zweifacher Geschmackswirkung, der den Rauchstrom zuerst verlangsamt, dadurch die Geschmacksentfaltung steigert, dann den Rauchstrom bündelt und den Geschmack konzentriert.



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 2 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

Südwest-SPD soll Friedensaktionen unterstützen

dpa, Malsch

Die Sozialdemokraten Baden-Württembergs haben sich auf ihrem Parteitag in Malsch bei Karlsruhe einstimmig darauf geeinigt, die geplanten Herbstaktionen der Friedensbewegung zu unterstützen. In dem vom Landesverband *der Jungsozialisten* angeregten Initiativantrag werden alle Sozialdemokraten aufgefordert, sich an den Friedensaktionen zu beteiligen. Außerdem wurden alle Orts- und Kreisverbände aufgerufen, durch Anträge in Gemeinderäten und Kreistagen die Diskussion über die Einrichtung kommunaler und regionaler *atomwaffenfreier* Zonen neu zu eröffnen.

Die Delegierten verabschiedeten zudem einen Antrag zum Tempolimit. Zur Bekämpfung des Waldsterbens, *zur Erhöhung* der Verkehrssicherheit und zur Verringerung des Energieverbrauchs sollen danach die Autofahrer in Wohngebieten nicht schneller als 30 Stundenkilometer und auf zweispurigen Straßen außerhalb der Ortschaften höchstens Tem*po 80 fahren dürfen.*

„Postminister äußerte sich objektiv falsch"

AP, Saarbrücken

Als „objektiv falsch" hat der Vorsitzende des Post- und Fernmelde*ausschusses im Bundestag, Liedtke* (SPD), die Erklärung von Bundespostminister Schwarz-Schilling zurückgewiesen, 90 Prozent aller Briefe würden bereits einen Tag nach Aufgabe zugestellt. Der Minister habe als Laufzeit nur die Zeit von der Abstempelung bis zur Zustellung gerechnet. Tatsächlich betrage die Laufzeit bei einer Aufgabe von Briefen nach 18.00 Uhr am Freitag vier Tage.

Schily: SPD geborener Partner für Koalition

dpa, Selb

Mehr Kompromißfähigkeit und die Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung hat der Bundestagsabgeordnete der Grünen Otto Schily *von seiner Partei gefordert.* Unter dem Zeitdruck der Umweltpolitik müßten die Grünen zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit dem „geborenen Partner", der SPD, ein Bündnis anstreben, sagte Schily bei der 20. „Politparty" des früheren SPD-Abgeordneten und Porzellanunternehmers Philip Rosenthal in Selb. Grüne Landesminister seien zwar in der Partei sehr umstritten, würden aber von der „übergroßen Mehrheit" der Wähler *gewünscht. Ein Ministeramt* beispielsweise in Nordrhein-Westfalen sei jedoch davon abhängig, inwieweit die SPD bereit sei, umzudenken, sagte Schily.

Erneute Gespräche im Bergarbeiterstreik

dpa, London

Mit Spannung wurde gestern in Großbritannien den neuen „Friedensgesprächen" zwischen der Bergarbeitergewerkschaft und der nationalen Kohlebehörde entgegengesehen, die sich am abend an einem nichtgenannten Ort verabredet hatten. Es ist der neunte Versuch der beiden Seiten, den seit einem halben Jahr andauernden Arbeitskampf zu beenden. Zen*trale Frage der Gespräche dürfte die* Gewalttätigkeit im Bergarbeiterstreik sein.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kein Nullwachstum in der Rüstungsplanung / Weniger Abhängigkeit von Atomwaffen

Entscheidung über die Zukunft der Bundeswehr

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Wörner hat damit begonnen, die grundsätzliche Einigung zwischen dem Bundeskanzler und ihm als verantwortlichem Ressortchef über die Sicherung der personellen und materiellen Zukunft der Bundeswehr in praktische Entscheidungen umzusetzen (siehe WELT vom 31. August). Im ersten Takt *schloß er gemeinsam mit* den Staatssekretären und dem Generalinspekteur sowie den Inspekteuren der Teilstreitkräfte vergangene Woche die langfristige Bundeswehrplanung für die Waffen- und Ausrüstungsbeschaffung ab und traf die *notwendigen* Entscheidungen.

Anfang Oktober findet eine entsprechende Planungskonferenz auf der Hardthöhe für die langfristige Sicherung des Personalbedarfs der Bundeswehr statt. *Die Einzelheiten* des Gesamtkonzepts will der Verteidigungsminister nach der Unterrichtung von Bundesregierung und den zuständigen Gremien des Bundestages bekanntmachen.

Wie bereits berichtet, ist im Perso*nalbereich eine Verlängerung* des Grundwehrdienstes auf 18 Monate und Mitte der neunziger Jahre die Öffnung der Bundeswehr für freiwillige Frauen in Aussicht genommen. Im materiellen Bereich konzentriert sich die Hardthöhe in dem bis ins *Jahr 1998 vorausgreifenden Beschaf*fungsplan auf die Beseitigung längst erkannter Schwächen sowie auf die Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Dabei orientiert sich die Planung, wie es in einer Erklärung des Ministeriums heißt, an der militärischen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland, den Verteidigungserfordernissen der NATO sowie an der Finanzplanung der Bundesregierung.

Im Verteidigungsministerium herrscht Klarheit darüber, daß die künftigen Aufgaben der Bundeswehr nicht *mit „Nullwachstum" bewältigt* werden können, sondern jährlich mindestens eine reale Steigerung des Verteidigungshaushaltes von bis zu zwei Prozent erforderlich sein wird. Die bindende Zusage von Bundesfinanzminister Stoltenberg zur Errei*chung dieses Ziels steht zwar noch* aus, doch der Minister ist optimistisch.

Defensiver Charakter

Bereits im 18. Finanzplan (1984 bis 1988) hat Stoltenberg geschrieben, die Bundesregierung halte es für notwendig und, trotz der generell gebotenen Dämpfung der Ausgaben-Dynamik, auch für vertretbar, die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren überproportional gegenüber den Gesamtausgaben des Bundes steigen zu lassen. Im 18. Finanzplan betragen die Steigerungsraten für die Jahre bis *1988 jeweils* rund 3,7 Prozent nominal. Diesen Prozentsatz hält man auf der Hardthöhe angesichts des Kaufkraftverlustes und der besonders großen Teuerung im Rüstungsbereich allerdings nicht für ausreichend.

Als Folge der Entscheidungen Wörners schälen sich bei der Rüstungsplanung eine Reihe von Schwerpunkten heraus, die generell den defensiven Charakter der Landesverteidigung weiter hervorkehren und die Abhängigkeit von Nuklearwaffen wieder kleiner machen sollen. Die besondere Verteidigungslücke, in der *Luftverteidigung durch das Fehlen* von Luftabwehrraketen an Fliegerhorsten und wichtigen anderen stationären Objekten der Luftwaffe entstanden, soll mit der Einführung moderner Flugabwehrsysteme („Patriot" und „Roland") geschlossen werden. *Darüber hinaus wird die* Luftwaffe für die vorhandenen Flugzeuge eine modernere Bewaffnung („Abstandswaffen") und eine bessere Ausstattung mit Munition erhalten. Im Grundsatz ist auch die Einführung eines leistungsfähigen Jagdflugzeuges („JF 90") vorgesehen, allerdings soll es nicht vor 1997 in die Verbände kommen.

Beim Heer steht in erster Linie die Verbesserung der Panzerabwehrfähigkeit auf dem *Programm. Dafür* wird es mit Beginn der neunziger Jahre einen für den Nachtkampf geeigneten Panzerabwehrhubschrauber erhalten und bereits früher eine moderne Artilleriewaffe („MARS"), mit der Raketen mit zielsuchender Munition *bis zu 40 Kilometer weit* verschossen werden können.

Auch beim Heer werden als Folge der neuen Rüstungsplanung die Munitionsvorräte für die großen Waffensysteme wie Kampfpanzer und Panzerhaubitze wesentlich aufgestockt, so daß die NATO nicht aus rein militärischen Gründen gezwungen wäre, zu früh den Ersteinsatz von Atomwaffen zu erwägen. Politische Gründe, vor allem *die* Absicht zur schnellen Beendigung der Schlachten, könnten den *frühen Ersteinsatz dennoch* möglich machen. Dies sieht die NATO-Strategie ausdrücklich vor.

Kein Leopard 3

Nach der Planungskonferenz auf der Hardthöhe ist entschieden, daß das Heer in den nächsten Jahren *nicht mit* einer Neuentwicklung eines Panzers, also eines „Leopard 3", beginnen soll. Die Panzerfachleute haben noch keine genaue Vorstellung von der entsprechenden Entwicklung in der Sowjetunion. *Deshalb* wird sich das deutsche Heer künftig auf den Bau eines „Lafett-Panzers" konzentrieren, für den das Chassis des „Leopard 2" genutzt werden kann, auf dem ohne Turm eine leistungsgesteigerte Kanone montiert werden *soll. Zusätzlich dazu soll das Heer* einen Panzerabwehrkampfwagen bekommen, mit dem Panzerraketen von einer höhenverstellbaren Plattform aus abgefeuert werden können. Schließlich ist auch die *Entwicklung* eines gepanzerten Fahrzeugs für eine Grenadiergruppe *vorgesehen*, das – anders als der Schützenpanzer „Marder" – den Kommandanten von der Aufgabe „Kampf gegen Panzer" freistellen soll.

Weitere Schwerpunkte setzte der Verteidigungsminister in der Rüstungsplanung für Forschung und Entwicklung, in der Nutzung der Elektronik und beim *bislang* vollständig vernachlässigten Sanitätsdienst. *Zum ersten Mal in der Ge*schichte der Bundeswehr soll der Sa*nitätsdienst mit* der Aufstockung der Lager an klinischen Einrichtungen und Versorgungsmaterial zur Behandlung Verwundeter in die Lage versetzt werden, seine Aufgaben wirklich zu erfüllen.

Im Bereich von Forschung und Entwicklung für die Bundeswehr sollen aufgrund der neuen Entscheidungen Wörners die wissenschaftlich-technischen Grundlagen für die Entwicklung neuer Waffensysteme, vor allem aber auch für eine bestmögliche Nutzung der Elektronik gelegt werden. *Dies soll der Aufklärung zu*gute kommen, der besseren Führung der Verbände im Gefecht, der elektronischen Kampfführung und der zuverlässigeren Wirkung von Sprengköpfen, die von weit entfernten Waffenträgern („stand off") mit *autonomen* Zielsucheinrichtungen heranzuführen sind.

Der Verteidigungsminister hat mit der neuen Rüstungsplanung „alte Zöpfe" abschneiden lassen, das „Nachfolgedenken" und *die* „Quoten-Erbhöfe" der Teilstreitkräfte. *Künftig heißt es nicht mehr*, einen Panzer müsse auch wieder ein Panzer ersetzen oder ein Flugzeug ein ähnliches, nur besseres. Auch die vorhandene Finanzmasse wird nach Aufgaben an die Teilstreitkräfte zugeteilt, nicht nach bisher üblichen Quoten.

Das „eigene Profil" bietet im DGB Angriffsflächen

IG-Chemie-Chef weist Vorwurf der Unsolidarität zurück

F. DIEDERICHS, Berlin

Die 35-Stunden-Woche als langfristiges Ziel, das es über den Zwischenschritt des Vorruhestandes zu erreichen gelte – mit diesem jetzt in Berlin verabschiedeten tarifpolitischen Programm der IG Chemie-Papier-Keramik hat sich die mit 653 000 Mitgliedern drittstärkste DGB-Gewerkschaft ein Eigenprofil gegeben, das schon vor dem 12. Ordentlichen Ge*werkschaftstag zu kritischen Anmer*kungen anderer Gewerkschaftler Anlaß geboten hatte. Daß die IG Chemie sich nicht auf die 35-Stunden-Woche als vorrangiges und direktes Ziel festlegen will, führte vor allem aus der Richtung der IG Metall und der IG Druck zu Vorwürfen, die mit dem Begriff des „unsolidarischen Fehltrittes" beschrieben werden können.

Auch in Berlin wurde die Schelte von Delegierten erneuert, denen jedoch Horst Mettke, als Mitglied des Hauptvorstandes für Tarifpolitik verantwortlich, entgegenhalten konnte, der Vorruhestand werde als „eindeutiger Wunsch der Belegschaften in den Betrieben" der Wochenarbeitszeitverkürzung vorgezogen.

Zudem sah sich die *IG Chemie* unter dem mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigten Hermann Rappe (SPD) bei der Verabschiedung des tarifpolitischen Zukunftsprogramms vom Ergebnis der Tarifverhandlungen 1983 in die Pflicht genommen. *Denn im März* vergangenen Jahres hatte noch die Tarifkommission der Chemiegewerkschaft nahezu einstimmig einem Verhandlungsergebnis mit den Arbeitgebern zugestimmt, das neben einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,2 Prozent zusätzliche Freizeiten für Arbeitnehmer ab 58 Jahren vorsah. Die 40stündige Regelarbeitszeit wurde hingegen bis Ende 1987 für 90 Prozent der Chemie-Beschäftigten festgeschrieben.

Treffend für das Verhältnis zum DGB war die Bemerkung in der Grundsatzrede Hermann Rappes: Es werde notwendig sein, „von Zeit zu Zeit die mögliche Marschroute auch innerhalb des DGB immer wieder neu abzustecken, damit unsere Aus*sagen an die Adresse der politisch* Verantwortlichen einheitlich und damit gewichtig bleiben".

Den Vorwurf gewerkschaftlicher Unsolidarität ließ Rappe jedoch nicht gelten: Er gab allen, „die aus den unterschiedlichen Wegen, die die Gewerkschaften zur *Bekämpfung* der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen haben, Uneinigkeit herauslesen wollen", mit auf den Weg, gerade die IG Chemie sei eine DGB-treue und der gemeinsamen Solidarität verbundene Gewerkschaft".

Allerdings wurde in Berlin der Begriff einer „Konzertierten Aktion" eher gemieden, vielmehr freundete man sich da mit dem von Rappe geprägten Begriff der „gesamtgesellschaftlichen Verabredung" an.

Das tarifpolitische Programm, in kurz-, mittel- und langfristige Forderungen aufgesplittet, hat manchen *Delegierten an einen Bestellkatalog* erinnert – „von jedem etwas", wie bemerkt worden ist. Dennoch weisen die Befürworter des bei nur wenigen Gegenstimmen angenommenen Programms darauf hin, daß ein derartiges Papier – auf die kommenden vier Jahre ausgelegt – flexibel sein müsse.

Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit als kurzfristiges Ziel wird deshalb nur für ältere und besonders belastete Arbeitnehmer festgeschrieben, ebenso kurzfristig sollen eine tariflich vereinbarte Vorruhestandsre*gelung und der Abbau von Mehrar*beit durch zusätzliche Freizeit erreicht werden.

Die Mehrheit der Delegierten billigte auch die Absicht des Vorstandes, weiter für die Tarifrente einzutreten und möglicherweise im kommen*den Jahr auch dafür zu streiken,* wenn die Arbeitgeber weiter ihre Zustimmung verweigern sollten.

Genscher: Was wir brauchen, ist Leistung

GEORG BAUER, Paderborn

Die Diskussionsrunde hatte, zumindest was die Quantität der Teilnehmer betraf, einen durchaus elitären Anstrich. So bot sich dem FDP-*Parteivorsitzenden und* Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher, als er am Wochenende in Paderborn auf einem Forum der Jung-Liberalen zu dem Thema „Brauchen wir Leistungseliten?" Stellung bezog, ein Szenarium eines situierten Bildungsbürgertums. Genscher hatte schon Ende des vergangenen Jahres, als er mit einer Rede vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber die Diskussion um die „Elite in *Deutschland" entfachte, Beifall von* den Julis erhalten.

Die Harmonie zwischen dem Parteivorsitzenden und seiner Jugendorganisation war um so greifbarer, als Genscher, der zu Beginn der Elitediskussion die Schaffung und Förde*rung vor allem privater Universitäten* in den Vordergrund gestellt hatte, Kritik der Julis aufgriff und in seiner Rede staatlichen und privaten Universitäten den gleichen Rang einräumte. Genscher: „Was wir brauchen, sind Leistungshochschulen, staatliche und *private.*"

Ob staatlich oder privat – ein Prinzip müßte Richtschnur für alle Hochschulen sein: der Wettbewerb. Er müsse auch bei den Mittelzuweisungen für die Forschung gelten, denn Finanzspritzen sollten nur die Universitäten erhalten, die große Forschungsleistungen erbrächten.

Genscher fand eine dankbare Zuhörerschaft, als er beim Reizwort „Elite" gegen seine Kritiker zu Felde zog. Manche in unserem Lande seien nur deshalb gegen Elite, weil sie „gegen Leistung sind". Der Parteivorsitzende fuhr fort: „Dieses für Funktionärseliten bezeichnende Motiv der Elitefeindlichkeit ist typisch für die Haltung derer, die sich in unserer Gesellschaft im Besitz unverdienter, also rational nicht begründbarer Privilegien befinden."

Worms geht auf Distanz zum Sparkurs der Bundesregierung

Die rheinische CDU wirbt um Arbeitnehmerstimmen

DW. Neuss

Die rheinische CDU, seit ihrer Gründung stark vom Ideengut der Sozialausschüsse geprägt, hat auf ih*rem Landesparteitag in Neuss* ein „Bündnis der CDU mit allen Arbeitnehmern" proklamiert und die Bundesregierung eindringlich davor gewarnt, weitere Einsparungen im sozialen Bereich durchzusetzen.

Der rheinische Landesvorsitzende Bernhard Worms, *einer der Stellvertreter* des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, argumentierte, der Sparkurs und die Opfer nach der Bonner „Wende" vom Oktober 1982 seien notwendig gewesen. „Aber ich sage auch: Jetzt muß Schluß sein mit weiteren sozialen Einsparungen!" Die rheinische CDU konzentriert sich jetzt darauf, der in Düsseldorf allein regierenden SPD bei der Landtagswahl im Mai nächsten Jahres, aber *auch schon bei der nordrhein-westfä*lischen Kommunalwahl am 30. September diesen Jahres, möglichst viele Arbeitnehmerstimmen abzujagen.

Worms sprach von Tendenzen bei den Sozialdemokraten unter Ministerpräsident Johannes Rau, „die Arbeitnehmer an *die grüne Blockade*partei zu verraten". Ein „rot-grüner Pakt" in Düsseldorf nach dem 12. Mai 1985 wäre „eine Regierung der Blokkade und Demontage", sagte der CDU-Landesvorsitzende unter Anspielung auf Bemerkungen Raus, ei*ne Zusammenarbeit mit den Grünen* nicht gänzlich ausschließen zu wollen. Worms knüpft daran seine Forderung: Nachdem die SPD das einstmals starke Nordrhein-Westfalen „heruntergewirtschaftet" habe, müsse die CDU „im Bündnis mit den Arbeitnehmern den zweiten Wiederaufbau schaffen". Worms: „Der Arbeiter bei Bayer, der Facharbeiter bei Ford, der Handwerker, der Ingenieur, der Landwirt, der selbständig Tätige ebenso wie die *technische Intelligenz* – das sind unsere Wähler, das sind unsere Verbündeten!"

Diesen Gedanken griff – als Gastredner in Neuss – der westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf auf. Die Union, so sein Rat, *müsse versuchen, zumindest* vorübergehend alle gewerkschaftsorientierten und realitätsbezogenen SPD-Wähler an sich zu binden. Mit ihrer Diffamierung der Bemühungen von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm um eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes verrate die SPD die Solidarität der Arbeitnehmer mit den Arbeitslosen.

Der Parteitag verabschiedete eine Entschließung zum „Schutz des ungeborenen Lebens", in der die Regierungen in Bund und Ländern sowie *die Justiz aufgefordert werden, den* Mißbrauch geltender Gesetze im Zusammenhang mit der Abtreibungserleichterung zu beenden.

In einem Leitantrag werden für den Fall eines CDU-Sieges bei der Landtagswahl 1985 große finanzielle Hilfen für Familien in Aussicht gestellt. In Ergänzung zu dem von der Bundesregierung für 1986 beschlossenen Erziehungsgeld von monatlich 600 Mark für das erste Lebensjahr des Kindes soll für das zweite Lebensjahr ein „landeseigenes Familiengeld" gezahlt werden.

Deutsche und EG-Ausländer mit *Hauptwohnsitz in NRW*, die ein noch nicht festgelegtes Familieneinkommen nicht überschreiten, soll bei Eheschließung oder Geburt eines Kindes ein zinsloses Darlehen von 5000 Mark mit einer elfjährigen Laufzeit gewährt werden.

Nach der westfälischen hat auch die rheinische CDU den Druck auf die Bundesregierung verstärkt, *vom* 1. Januar 1986 an nur noch abgasarme Neuwagen zuzulassen. Einstimmig verabschiedete der Parteitag eine Entschließung, die keine andere Lö*sung – etwa einen Stufenplan zur Ein*führung umweltfreundlicher Autos – zuläßt.

SPD-Bezirke über Reform gesprächsbereit

dpa, Regensburg

Die Führungsspitzen der beiden SPD-Bezirke Franken und Niederbayern/Oberpfalz haben nach einer Beratung über die von Bayerns SPD-Chef Helmut Rothemund vorgeschlagene Parteireform Gesprächsbereitschaft signalisiert, aber gleichzeitig deutliche Kritik an der Reformidee geübt. Der Vorstand des größten bayerischen *SPD-Bezirks* beschloß gestern auf Schloß Schney bei Lich*tenfels mit 24:3 Stimmen*, die Bundesschiedskommission der Partei anzurufen, um die Bedingungen für die Abschaffung eines Parteibezirks klären zu lassen. Die SPD Niederbayern/Oberpfalz will erst einmal mit Rothemund reden und dann auf einem *außerordentlichen Bezirksparteitag* Anfang nächsten Jahres ihre Position festlegen. Nach den Vorstellungen Rothemunds, mit denen er bereits Anfang der 70er Jahre in seiner Partei gescheitert war, sollen die mächtigen Parteibezirke zugunsten neuer Regio*nalgliederung* und einer Stärkung von Basis und Landesverband aufgelöst werden.

CSU für Kompromiß beim Nachzugsalter

AP, Hamburg

Die CSU ist nach den Worten ihres Landesgruppenchefs im Bundestag, Theo Waigel, im Streit mit der FDP über die von der CSU geforderte Senkung des Nachzugsalters für türkische Kinder von 16 auf 6 Jahre kompromißbereit. In einem vorab veröffentlichten Interview der „Bild"-Zeitung sagte Waigel: „Wir *könnten auf die in der Koalition* so umstrittene Senkung des Nachzugsalters verzichten, aber nur wenn erstens die Türkei zuverlässig dafür sorgt, daß ab 1986, wenn die Türkei der EG beitritt, unser Arbeitsmarkt nicht von weiteren Millionen *arbeitsuchenden Türken* überschwemmt wird." Außerdem forderte Waigel die Bundesregierung auf, durch stärkere Rückkehrhilfen und bessere Ausweisungsmöglichkeiten die Zahl der Ausländer zu senken.

„Gespräch mit Boff unnötig aufgewertet"

KNA/DW. Rom

Die Unterredung Kardinal Ratzingers, des Vorsitzenden der Kongregation für Glaubensfragen im Vatikan, mit dem brasilianischen Franziskaner-Pater und prominenten Vertreter der „Befreiungstheologie", Leonardo *Boff, ist auch von den Betroffenen als* harmonisch bezeichnet worden. Sprecher beider Seiten wandten sich gegen die Bezeichnung „Verhör". In einem Kommentar der Katholischen Nachrichtenagentur in Deutschland heißt es: „Das undramatische Kollo*quium Boffs im Vatikan* hat diejenigen zunächst widerlegt, die in der Vorladung des Theologen nach Rom einen Rundumschlag gegen die Befreiungstheologie oder eine Generalabrechnung mit der Kirche Lateinamerikas vermuteten. Durch konstruierte Verbindungslinien *zu einigen* anderen Vorgängen – zu dem vom Vatikan unterstützten kirchlichen Ultimatum an die vier Priesterminister in Nicaragua und die Veröffentlichung des Dokuments zur Befreiungstheologie – erhielt das Gespräch eine Brisanz, die dem Vorgang selbst nicht gerecht wurde. Außerdem vermutete mancher nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und dem Heiligen Stuhl ein konzertiertes Vorgehen in Lateinamerika." Der Vatikan, so der Kommentar, müsse sich allerdings die Frage gefallen lassen, ob durch eine größere Offenheit in dem zweifellos heiklen Vorgang nicht schädlichen Gerüchten und unguten Vermengungen hätte begegnet werden können.

WIR BIETEN IHNEN EINE PERLE UNTER DEN ANLAGEWERTEN.

Wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir den DIFA-Fonds Nr. 1 eine Perle unter den Anlagewerten nennen.

Beim DIFA-Fonds Nr. 1 können Sie wirklich von einer Vertrauensbasis ausgehen, wie sie breiter kaum denkbar ist. Denn der DIFA-Fonds Nr. 1 kann sich auf 20.000 Bankberatungsstellen stützen.

Aber es ist nicht nur die breite Vertrauensbasis, die für den DIFA-Fonds Nr. 1 spricht, sondern auch sein Fundament – das Immobilienvermögen des Fonds steht buchstäblich auf festem Grund und Boden. Dem einzigen, was sich auf dieser Erde nicht vermehren läßt.

Gleichzeitig bieten wir Ihnen mit dem DIFA-Fonds Nr. 1 Bequemlichkeit durch eine Fondsverwaltung, die in den besten Händen liegt. Wir kümmern uns um Kauf und Verkauf genauso wie um Vermietung und Betreuung der Immobilien.

Darum bezeichnen wir den DIFA-Fonds Nr. 1 zu Recht als Perle unter den Anlagewerten.

DIFA-Fonds Nr. 1 – keiner ist Ihnen näher.

Ich möchte alles über den DIFA-Fonds Nr. 1 wissen.
Name
Straße
PLZ/Ort
DEUTSCHE IMMOBILIEN FONDS AG
Postfach 101020, Adenauerallee 21, 2000 Hamburg 1



Rogers gegen Grenzsperren aus Sprengstoff

dpa, Brüssel

Gegen ein Rohrsystem für flüssigen Sprengstoff entlang den Grenzen zu den Warschauer Pakt-Staaten als Schutz vor möglichen Angriffen aus dem Osten hat sich der NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers (USA) ausgesprochen. In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte der höchste Offizier des westlichen Bündnisses in Europa: „Es gibt keine Pläne für diese Art von Sperren. Ich würde sie als Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa nicht als ein Mittel zur Verteidigung Westeuropas befürworten.“ Ein westlicher „Wall“ sei militärisch problematisch und politisch kaum durchsetzbar.

„Eine Sperre ist nur so gut wie die damit verbundene Verteidigung. Man kann nicht einfach eine Röhre mit Sprengstoff füllen und in die Luft jagen, wenn man keine Mittel hat, um auch sicherzustellen, daß die Sperre danach nicht umgangen wird“, sagte Rogers. „Schließlich ist es die Frage, ob eine solche Sperre politisch machbar wäre. Möchte Westdeutschland eine solche Sperre zwischen den beiden Teilen Deutschlands haben, die es irgendwann wiedervereinen will? Ich glaube nicht.“

Ende August hatte US-Brigadegeneral Anthony Smith in Washington mit seinem Hinweis, eine Sperre aus Pipelines mit flüssigem Sprengstoff entlang der Grenze zur „DDR“ sei technisch möglich, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Diskussion ausgelöst.

Südkorea–Japan: Neue Partnerschaft

rtr, Tokio

Zwischen Südkorea und Japan ist nach Ansicht des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo-Hwan ein historischer Wendepunkt in den Beziehungen eingetreten. Zum Abschluß seines Staatsbesuchs in Japan sagte Chun, die neue Partnerschaft werde „eine führende Rolle bei der Schaffung eines neuen Zeitalters im pazifischen Raum“ einnehmen. In nordkoreanischen Medien wurde dagegen die Reise als „schädlicher Ausverkauf“ bezeichnet, da die von Chun akzeptierte japanische Entschuldigung für die Besetzung Koreas völlig unzureichend sei.

Während des ersten Besuchs eines koreanischen Staatsoberhaupts in Japan hatten der japanische Kaiser Hirohito und Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ihr Bedauern über die bis Ende des Zweiten Weltkrieges dauernde 35jährige Kolonialherrschaft in Korea ausgedrückt.

In dem Abschlußkommuniqué unterstützt Japan den Wunsch Südkoreas, daß beide koreanische Staaten den Vereinten Nationen angehören sollten. Nakasone sagte Chun zu, daß Japan eine Aufnahme Südkoreas unterstützen würde.

In den Gesprächen der Fachminister wurden dagegen kaum Fortschritte erreicht. Südkorea hatte sich verbesserte Bedingungen im Handel, den Zugang zur japanischen Technologie und eine bessere Behandlung der in Japan lebenden 700 000 Koreaner erhofft.

Washington bestätigt Kontakt mit Söldnern

AFP, Washington

Nach anfänglichen Dementis hat Washington bestätigt, daß gegen Nicaragua kämpfende US-Söldner über Kontakte zu offiziellen amerikanischen Stellen verfügen. Die in den Bundesstaaten Alabama, Mississippi und Tennessee ansässige Organisation „Civilian Military Assistance“ (CMA), deren Mitglieder in der Mehrzahl Vietnam-Veteranen sind, habe in direkter Verbindung zu Botschaftsbeamten in Honduras und El Salvador gestanden, erklärte der Sprecher des State Department, John Hughes.

Bei dem Abschluß eines Kampfhubschraubers im Norden Nicaraguas waren am Samstag vergangener Woche zwei CMA-Söldner getötet worden. US-Sicherheitsberater Robert McFarlane meinte seinerseits, bei dem von den beiden Amerikanern und einem nicaraguanischen Söldner geführten Angriff auf eine sandinistische Kaserne seien „mehrere Kubaner getötet“ worden. Nicaragua dementierte diese Meldung am Samstag mit den Worten, es handle sich um einen weiteren Beweis für den „hinterhältigen und systematischen Gebrauch von Täuschung“ durch die Reagan-Regierung.

Das Eingeständnis von Kontakten zu den zwei getöteten Söldnern folgte am Freitag einer kompromittierenden Erklärung von CMA-Chef Thomas Posey. Dieser hatte gegenüber Journalisten betont, die „antikommunistischen Freiheitskämpfer“ seiner Truppe hätten Waffen an die „Contras“ und die salvadorianische Armee geliefert und dabei die Unterstützung der US-Botschaften in Tegucigalpa und San Salvador gehabt. Sprecher Hughes meinte dazu, trotz ihrer Kontakte zu einigen Botschaftsangehörigen habe die CMA bei ihren Aktionen in Mittelamerika nicht die Unterstützung der US-Regierung gehabt.

„Keine Übertreibungen bei der Innenbetrachtung“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat gestern abend in einem Interview mit dem ZDF davor gewarnt, die deutsch-deutschen Beziehungen allzu sehr in Form einer „Innenbetrachtung dieses Verhältnisses“ zu bewerten. In der Sendung „Bonner Perspektiven“ sagte von Weizsäcker wörtlich: „Ich bin davon überzeugt, das alles, was wir zwischen den beiden deutschen Staaten fertigbringen, im wesentlichen im Rahmen und überdies auch im Interesse der Ost-West-Beziehungen im Ganzen geschieht.“ Die WELT druckt das Interview in Auszügen ab:

ZDF: Zu mancher Überraschung ist aus der Besuchsplanung bekanntgeworden, daß Sie, wenn Villa Hammerschmidt wieder renoviert ist und wieder zur Verfügung steht, SED-Chef Honecker in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender hier an Ihrem Amtssitz empfangen würden. Würde das ganz vorbehaltlos geschehen?

von Weizsäcker: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie diese Frage stellen. Ich würde gern dazu folgendes sagen: Erstens, es gibt bekanntlich Statusfragen in Deutschland, die die vier Mächte – die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion – miteinander am Ende des Krieges aufgegriffen haben. Sie betreffen Deutschland als Ganzes und Berlin als Ganzes. Diese Statusfragen liegen in der Befugnis der vier Mächte, nicht aber der beiden deutschen Staaten. Wir haben es gar nicht in der Hand, den Status zu verändern, wohl aber sollten wir uns vor zweideutigen Schritten hüten und zwar deshalb, weil zwischen den vier Mächten gar nicht Einigkeit über diesen Status besteht. Wir wollen also durch eigene vorschnelle Handlungen keinen Vorschub leisten dafür, daß Mißdeutungen vorgenommen werden können. Das zweite mir sehr wichtig erscheinende ist dies: man streitet sich zwischen West und Ost über Prinzipien, Status und anderes mehr. Das haben die vier Mächte etwa in Bezug auf den Status von Berlin getan, oder die Bundesrepublik Deutschland und die DDR streiten sich darüber, was die deutsche Nation sei. Dieser Streit im Prinzip hat uns nicht daran gehindert und darf uns nicht daran hindern, praktisch miteinander zu arbeiten. Die Menschen in Deutschland wollen nicht, daß wir uns wegen Statusstreitigkeiten gegenseitig boykottieren. Ganz im Gegenteil, sie wollen, daß die Politiker sich verantwortlich zusammensetzen und sehen, was sie

DOKUMENT

abmildernd tun können im Zustand der Teilung, oder was sie fördernd beitragen können für die Ost-West-Beziehung. Deswegen habe auch immer erklärt, daß ich dazu bereit bin, den Staatsratsvorsitzenden der DDR zu empfangen, der zu Besuch zu uns kommt. Aber wo und wie und zu welcher Zeit, darüber muß es natürlich Verhandlungen geben zwischen den beiden Seiten. Verhandlungen zwischen Regierungen pflegen damit zu beginnen, daß jeder seine Idealvorstellung vorträgt, und dann sieht man, ob man zu einem vernünftigen Ergebnis kommt. Und das wird umso besser gelingen, je weniger darüber vorher spekuliert wird. Deswegen ist es falsch, was behauptet worden ist, daß ich irgendeine Forderung aufgestellt hätte. Man wird mir sagen, wie die Verhandlungen gelaufen sind, ob eine generelle Bereitschaft besteht. Ich möchte doch eines hinzufügen, wenn wir wirklich einen Gast aus der DDR, den verantwortlichen Politiker zu uns einladen, dann müssen sich beide Seiten darüber im klaren sein: ein solcher Besuch kann nur dann gelingen, wenn man sich gegenseitig statusmäßig nicht zu übervorteilen sucht. Wenn wir einen Besucher bei uns empfangen, dann dürfen wir ihm nicht zumuten, einerseits unser Gast zu sein, andererseits aber nur halb zur Kenntnis genomnmen zu werden. Wir müssen ihn denn auch als Gast empfangen und behandeln. Andererseits sollte die andere Seite nicht von uns statusmäßige Dinge verlangen, die unserer Überzeugung widersprechen. Das sind die Kriterien, nach denen die Regierungen verhandeln. Und das sollten sie lieber, wie es die gute Übung ist, unter sich tun und darüber nicht öffentlich zu reden. Wenn natürlich die Medien ihre Meinung dazu öffentlich dartun, dann gehört das zum Bild unserer freien Meinungsäußerung. Und wenn im Bundestag darüber debattiert wird, dann ist dagegen auch nichts zu sagen. Aber ich habe keine Forderungen aufgestellt, werde es nicht tun und stehe zu einem Empfang bereit nach dem Ergebnis der Verhandlungen der Regierungen.

ZDF: Aber die eigentliche Frage, die eigentlich wichtige Frage käme beimn Gegenbesuch erst auf: ob der Bundespräsident in Ost-Berlin empfangen werden sollte...

von Weizsäcker: ... das ist sicher in dem Sinne wichtig, als daß das statusmäßig umstritten ist, der Status von Ost-Berlin. Der Status von Bonn ist in gar keiner Weise umstritten.

Schweden-Protest gegen Luftraumverletzung

Moskau leugnet, aber Stockholm hat Beweise

R. GATERMANN, Stockholm

Zum vierten Mal in der Nachkriegsgeschichte hat Schweden der Sowjetunion einen offiziellen Protest überreicht. Dem sowjetischen Geschäftsträger in Stockholm, Jewgenij Rümko, wurde vom Staatssekretär im Außenministerium, Pierre Schori, mitgeteilt, daß Schweden die Verletzung seines Luftraumes am 2. August durch ein sowjetisches Jagdflugzeug als „sehr ernst betrachtet und der sowjetischen Regierung einen bestimmten Protest übermittelt“.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme ist derzeit noch nicht bereit, den Protest mit anderen Maßnahmen zu flankieren, die nichtsozialistischen Parteien fordern dagegen, daß der für Ende Oktober vorgesehene Besuch von Verkehrsminister Curt Boström in Moskau zunächst aufgeschoben wird. Man will sich darüber hinaus nicht an einer offiziellen Parlamentsdelegation beteiligen, die Anfang November in die Sowjetunion reisen soll.

Schweden sah sich zu diesem Protest veranlaßt, nachdem die zu Beginn der Woche eingegangene Antwort Moskaus auf die erste am 17. August mündlich vorgetragene Vorhaltung „völlig unzureichend“ war. Rümko hatte im Außenministerium lediglich erklärt: „Sowjetische kompetente Behörden haben nach einer eingehenden Untersuchung nicht bestätigen können, daß ein sowjetisches Flugzeug am 9. August schwedischen Luftraum verletzt haben soll.“

Nun ist man sich in Stockholm jedoch in seiner Anklage sehr sicher. Nach der über zweistündigen Sitzung des Außenpolitischen Rates, dem der König vorsitzt und in dem die Protestnote abgefaßt wurde, legten Verteidigungsminister Anders Thunborg, der einen offiziellen Besuch in Frankreich vorzeitig abbrechen mußte, und Oberbefehlshaber Lennart Ljung einen Teil ihrer Erkenntnisse vor. Es war offenbar auch beabsichtigt, sie mit Radarfotos zu untermauern. Wie es heißt, soll deren Veröffentlichung jedoch von der Regierung untersagt worden sein.

Nach schwedischer Darstellung schert am 9. August um 17.40 Uhr ein sowjetisches Jagdflugzeug vom Typ SU 15 aus seinem Verband aus, der an einer Luftwaffenübung vor der baltischen Küste teilnimmt. Das Flugzeug steigt von 5000 auf 9500 Meter Höhe und folgt dem von Kreta kommenden Flugzeug der schwedischen Charterfluggesellschaft Scanair. In dem Airbus befinden sich 276 Passagiere. Um 17.44 Uhr fliegt die SU 15 in den schwedischen Luftraum ein, ihr Abstand zu der Zivilmaschine ist von 10 000 auf 2000 Meter geschrumpft. Nach etwa zwei Minuten dreht sie ab und verläßt um 17.48 Uhr das schwedische Hoheitsgebiet, um sich wieder ihrem Verband anzuschließen. Um 18.06 Uhr verlieren die Schweden sie von ihren Radarschirmen.

Das sowjetische Flugzeug hat sich vier Minuten und 38 Sekunden diesseits der Territorialgrenze befunden, war dabei 28 Kilomter tief in Schweden eingedrungen und hatte teilweise die Insel Gotland überflogen. Insgesamt war der Russe dem Airbus 80 Kilomter gefolgt. Rümko sagte beim Verlassen des Außenministeriums nur: „Es gibt keinen Grund für den schwedischen Protest.“

Welche Lehren zieht Amerika aus der Verschuldung?

Die Verpflichtung auf einen ausgeglichenen Etat soll in die Verfassung

TH. KIELINGER, Washington

Das riesige Haushaltsdefizit, dem sich die USA seit einigen Jahren in die Arme geworfen haben, hat weit tiefer als man das an der Oberfläche erkennen kann, die politische Landschaft verworfen. Einem Problem von solcher Dimension kann man nicht kurzfristig beikommen, auch wenn legislative Notmaßnahmen unvermeidlich sind, sobald die neue Regierung – wer immer es sei – ihre Arbeit erst einmal aufgenommen hat. Entscheidender ist die Frage: Welche Lehren werden aus dem Abenteuer der Verschuldung gezogen?

Mag das Wirtschaftsprogramm der Reagan-Regierung mit dem Defizit überlebt haben, der Aufschwung sich, dank dieser mit hoher Staatsverschuldung stimulierten Nachfrage (man nennt es auch den „Turbo-Keynesianismus“) gut entwickelt haben – der Schreck sitzt dennoch in den Knochen. Und so kommt das Weiße Haus auf sein Allheilmittel für die Zukunft zurück, das es bereits vor zwei Jahren dem Kongreß zur Billigung vorgelegt hat: Die US-Verfassung muß geändert, durch einen Zusatz erweitert werden. Das neue „Amendment“ (Verfassungszusatz) soll den Fiskus verpflichten, nur noch ausgeglichene Haushalte vorzulegen. In Reagans Worten: „Dem Staat darf nicht gestattet werden, mehr auszugeben, als er einnimmt.“

Vor zwei Jahren lehnte das Repräsentantenhaus diese Vorlage der Administration glatt ab. Heute nun, zwei Jahre nach dem ersten gescheiterten Versuch, eine Zweidrittelmehrheit im Kongreß für die gewünschte Verfassungsänderung zu bekommen, hat sich das Bild geändert. Das Land bekehrt sich allmählich zu dieser Idee wie zu einer neuen fundamentalistischen Religion. Im Kongreß liegt die Vorlage weiterhin an, die Legislatoren wissen also, daß die Thematik auf sie zurückkommt, und ein zweites Mal wird man sie nicht mehr so einfach abblocken können, ohne sich den Zorn der Zeitgenossen zuzuziehen. Um dieser Entwicklung zuvorzukommen, haben die Demokraten, Reagans Opposition im Abgeordnetenhaus, kaum waren sie aus ihren Parlamentsferien zurückgekehrt, ihrerseits die Initiative ergriffen und angekündigt, sie würden ihren eigenen Gesetzesantrag einbringen, der den Präsidenten verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Jedermann durchschaut diese Finte: Natürlich läßt sich nicht schon für den nächsten Haushalt eine ausgeglichene Kontoführung erarbeiten. Aber das wissen die Demokraten. Sie wollen nur Reagans Bluff herausfordern und ihn zwingen, selber auf die Ausgleichung des Haushalts hinzuarbeiten durch konkrete Maßnahmen, anstatt nach dem kostenlosen Mittel einer Verfassungsänderung zu rufen (kostenlos, weil über eine Verfassungsänderung erst nach sieben Jahren durch Dreiviertelmehrheit unter den US-Bundesstaaten befunden werden kann). Das Tauziehen um den ausgeglichenen Haushalt wird aber womöglich nicht durch das Weiße Haus und auch nicht durch den Kongreß entschieden. Heimlich hat sich im weiten Land die Sorge um das Defizit in eine Graswurzelbewegung verwandelt, die aus eigenen Kräften eine Wende der Dinge herbeiführen könnte. Artikel 5 der US-Verfassung besagt nämlich, daß der Wunsch nach einer Verfassungsänderung, wenn der Kongreß sich sperrt, von den US-Bundesstaaten selber initiiert werden kann. Und zwar dann, wenn zwei Drittel der 50 Bundesstaatenparlamente den Kongreß formell ersuchen, einen Verfassungskonvent einzuberufen, der das „Amendment“ zu beschließen hätte.

Einen Verfassungskonvent hat es seit 1787, seit der Verabschiedung der Verfassung der Vereinigten Staaten, nicht mehr gegeben. Alle konstitutionellen Zusätze, alle Amendments – bis hin zum letzten, dem 26., vom 8. März 1971, über die Senkung des wahlberechtigten Alters auf 18 Jahre – sind ihren Weg über die Ratifizierung durch den Kongreß und durch Dreiviertelmehrheit unter den Bundesstaaten gegangen.

Ein Verfassungskonvent zur Beschließung eines Amendments über den auszugleichenden Bundeshaushalt ist jedoch nicht mehr ausgeschlossen, denn von den benötigten 34 Legislativen unter den 50 Bundesstaaten haben sich bereits 32 für die Einberufung eines solchen Konvents entschieden. Anfang nächsten Jahres wollen zwei weitere US-Staaten folgen, und dann hat der Kongreß in Washington die Bescherung: Sollte er sich bis Frühjahr 1985 nicht zur Billigung eines Verfassungszusatzes über die Pflicht zu ausgeglichenen Bundeshaushalten durchgerungen haben, könnte es sein, daß das Land ihn zwingt, und zwar völlig verfassungskonform zwingt, durch Einberufung eines konstitutionellen Konvents den gewünschten Weg einzuschlagen.

IRK und Roter Halbmond als Friedensstifter

R. GATERMANN, Stockholm

Die Mitgliedsländer des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) und des Roten Halbmondes werden sich stärker als bisher für die Friedenserhaltung einsetzen. Die beiden Organisationen sehen sich nicht mehr ausschließlich als „Feuerwehr, die erst kommt, wenn es brennt“, sondern wollen aktiver zur Verhinderung von Kriegen beitragen. In der vom 2. Weltkongreß, der auf den finnischen Aaland-Inseln und in Stockholm stattfand, verabschiedeten Resolution heißt es, die Regierungen sollen zur besseren Einhaltung bereits bestehender Vereinbarungen und der allgemeinen Menschenrechte sowie zur Ratifizierung der 1977 beschlossenen Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention veranlaßt werden.

Eingehend befaßte sich der Kongreß mit dem Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall. Sie werde jetzt viel häufiger und umfassender in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem sollen Regierungen davon absehen, Kinder unter 15 Jahren zum Waffendienst heranzuziehen. Selbst die iranische Delegation hatte dagegen keine Einwände, obwohl bekannt ist, daß Teheran Kindersoldaten in den Krieg gegen Irak schickt. Es fiel auf, daß besonders Vertreter aus Ostblockstaaten daran interessiert waren, den beiden Organisationen neue, weitergehende Aufgaben zu überlassen. Sie fanden dabei häufig Unterstützung der Nordeuropäer. Zu den Vorschlägen, auf die man sich nicht einigen konnte, gehörte der Schwedens, wonach eine internationale Expertenkonferenz auf Regierungsebene einberufen werden sollte, um über den mangelnden Respekt vor den Menschenrechten zu beraten. Keine Zustimmung fand auch ein von der „DDR“ und Spanien eingebrachter Vorschlag, der den Kongreß aufforderte, sich positiv zur Bildung eines von Schlachtfeldwaffen freien Korridors in Zentraleuropa zu stellen.

Papst hofft auf baldige Reise nach Kroatien

DW. Rom/Zagreb

Papst Johannes Paul II. hat die Erwartung geäußert, daß er „in einer nicht fernen Zukunft“ Jugoslawien besuchen könne. In einer Botschaft an den Nationalen Eucharistischen Kongreß Kroatiens erklärte das Oberhaupt der Katholischen Kirche: „Ich habe den lebhaften Wunsch, mich in einer nicht fernen Zukunft zu diesem Wallfahrtsort zu begeben, wenn ich in Antwort auf die Einladung der Bischöfe Eurer Bischofskonferenz und die freundliche Bereitschaft dazu, die von den staatlichen Verantwortlichen ausgedrückt wurde, den gewünschten Pastoralbesuch in Jugoslawien unternehmen werde.“

Jugoslawien wäre nach Polen das zweite kommunistische Land Osteuropas, das von dem aus Polen stammenden Papst besucht wird. Die Führung in Belgrad hatte zu erkennen gegeben, daß sie einer solchen Visite zwar grundsätzlich positiv gegenübersteht, aber einen „geeigneteren Zeitpunkt“ dafür wünscht als den Eucharistischen Kongreß.

In einem Grußwort an den Abgesandten des Papstes, Kardinal Franz König (Wien), bekräftigte der Zagreber Erzbischof Kardinal Franjo Kuharic die Ergebenheit und Treue, „durch die sich die kroatischen Katholiken gegenüber dem Bischof von Rom immer ausgezeichnet haben“. Kuharic weiter: „Den Besuch des Heiligen Vaters wünscht nicht nur die Kirche in Kroatien, sondern auch die Kirche in ganz Jugoslawien.“ Bis jetzt habe nicht die Möglichkeit bestanden, diesen Wunsch zu verwirklichen, „aber er lebt auch weiterhin in uns allen“.

Die Teilnahme von Vertretern der kroatischen Führung an der Eröffnungsfeier des Kongresses wertete Kardinal Kuharic als Verbundenheit mit dem Leben des kroatischen Volkes, in dem auch die Kirche lebe.

Südafrika: Was der Mob wirklich will

Die Drahtzieher der blutigen Krawalle sitzen im Ausland

M. GERMANI, Johannesburg

Die Unruhen in den schwarzen Städten von Pretoria, Johannesburg und weiter südlich im sogenannten „Vaal-Dreieck“, dem Herzen des südafrikanischen Industriegebietes, seit Anfang August, richten sich hauptsächlich gegen Schwarze, die mit der Regierung kooperieren, wie das Beispiel vom Tod zweier schwarzer Beamter zeigt. Sam Dlaminia, Vizebürgermeister der Stadt Sharpeville, wurde von einem Mob mit Hackmessern zerstückelt, seine Leiche anschließend verbrannt, Stadtrat Caesar Motjeane zu Tode gesteinigt.

Insgesamt wird die Anzahl der Toten auf über dreißig geschätzt, die offizielle Zahl der Verwundeten mit fünfzig angegeben. Gemessen am Ausmaß der Unruhen und der Überfüllung der Krankenhäuser, dürften es über 250 sein. Besonders die indische Gemeinde und schwarze Geschäftsleute hatten die Hauptlast der Unruhen zu tragen. Ihre Geschäfte wurden bis auf die Grundmauern niedergebrannt, ihre Häuser gingen in Flammen auf, ihre Waren wurden gestohlen.

Bereits zu Beginn der Ausschreitungen, als schwarze Schüler und Studenten mit Streiks an Schulen und Universitäten begannen, war es klar, daß diese Demonstration gegen die Wahlen der Kap-Farbigen und der Inder für die neue Verfassung, die am 1. September in Kraft trat, gerichtet war. Somit sind die Worte von Polizeiminister Le Grange am vergangenen Donnerstag zu verstehen, als er auf einer Pressekonferenz sagte, die von den Protestierenden vorgebrachten Vorwände, z. B. eine Mieterhöhung für die vom Staat subventionierten billigen Unterkünfte, seien nicht die wahre Ursache.

Eine Mieterhöhung von 5,60 Rand (rund zehn Mark) bei einer Grundmiete zwischen 30 und 50 Rand (zwischen 50 und 95 Mark), und einer Steigerung des Einkommens der Schwarzen von 220,8 Prozent im Zeitraum von 1960 bis 1980, trifft zwar die Einkommensschwächsten unter den Schwarzen, ist aber insgesamt gesehen durchaus akzeptabel. Zumal sich die Behörden bereits, so Minister Le Grange, bereit erklärt haben, von den Mieterhöhungen abzusehen.

Der Verwaltungsrat für die Schwarzen im Ostrandgebiet, in dem die Unruhen ihren Höhepunkt fanden, ist davon überzeugt, daß sie von Kräften außerhalb Südafrikas geplant und gelenkt werden, mit dem Ziel, die neue Verfassung zu unterminieren. Hinzu kommt eine neue Welle von Anschlägen. Fünf Haftminen sind in den letzten drei Wochen in der Johannesburger Innenstadt explodiert. Sie weisen auf ein Ansteigen der Tätigkeit der kommunistischen Untergrundbewegung ANC in Südafrika hin.

Sowohl Schulboykotte als auch Unruhen begannen gleichzeitig und lassen eine Strategie erkennen. Medienberichte im Ausland über Polizei, die mit Schlagstöcken, Tränengas, Schrotgewehren und Hartgummigeschossen gegen steinwerfende Kinder und Jugendliche vorgeht, sind für das Ansehen der Regierung Botha im Ausland, ihren Bemühungen einer friedlichen Lösung für diesen vielrassigen Staat zu finden, nicht gerade förderlich. Zumal wenn Augenzeugen berichten, daß sich ein Großteil der Randalierer köstlich amüsierte, als sie entdeckten, daß die Hartgummigeschosse keine ernstliche Bedrohung darstellen. Für den siebten Todestag Bikos, des bis zu seinem Tode in einer Gefängniszelle weitestgehend unbekannten Negerführers, am 12. September hat die Regierung jede Versammlung verboten.

Diplomatischer Vorstoß Irans in Nahost

PETER M. RANKE, Beirut

Mit seiner ersten Auslandsreise hat der iranische Staatspräsident Ali Khamenei die Isolierung seit dem Beginn der Golf-Krieges vor vier Jahren erfolgreich durchbrochen. Nach seinen Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten Assad fuhr Khamenei gestern nach Libyen weiter. Anschließend will er Algerien besuchen.

In Damaskus bekräftigten Khamenei und Assad ihre Zusammenarbeit bei der Lieferung von Waffen und Ausrüstung. Syrien ist das einzige arabische Land, das Iran im Golfkrieg aktiv gegen Irak unterstützt. Es erhält dafür iranisches Erdöl zu verbilligten Preisen. Damaskus sagte Khamenei auch zu, die iranischen Vorstöße in der UNO zum Ausschluß Israels mitzutragen. Die Kampagne gegen Israel und die USA in der UNO ist für Khameini das Mittel, um die arabische Front gegen Iran und das Mullah-Regime aufzubrechen. Anti-israelischen Aktivitäten Teherans können sich die meisten arabischen und moslemischen Staaten nicht wiedersetzen. Mit dem anti-israelischen Sammlungsruf scheint Khameini auch den Golfkrieg „übertünchen“ zu wollen.

Politische Beobachter glauben, daß Teheran auf diesem Umweg zu einem Frieden mit Irak gelangen will. Allerdings muß dann als „Preis“ Saddam Hussein in Bagdad geopfert werden. Daran hält Teheran fest. In den arabischen Golfstaaten verfolgt man die Reise Khameneis mit großem Mißtrauen. Man fürchtet die weitere Aufsplitterung der arabischen Welt.

In Libyen wird Khamenei zweifellos Waffen, Ausrüstung und Geld für den Golfkrieg erbitten. Dabei kommt ihm zugute, daß Libyen neuerdings ja nicht nur in einer Union mit Marokko verbunden ist, sondern seit zwei Jahren auch mit Syrien. Eine Achse Teheran–Damaskus–Tripolis ist jedenfalls eine Herausforderung für die gemäßigten Araber.

Königliches Porzellan aus Berlin



FRIEDRICH DER GROSSE
lebte von 1712 bis 1786

Die meisten seiner Zeitgenossen fanden ihn so überragend, daß sie ihn den „Großen“ nannten. Das war ungefähr zu der Zeit, als er dem Kaufmann Gotzkowsky die Berliner „Porzellanfabrique“ abkaufte, nämlich 1763.

Von nun an, bis zum Ende seiner 46 Jahre währenden Regentschaft, entstand in der KPM nichts mehr ohne seine allerhöchste Zustimmung. Er wollte das schönste Porzellan — und er wollte Geld verdienen. Er kontrollierte die Künstler ebenso wie die Kassenbücher. Er regte an und verwarf: Formen und Dekore, Farben und Modelle. Er war Anspruch und Maß.

So enstand in Berlin eine einzigartige Kollektion wahrhaft königlicher Porzellane.

In den zwei Jahrhunderten, die seither vergangen sind, hat sich manches verändert.

Was nur Mode war, hat der Wind verweht. Launen kommen nicht ins Geschichtsbuch.

Des Königs Kollektion bestand die Prüfungen der Zeit.

Sie trägt das blaue Zepter als Markenzeichen für meisterhaft gestaltete weiße Porzellane. Und den farbigen Reichsapfel als Gütezeichen für meisterhafte Freihandmalerei.

Stück für Stück. Einmalig und unwiederholbar. Dem Maßstab des Königs auch in den Epochen danach verpflichtet.

Die Kollektion der KPM umfaßt u. a.:

— friderizianische Service
— klassische Vasen
— junge Manufaktur
— Figuren
— Tierplastiken
— Modernes Tafelgeschirr
— Körbe und Schalen
— Medaillen und Plaketten

Bundesweit im gehobenen Fachhandel

Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM)
Wegelystraße 1
1000 Berlin 12
Tel. 030-39 00 91



Jugend '84: In ihrer großen Mehrheit freimütig, mit Freude an der Konfrontation
FOTO: MANFRED VOLLMER

Der größte Teil der jungen Deutschen in der Bundesrepublik ist wieder auf konservative Werte ausgerichtet. Vorbei sind die sechziger Jahre der Rebellion, des – auch intellektuellen – Auf- und Umbruchs. Seit Ende der siebziger Jahre macht sich zunehmend diese Grundstimmung breit: Die Vergangenheit wird für besser gehalten, als die Zukunft je werden kann („no future"); zurück zum einfachen Leben auf dem Lande. Dieses Leitmotiv wird jedoch selten in die Tat umgesetzt.

Was haben junge Wähler gegen die alten Parteien?



Ob Willy Brandt (SPD) oder Helmut Kohl (CDU) . . .
FOTO: SVEN SIMON



. . . ihre Parteien finden schwer Zugang zur Jugend
FOTO: HANS-WILHELM HÖFT

Von PETER PHILIPPS

Dies alles hat allerdings nichts mit Konservativismus als geistigem, kulturellem Profil zu tun, sondern mehr mit einem Mangel an überzeugenden ideellen Werten, mit der Sehnsucht nach dem sanften und konfliktfreien Leben, mit dem Schlagwort der „Selbstverwirklichung" und mit dem schon aus den Zeiten der Jugendbewegung bekannten Phänomen des Gemeinschaftsradikalismus. Hinzu kommen, damals wie heute, Defizite im Bereich der nationalen Identität, die in anderen Staaten die Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher kompensieren kann. Die konservative Grundströmung nutzt deshalb auch den althergebrachten Parteien nichts, im Gegenteil: 50 bis 70 Prozent der Jugendlichen sympathisieren mit alternativen, grünen Vorstellungen. Wer die in Mode gekommenen „Dialoge" der etablierten Politiker mit Jugendlichen beobachtet, sieht sehr schnell die kritische Distanz. Man fühlt sich nur als Stimmenbringer umworben. Bereitschaft zum Zuhören ist vorhanden, allein es fehlt häufig der Glaube an Aufrichtigkeit und Konsequenz der Agierenden. Moral wird zur bestimmenderen Meßlatte als Erfolg. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz: „Die Zerbrechlichkeit und der Idealismus Petra Kellys mögen uns rühren; ihr Realitätsverlust, ihre demonstrativ vorgezeigte Angst und diese deutsche Mißachtung des politischen Handwerks verderben uns eine halbe Generation."

„Wir sind die Null-Bock-Fraktion", lautet eine der beliebtesten Sprechblasen. Verweigerungshaltung gegenüber bisher weitgehend unbestrittenen Ansprüchen (auch gesetzlichen) der Gesellschaft hat sich bei rund einem Viertel der Jugendlichen festgesetzt. „Legal, illegal, scheißegal" ist zum verbreiteten Motto geworden.

Als auch die aufmüpfigen Studenten zur Urne gingen

Vor zwanzig Jahren war die (auch: Parteien-) Welt der Bundesrepublik Deutschland noch in Ordnung: Die drei etablierten Lager CDU/CSU, SPD und FDP erreichten 1965, bei der Bundestagswahl am Ende der Ära Adenauer, nicht nur insgesamt eine Wählerzustimmung von 97 Prozent, sie schafften dies auch unter den jüngeren Wählern. Selbst die traditionell eher aufmüpfigen Studenten gaben ihnen zu 96,4 Prozent ihre Stimmen.

Und heute? Jeder dritte Jugendliche fühlt sich von gar keiner Partei mehr angesprochen. Die SPD, in der Folge der Apo-Zeit zum Magneten für Erst- und Jungwähler geworden, bringt es nach den Ergebnissen der letzten „Shell-Studie" gerade noch auf 24 Prozent bei den Jugendlichen, die Union auf 18 und die FDP auf sechs Prozent. Wenn sich die jungen Deutschen (West) in den achtziger Jahren zu einer Partei bekennen, dann immer mehr zu den Grünen: 20 Prozent, mithin jeder fünfte.

Auch wenn es auf den ersten Blick widersprüchlich zu sein scheint: Dieses Bild ist für die SPD noch bedrohlicher als für die Union. Während die Anhänger der CDU/CSU von konfessionellen und bewußten gesellschaftspolitischen Zielen (Heirat, Kinder, Karriere) genauso wie die Anhänger der Grün-Alternativen (Gegenkultur, Aussteigen) geprägt sind, fehlt dieses Profil nach allen Untersuchungen der jüngsten Zeit bei den SPD-Sympathisanten. Die Gefahr, genauso wie die jugendliche FDP-Klientel deshalb zwischen den beiden Polen weiter aufgesogen zu werden, liegt auf der Hand.

Dabei schien sich doch alles einstmals so folgerichtig zu entwickeln: Sehr schnell hatte sich in der noch jungen Republik gezeigt, welche Parteien überlebensfähig zu sein schienen. Gemeinsam und gegeneinander, von Land zu Land und später auch im Bund wechselnd, machten sie sich an den Aufbau. Despektierliches, wie man es heute in Hitsendungen hört („Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, ja, ja, wir steigern das Bruttosozialprodukt"), wäre undenkbar gewesen. Der Konsens über das Notwendige und Wünschenswerte war breit angelegt. Die Steigerung des Bruttosozialprodukts, des Lebensstandards gehörte dazu.

Die Aufbaugeneration der Bundesrepublik Deutschland und ihre Kinder hatten sich nach dem vorhergehenden Mißbrauch ihrer ideelen Begeisterungsfähigkeit durch die braunen Machthaber ganz handfeste, materielle Ziele gesetzt. Sie wurden mit dem angestrebt, was lange Zeit als Lob galt: deutscher Gründlichkeit. Die Parteien dieses Landes konnten sich schließlich nicht anders entwikkeln als die Mehrheit der Bevölkerung. Der Luxus des eigenen Autos, später des Zweitwagens, des Fernsehers und der Urlaubsreise an ferne, sonnige Gestade wurden wichtiger als Sinnfragen des Lebens. Ausdruck dieser Einstellung wurden auch die Kirchen, die sich erst leerten und später versuchten, anbiedernd-modernistisch die verlorenen Schäflein wieder einzufangen.

Das Ergebnis war eine relativ wohlhabende, ruhige und zufriedene Republik. Erst die in den sechziger Jahren aus den USA herüberschwappende Protest-Bewegung, die sich vor allem an den Universitäten festsetzte, machte deutlich, daß das Haus hinter der freundlich getünchten Fassade bereits tiefe Risse im Mauerwerk hatte. Es begannen Generationen nachzuwachsen, in deren Wünschen und Vorstellungen sich nicht nur der althergebrachte Generationenkonflikt zeigte.

Im ideellen Bereich blieben die Jungen unbeschrieben

Großeltern und Eltern hatten ein sicheres Fundament gelegt. Der Aufbau war bewältigt. Die jungen Leute spürten immer stärker eine Leere: Das Vorrecht der Jugend, sich hohe Ziele zu setzen und mit Dickköpfigkeit auch anzustreben, war nicht zu verwirklichen. Was gab es noch im materiellen Bereich, außer marginalen Verbesserungen – denn im ideellen Bereich hatte man die jungen Menschen ja unbeschrieben gelassen. Die nachwachsende Generation aus den bürgerlichen Elternhäusern, gar noch in pietistische Moralvorstellungen eingezwängt, begann allmählich den Aufstand zu proben. Der SPD wuchs als Oppositionspartei fast automatisch das Protestpotential zu. Während die CDU/CSU 1957, im Jahr ihres absoluten Bundestagswahl-Sieges, auch unter den Studenten mit 48,9 Prozent noch eine deutliche Mehrheit hatte, fiel sie 1965 mit 34 Prozent dort auf den zweiten Rang zurück (SPD: 44). Aber da der größte Teil der Jugendlichen dem Treiben der politisierenden und sich soziologisch-wolkig ausdrückenden Studenten abwartend bis verständnislos gegenüberstand, änderte sich noch nichts sichtbar im Parteiengefüge. Die Sozialdemokraten nahmen durch ihre Öffnung unter Parteichef Willy Brandt den warmen Regen an Mitgliedern und Anhängern zwar dankbar auf, aber die Parteien erkannten zu spät die Zeichen der Zeit. Im Bewußtsein ihrer Verdienste und in ihrem von tagespolitischer Betriebsamkeit geprägten Leben verschliefen sie ihre Chancen.

Inzwischen sind die Strategen aufgewacht, versuchen in hektischer Betriebsamkeit und veranstalteten Dialogen, die meist immer noch Monologe der Politiker sind, der verlorenen Jugend hinterherzulaufen. Wer die zahlreichen Untersuchungen über die 15- bis 25jährigen Deutschen liest, einschließlich dem Bericht einer Enquête-Kommission des Bundestages, sieht, wie unglaubwürdig gerade dies auf viele von denen wirkt, die die Parteien eigentlich im Visier haben.

Henning Günther hat in seinem Fazit einer Untersuchung, die er im Auftrag der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung durchgeführt hatte, geschrieben: „Die Alternativbewegung ist so mächtig und hat einen so herausragenden Rückhalt in dem Begriff der Selbstverwirklichung, zugleich auch eine beachtliche argumentative Stärke in bezug auf Sachprobleme der Gesellschaft, daß es unsinnig wäre, diese Bewegung außerhalb der Gesellschaft zu sehen." Großdemonstrationen der vergangenen Jahre belegen dies. „Die Alternativbewegung ist ein Symptom dafür, daß etwas als außerhalb der Gesellschaft befindlich definiert wird, was in ihrer Mitte entsteht."

Weitverbreitet auch eine depressive Grundtönung

Natürlich gibt es sie nicht, d i e Jugend. Aber was in dieser Republik nachwächst, ist doch ziemlich gut zu beschreiben. Um noch einmal Günther zu zitieren: Sie machen „in ihrer großen Mehrheit einen freimütigen, direkten Eindruck. Sie gehen ohne Angst und Scheu auf die Wirklichkeit zu. Die Angst- und Fluchttheorien sind falsch. In ihrer großen Mehrheit ist die Jugend nicht durch Angst charakterisiert, sondern durch Freude an der Selbstinszenierung und Konfrontation. Auch die Aussteiger sind keine Flüchtlinge, sondern bilden eine konfliktbereite und gesellschaftsbezogene Gruppe". Es ist insgesamt ein schillerndes Bild, das sich dem Betrachter darbietet.

Es ist aber auch weitverbreitet eine depressive Grundtönung feststellbar, die sichtbar wird in manchmal weinerlicher Selbstbespiegelung, in fast neurotischer Überzeichnung moralischer Defizite der Gesellschaft. Selbstgenuß und Selbstverliebtheit sind stärker als je in dieser jungen Generation zu spüren.

„Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben", heißt ein weiterer beliebter Kalenderspruch der Jugendlichen. Aber zehn Prozent von ihnen lehnen die verbreiteten Selbstverwirklichungstendenzen konsequent ab, stehen den technologischen Aspekten unserer Massengesellschaft positiv gegenüber, haben klare Lebens- und Karriere-Ziele. Weitere 30 Prozent sympathisieren immerhin mit dieser Einstellung, ohne sie auf sich selbst voll anzuwenden. Natürlich wird sich bei den übrigen im Laufe ihrer kommenden Jahre und Lebenserfahrungen manches korrigieren. Das Ringen um diese jungen Bürger ist für die etablierten Parteien nicht nur eine Aufgabe unter dem Blickwinkel der Mehrheitssuche für Wahlen. Es ist es auch, damit sich das Glotz-Wort vom Verlieren einer halben Generation nicht bewahrheitet.

Was diese Herausforderung angeht, auch dafür gibt es einen „alternativen" Spruch, der fast alles über die bisherigen Aktivitäten und Erfolge der etablierten Parteien auf diesem Feld aussagt: „Es gibt viel zu tun, lassen wir es liegen."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Garantie des Alters?

„Vatersorgen"; WELT vom 1. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

- sicherlich ist es erlaubt, die Einführung des „Baby-Jahres" unter dem Gesichtspunkt der Rentenfinanzierung zu sehen. Wichtiger aber wäre es, vor allem darauf hinzuweisen, daß damit erstmalig seit Umstellung der Rentenversicherung auf den „Generationenvertrag", wenn auch nur im sehr bescheidenen Umfang, eine tatsächliche Leistung zur Zukunftssicherung, nämlich das Großziehen von Kindern, in die Rentenanwartschaft einbezogen wird. Die Geburtenentwicklung wird uns dazu zwingen, diesen Aspekt bei zukünftigen Rentenzuteilungen noch weit stärker zu berücksichtigen. Insofern hat der erste Einstieg epochalen Charakter.

Nach unserem System der Alterssicherung durch steuerähnliche Umlagenfinanzierung der Renten durch die erwerbstätige Generation garantieren nur Kinder die Sicherheit des Alters, genau wie bei jedem indischen Bauern; der einzige Unterschied: (Fast) alle Kinder garantieren kollektiv für (fast) alle Eltern. Das ist leider dem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht bewußt.

Fast alle Sozial-„Versicherten" glauben, mit ihren monatlichen Beiträgen schlössen Sie mit der nächsten Generation ihren Alterssicherungsvertrag ab. Weit gefehlt! Sie tragen damit lediglich Altverpflichtungen ab, nämlich die Pflichten aus dem Generationenvertrag, den ihre Eltern mit ihnen abgeschlossen haben, als sie sie großzogen. Wer heute keine Kinder großzieht, leistet für die kollektive Alterssicherung nichts.

Die Einzahlungen in die Rentenversicherung sind keine Kapitalansammlung, sondern lediglich umlageähnliche Kostenanteile zum Unterhalt der jetzigen Rentnergeneration, also ohne jeden Zukunftsaspekt. Die Zahlungspflicht knüpft zudem noch an sachfremde Kriterien an. Inwiefern muß ein Angestellter die Eltern fast aller anderen unterhalten, wenn seine eigenen Eltern von einer privaten Altersversicherung leben? Inwiefern braucht ein Beamter keinen Beitrag zur Rentenversicherung zu leisten, obwohl seine Eltern von der Sozialrente leben? Das einzige vernünftige Kriterium für die Pflicht zur Zahlung in die Rentenversicherung, wenn man es schon nicht einfach über Steuern finanziert, könnte doch nur sein, ob die jeweiligen Eltern die Sozialversicherung in Anspruch nehmen.

Das Prinzip des kollektiven Gnerationenvertrages konsequent zu Ende gedacht bedeutet: Echte, personalabgesicherte Rentenansprüche können nur durch Kinder erworben werden. Statt dessen erwerben in unserem System ausgerechnet kinderlose Ehepaare die höchsten Rentenansprüche, weil beide über die volle Zeit ihrer Erwerbsfähigkeit arbeiten können. Hinzu kommt, daß unser steuerliches „Familien"-Splitting den höchsten Effekt bei der kinderlosen Ehefrau hat, während Kinder nur noch marginale Steuerersparnisse bringen. Das Lebenseinkommen eines durchschnittlich verdienenden Ehepaares liegt bei einem Kind um fast 350 000 und bei fünf Kindern um nahezu eine Million DM niedriger als bei dem entsprechenden kinderlosen Ehepaar.

Das sind harte ökonomische Fakten. Man sollte nicht nur über den hedonistischen Zeitgeist jammern, der die Last von Kindern nicht mehr zu tragen bereit ist. Wirtschaftlich gesprochen ist in unserem System das Großziehen von Kindern, obwohl nur hierdurch zukünftige Renten gesichert werden, mit massiven Nachteilen verbunden. Man darf sich daher nicht wundern, wenn immer mehr Menschen sich wirtschaftlich „vernünftig" verhalten. Man kann sich aber auch durchaus fragen, ob zukünftige Rentenbeitragszahlergenerationen bereit sein werden, auch für die Alten aufzukommen, die als Kinderlose nichts für die Sicherung ihres Alters getan haben. Hier tickt eine Zeitbombe.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Heinz Peter Volkert,
stellvertr. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rheinland-Pfälzischen Landtag, Mainz

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Krisensicher

„Bürgerinitiativen"; WELT vom 18. August

Obigen Artikel habe ich sehr begrüßt. Besonders den Satz vom Panik-Orchester DGB und SPD möchte ich dick unterstreichen. Ich habe 50 Jahre mit Freude und Erfolg Lehrlinge ausgebildet und auch später die Kinder früherer Lehrlinge.

Das größte krisensichere Kapital, das man jungen Menschen mitgeben kann, ist eine gute Berufsausbildung. Das hat funktioniert, bis DGB und SPD durch Ausbeuterparolen und vielfach übertriebene Forderungen aller Art bei den Auszubildenden die Frage nach Verdienst, Urlaub, Freizeit, sehr häufig die Leistungs- und Ausbildungsfragen an die letzte Stelle verdrängten.

Heute der Wirtschaft, Handwerk und Handel den Schwarzen Peter zuzuspielen, ist unfair.

Ich kenne die Not der Arbeitslosigkeit aus den Jahren 1930/33 und weiß, daß die heutige Jugend in der Regel keine Schuld hat. Ebensowenig liegt die Schuld bei der schwer um ihre Existenz ringenden Wirtschaft. Es ist mittlerweile jedem vernünftigen Menschen klar, daß der letzte Streik allen Beteiligten, besonders den Arbeitslosen und Lehrlingen, der Wirtschaft nur Nachteile gebracht hat, die für alle Bürger Folgen haben werden. Wenn heute DGB und Teile der SPD als Verursacher in Panikmache rufen: „Haltet den Dieb" anstatt zu helfen, Fehler gutzumachen, sei die Frage erlaubt: „Wollt ihr noch mehr Arbeitslose oder einen anderen Staat?"

B. Trappe,
Waltrop

Kleinbetriebe

„Schuß nach hinten"; WELT vom 25. August

Sehr geehrter Herr Gillies,

Sie haben recht, wenn Sie schreiben, daß den bedrängten Kleinhändlern geholfen werden muß; ich gehöre auch zu dieser Sorte Menschen zweiter Klasse und was das schlimme ist, ich habe mein Geschäft mit zwölf Arbeitsplätzen in einer Kleinstadt mit 4000 Einwohnern. Ich bin für meine Betriebsgröße darauf angewiesen, daß 80 Prozent meiner Kunden von auswärts kommen. Hätten wir keine geordneten Ladenzeiten, und jedes von uns 15 Geschäften hätte zu einer anderen Zeit geöffnet, sodaß kein Kunde weiß, wann er an unseren kleinen Platz kommen kann, dann fährt er aus Sicherheit sofort in die Stadt. Eine Liberalisierung würde daher mit Sicherheit alle Kleinbetriebe auf dem Lande sehr schnell vernichten und damit viele Tausende Familienexistenzen.

Von den zusätzlichen Kosten sollten wir auch noch reden, denn es gäbe keinen Umsatzzuwachs, sondern nur eine Umsatzverlagerung.

Wissen Sie eigentlich, daß lt. Statistischem Bundesamt im Jahr 1982 62 Prozent aller Selbständigen keine 2500 DM brutto verdient haben, davon gehen Altersversorgung, Krankenversorgung, Privatsteuern ab. Vom Rest sollten wir und unsere Familien noch leben, und dann sollen wir noch investieren. Wie sollen also bei dieser Situation noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wo uns die Personalkosten jetzt schon auffressen?

Wissen Sie eigentlich, daß unsere Ladengeschäfte jetzt schon zwischen 48 und 60 Stunden geöffnet sind und dies sind auch die Arbeitszeiten der Kleinhändler, und das in einer Zeit, wo andere nach der 35-Stunden-Woche schreien. Fragen Sie auch, warum die teuren Schulen, Rathäuser, Landratsämter kurz alle Behörden auch ihre Zeitungsbüros nicht am Samstag und Sonntag geöffnet haben.

Mit freundlichen Grüßen
F. Schlenker,
Kenzingen

Wort des Tages

„Es ist etwas Merkwürdiges: Wir Menschen erkennen die Fehler bei anderen, ihre Dummheit, ihre Borniertheit, ihre Feigheit, ihre Enge, ihre Sentimentalität, ihre Traumata, ihre verklemmten Affekte, ihre Minderwertigkeitskomplexe. Wie schwer gelingt es uns, uns zu sagen: So wie ich es bei andern erkenne, muß es vermutlich auch bei mir sein."

Karl Rahner; dt. Theologe (1904–1984)

Reichsverfassung

„Leserbrief: Kaum möglich"; WELT vom 21. August

In dem Leserbrief wird behauptet, daß dem Reichswehrminister (es war Herr Geßler) der Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches übertragen war. Woher wird diese Begründung dafür genommen?

Wenn etwa der Artikel 50 der Reichsverfassung herangezogen wurde, ist es unmöglich daraus abzuleiten, daß der Reichswehrminister Oberbefehlshaber der Streitkräfte war. Ich zitiere den Artikel 50: „Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiet der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Durch die Gegenzeichnung wird die Verantwortung übernommen." Die Gegenzeichnung und Übernahme der Verantwortung bedeutet doch die politische Verantwortung gegenüber dem Reichstag auf keinen Fall Übernahme des Oberbefehls der Wehrmacht. Wären die Artikel 47 und 48 der Reichsverfassung herangezogen, wäre dieser Irrtum nicht unterlaufen. Artikel 47: „Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht!" Artikel 48: „Wenn ein Land (z. B. Sachsen oder Preußen, d. Red.) die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen."

Auch hier ist kein Wort vom Reichswehrminister und einem ihm zufallenden Oberbefehl über die Wehrmacht.

Mit freundlichem Gruß
Horst v. Schlichting,
Berlin 41

Personalien

EHRUNGEN

Der mit 10 000 Mark dotierte Internationale Wissenschaftspreis „Stiftung Michael" wurde für das Jahr 1983 zu gleichen Teilen Privatdozent Dr. **Christian E. Elger** (34) in Münster und dem griechischen Mediziner **George Kostopoulos** im kanadischen Montreal zuerkannt. Die Überreichung des Preises erfolgt nach Mitteilung der Universität Münster vom Mittwoch voraussichtlich im Januar 1985 in Bonn. Dieser Preis zur Bekämpfung der Epilepsie wurde 1962 von dem Göppinger Verleger Dr. **Fritz Hartendorf** (1888 bis 1984) gestiftet. Bereits 1974 waren die Professoren **Heinz Caspers** und **Erwin-Josef Speckmann** von der Universität Münster wegen grundlegender Arbeiten auf dem Gebiet der experimentellen Epilepsieforschung mit einem Sonderpreis der Stiftung ausgezeichnet worden. Dr. Elger wies in seiner preisgekrönten Untersuchung nach, daß ständige epileptische Anfälle durch eine krankhaft veränderte Aktivität weniger Nervenzellen ausgelöst werden. Zwar leidet nur etwa ein Prozent der Bevölkerung an Epilepsie, doch treten bei zwei bis drei Prozent mindestens einmal im Leben epileptische Erscheinungen auf.

*

Das Preisgericht der Künstlergilde e. V., das in Regensburg zusammentrat, hat den Lovis-Corinth-Preis 1984 in Höhe von 10 000 Mark Professor **Anton Lehmden** (geb. 1929 in Neutra/Slowakei, wohnhaft auf Schloß Deutschkreuz/Burgenland) zugesprochen. Die Ehrengabe in Höhe von 4000 Mark wird dem Maler und Grafiker Professor **Roland Dörfler** (geb. 1926 in Silberbach/Böhmen, jetzt Braunschweig) verliehen. Den Förderungspreis, gleichfalls in Höhe von 4000 Mark, teilen sich die Brüder **Hans-Jürgen Gartner** und **Joachim-Lothar Gartner** (geb. 1945 in Steinschönau/Böhmen, jetzt Augsburg). Die Preise werden in einer Feierstunde, in der auch die Ausstellungen der Preisträger eröffnet werden, in der Ostdeutschen Galerie Regensburg am Samstag, 17. November 1984, 11 Uhr überreicht.

*

Der Alexander-Petrowitsch-Karpinskij-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S., der mit 30 000 DM ausgestattet ist, wurde für das Jahr 1984 dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. **Anatoli Petrowitsch Alexandrow** (Moskau) verliehen. Nach Mitteilung der Stiftung gilt die Ehrung „den außerordentlichen Leistungen, welche der Laureat für die Entwicklung der Naturwissenschaft in ihren wesentlichen Richtungen, insbesondere aber für die Nuklear-Energetik und damit für die friedliche Nutzung der Atomkraft erbracht hat". Darüber hinaus habe sich Alexandrow um die Förderung internationaler Zusammenarbeit von Gelehrten „hochverdient" gemacht. Der Preis soll am 13. September in Leningrad überreicht werden.

Der Karpinskij-Preis der Stiftung F. V. S. wird für „überragende Leistungen von internationaler Bedeutung" zuerkannt, die in der Sowjetunion besonders auf dem Gebiet der Naturwissenschaften erbracht werden. Die Auszeichnung ist nach dem russischen Geologen und Geographen Karpinskij (1846–1936) benannt, der auch mit der deutschen Wissenschaft in enger Verbindung stand.

BESTELLUNG

Wolfgang Weinschrod wurde zum Generalbevollmächtigten der Firma Franz-Joseph Underberg + Co., Hamburg, bestellt.

Der im Ruhestand lebende frühere dienstälteste Senatspräsident und ständige Vertreter des Präsidenten des Bundessozialgerichts in Kassel, **Franz Krause**, ist im Alter von 95 Jahren in Berlin gestorben. Krause war seit 1920 im damaligen Reichsarbeitsministerium tätig und von 1954 bis 1957 Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht. Bei seinem Ausscheiden war ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

*

Professor Dr. **Karl Eduard Rothschuh**, langjähriger Lehrstuhlinhaber für Geschichte der Medizin an der Universität Münster und von 1960 bis 1973 Direktor des von ihm hier begründeten Instituts für Geschichte der Medizin, ist im Alter von 76 Jahren in Münster gestorben. Mit ihm verliert die Westfälische Wilhelms-Universität einen weltweit bekannten und anerkannten Gelehrten, der Generationen angehender Ärzte das Wissen und Gewissen über den Auftrag der Medizin vermittelt hat.

FUSSBALL / In Uerdingen hat Münchens Trainer immer Ärger – Blickpunkt Nationalteam

Schiedsrichter Roth über Udo Lattek: Ein unverschämtes Verhalten

Von ULRICH DOST

Uerdingen scheint für **Udo Lattek** (49) wirklich kein gutes Pflaster zu sein. Immer wenn er dort mit seiner Mannschaft spielt, gibt es hundertprozentig Ärger. Im letzten Jahr, als er mit dem FC Bayern München bei Bayer 05 Uerdingen ein 1:1 erreichte, giftete Lattek auf der Pressekonferenz: „Einige Uerdinger Spieler haben mit Rugby-Stollen gespielt, und sie haben damit so wild auf meine Leute eingetreten, daß bei uns in der Kabine das Blut wie aus einem Springbrunnen floß." **Karl-Heinz Rummenigges** (28) Spann mußte damals genäht werden, nachdem er beim Ausgleichstreffer mit Uerdingens Torwart **Werner Vollack** (29) zusammengeprallt war. Alles war halb so schlimm, der sehr temperamentvolle Trainer war mal wieder übers Ziel hinausgeschossen.

Am Samstag erwischte es Lattek selbst, als ihn nämlich Schiedsrichter **Volker Roth** (42) aus Salzgitter für die letzten 30 Minuten des Spiels auf die Tribüne schickte. Über das, was Lattek zum Schiedsrichter gesagt haben soll, gibt es zwei Versionen: Latteks eigene, die verharmlost, und die des Schiedsrichters, die nicht versöhnlich klingt.

Folgendes war in Uerdingen passiert. Mit einem Rempler – im Eishokkey würde man Bodycheck sagen – holte Uerdingens Libero **Mathias Herget** (28) direkt vor der Bayern-Bank seinen Nationalmannschafts-Kollegen **Wolfgang Dremmler** (30) von den Beinen. Gar so schlimm war's nicht, zumal der Schiedsrichter dem Uerdinger direkt die gelbe Karte zeigte. Doch damit nicht genug, kurz darauf zeigte Roth auch Lattek die gelbe Karte und verwies ihn von der Trainerbank.

Udo Lattek mit Unschuldsmiene: „Üblicherweise sage ich in solchen Fällen ‚Arschloch' oder ‚alte Drecksau' zum Schiedsrichter, aber diesmal habe ich ganz harmlos gesagt: ‚Herr Roth, das war doch eine Tätlichkeit.' Ich schwöre Stein und Bein darauf, mehr habe ich nicht gesagt." Lattek war guter Laune, schließlich hatte seine Mannschaft am Ende doch noch glücklich mit 3:1 gewonnen. Grund genug also, sich noch über den Schiedsrichter lustig zu machen. Lattek mit süffisantem Lächeln: „Ich muß mich beim Schiedsrichter bedanken, daß er mir auf der Tribüne zu einem besseren Überblick verholfen hat. Gottlob hat unser Präsident **Willi O. Hoffmann** meine Aufgabe übernommen. Er hat keine taktischen Fehler gemacht und richtig ausgewechselt."

*

Das kann lustig finden, wer will. Schiedsrichter Roth jedenfalls war gar nicht zum Lachen zumute. Roth: „Die Sache hat ein Nachspiel. Ich werde über den Vorgang einen Sonderbericht anfertigen." Was Roth schreiben wird, hört sich für Lattek dann gar nicht mehr so vorteilhaft an. Er, Lattek, sei mit hochrotem Kopf und mit wild gestikulierenden Armen von der Bank aufgesprungen und habe dem Schiedsrichter zugerufen: „Das ist eine Schweinerei. Herr Roth, nun stellen sie aber den Herget vom Platz."

Noch lange nach dem Spiel konnte sich Roth („So etwas ist mir noch nie passiert") gar nicht mehr einkriegen über Latteks Entgleisungen. Der Schiedsrichter: „Es kommt in erster Linie darauf an, wie einer etwas sagt. So etwas Unverschämtes wie von Lattek habe ich noch nie gehört. Durch sein unverschämtes Verhalten mußte ich mich bedroht fühlen. Außerdem werden so die Spieler nur aufgehetzt. Trainer sind im Streß, wir aber auch – das muß auch Lattek wissen." Für den Bayern-Trainer ist dieser Sonderbericht schlichtweg ein „Witz". Und so verabschiedete sich Lattek von Uerdingen: „Ich sage nichts über Roths Leistung, dann müßte ich noch etwas ganz anderes sagen." Die Geldstrafe, die Lattek wahrscheinlich aufgebrummt wird, wird er süffisant lächelnd bezahlen. Wie immer. Und schon heute darf man darauf gespannt sein, was sich Lattek in der nächsten Saison in Uerdingen für ein Ding leisten wird.

*

Hat Schiedsrichter **Joachim Kautschor** (43) aus Eschweiler die Rückennummern verwechselt oder nicht, als er den Mannheimer **Mauricius Gaudino** (17) in Braunschweig vom Platz stellte? Kautschor gestern: „Sie können es mir glauben, ich kann die Nummern sechs und neun unterscheiden." Gaudino, Rückennummer neun und jüngster Spieler in der Bundesliga, sprach im ZDF-Sportstudio von einem Irrtum des Schiedsrichters, der vorher den Mannheimer **Jürgen Kohler** (18) mit der Rückennummer sechs verwarnt hatte. Kautschor: „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Gaudino trat dem Braunschweiger **Bernd Gorski** von hinten in die Beine. Der Ball war vier Meter entfernt. Wir sind vom DFB angehalten, Fouls dieser Art hart zu bestrafen. Gelb wäre dafür zu wenig." Der bestrafte Spieler, so der Schiedsrichter, habe sich auch gar nicht bei ihm beschwert, sondern habe sich umgedreht und sei wortlos gegangen. Kautschor: „Der Mannheimer Mannschaftsführer **Günter Sebert** kam mit einigen Spielern zu mir und sagte ganz ruhig: ‚Schiedsrichter, der ist doch erst 17 Jahre alt.' Da habe ich geantwortet: ‚Darauf kann ich keine Rücksicht nehmen. Der Tritt eines 17jährigen tut genauso weh wie der eines 30jährigen.'"

Gestern hat sich Kautschor, der in diesem Jahr sein erstes Bundesligaspiel leitete, die Szene noch einmal auf Video angeschaut. Er glaubt auch jetzt, richtig entschieden zu haben. Auch in der Situation, als Gorski in der 4. Minute Gaudino im Strafraum zu Fall brachte und Sebert den Strafstoß zum 1:0 verwandelte. **Aleksandar Ristic** (40) erzürnte sich über den Schiedsrichter: „Der macht unseren Job kaputt. Ich erwarte, daß unser Verein einen Brief an Schiedsrichter-Vorsitzenden **Johannes Malka** schreibt, denn die umstrittenen Elfmeter-Entscheidungen gegen uns häufen sich." Der Schiedsrichter Kautschor dagegen hat das Braunschweiger Übel ganz woanders entdeckt. Kautschor, der selbst in der höchsten deutschen Amateurklasse spielte, meinte: „Der Ristic soll sich lieber um seine Mannschaft kümmern. Die spielen doch ideen- und einfallslosen Fußball. Die können doch nur den Ball immer hoch vors Tor schießen." Lohnt sich, darüber nachzudenken.

*

Am Mittwoch beim Länderspiel in Düsseldorf gegen Argentinien soll der Hamburger **Felix Magath** (31) nach zweijähriger Pause wieder in der deutschen Nationalmannschaft spielen. Mehr noch: Er soll der Spielmacher sein, der dem Spiel Tempo, Rhythmus und Ideen geben soll. Am Samstag hat der Bochumer **Michael Lameck** (34) gegen den Hamburger Spielmacher gespielt. Sein wenig erfreuliches Urteil: „Ehrlich, der Felix Magath hätte sich die Sache gründlicher überlegen sollen. Wahrscheinlich ist es für ihn besser, wenn er nicht mehr in der Nationalmannschaft spielt." Lameck schickte auch gleich eine Begründung hinterher: „Er spielt noch ganz gut, aber ihm fehlt die Spritzigkeit der letzten Jahre."

Ein offenes und ehrliches Wort, was dem Felix Magath bestimmt nicht wehtun wird, denn der Hamburger hat in der letzten Woche über seine Form ähnlich laut nachgedacht. Aber trotz seiner nicht gerade berauschenden Vorstellung beim 0:0 in Bochum meint Felix Magath: „Ich bin mir sicher, daß ich beim neuen Teamchef **Franz Beckenbauer** meine Leistung bringen werde." Was zu beweisen ist.

*

Mit 2:0 hatte der Bundesliga-Aufsteiger Schalke 04 schon gegen den VfL Bochum geführt, am Ende hieß es 2:3. Am Freitag in Leverkusen lag der Aufsteiger bis 20 Minuten vor Spielende mit 2:0 vorne, schließlich hieß es dann doch 2:2. Was ist los mit den Schalkern, warum geht ihnen am Ende immer die Puste aus? Diese Frage interessierte auch die Leverkusener Spieler, die sich nach dem Spiel bei ihren Schalker Kollegen erkundigten. Und dabei hörten sie Überraschendes.

Der Übereifer des Trainers sei verantwortlich dafür, daß die Spieler zum Schluß eines Spiels konditionell einbrechen. Zweimal am Tag bittet Trainer **Diethelm Ferner** (43) sein Team zur Arbeit. Leider, so die Spieler, würde der Trainer bei seinem Engagement immer vergessen, auf die Uhr zu schauen. So kommt es vor, daß die Spieler erst zum Duschen müssen, wenn es schon dunkel ist. Vielleicht schenken sie ihm eine schöne, neue Uhr. Oder noch sinnvoller: Warum machen sie nicht den Mund auf?

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga









„Chef, der macht Ernst, Sie müssen auf die Tribüne." Mit diesen Worten übermittelte Münchens Abwehrspieler Klaus Augenthaler seinem Trainer Udo Lattek die Anweisungen von Schiedsrichter Roth. Lattek ging lächelnd, jubelte dann neben Vereinspräsident Willi O. Hoffmann mit geballten Fäusten und schickte seinen Chef, den Präsidenten, auf die Auswechselbank. Lattek: Er hat keine technischen Fehler gemacht.

FOTOS: PFEIL/SCHMIDT/RZ/MÜLLER

Nach Meiers drei Toren sagte Stadionsprecher in Bremen: Nun kommt Beckenbauer ins Grübeln

MARTIN HÄGELE, Bonn

Karlheinz Förster (26) hat auf die Zähne gebissen und ist gestern mittag in Stuttgart ins Flugzeug nach Düsseldorf gestiegen. „Das gehört sich einfach, daß man dahin fährt", hat er gesagt. Am Samstag auf der Bielefelder Alm hatte DFB-Trainer Horst Köppel seinen Landsmann schon gebeten, doch trotz der Knöchelverletzung mit ins Trainingslager der Nationalmannschaft einzurücken. Da brauchte der Weltklasse-Stopper noch eine Nacht Bedenkzeit.

Gegen Bielefeld hatte er sich eine schmerzstillende Spritze verpassen lassen, „weil es für den Klub um die Wurst ging". Und gegen Argentinien? „Öfter soll man so etwas nicht machen, von Spiel zu Spiel Spritzen, das wird gefährlich", das weiß er. Aber, so darf man annehmen, wenn Franz Beckenbauer jetzt dem VfB-Kapitän erklärt, daß er ihn am Mittwoch genauso dringend brauche wie ein paar Tage zuvor sein Klub, dann wird Förster DFB-Doktor Hess den rechten Knöchel halt noch einmal hinhalten. In diesem Fall wäre das zwar fast vereinsschädigend – aber trotzdem Ehrensache. Förster: „Wenn es nicht um den Neuanfang bei der Nationalmannschaft ginge, dann hätte ich gesagt, ich muß jetzt intensiv behandelt werden."

Das Gefühl, daß mit dem Boß Bekkenbauer alles besser wird in der Nationalmannschaft, hat auch Karlheinz Förster verspürt. „Früher war der Gang zur Nationalmannschaft immer schwierig, man wußte ja, es würde Theater geben", sagt er. Nun aber sei statt dessen plötzlich Hoffnung. Förster: „Ganz sicher wird das nicht alles von heute auf morgen passieren. Wir werden Zeit brauchen."

Nein, ein Wunderheiler ist auch Kaiser Franz Beckenbauer nicht. Aber der Rekord-Nationalspieler hat schon nach 40 Tagen im Amt erkannt, woran es bei seinen Nachfahren krankt. Er hat gestern gleich nach der Ankunft der Spieler in der Sportschule Hennef seine Prinzipien erklärt. Hauptsächlich von Ordnung, Disziplin und dem richtigen Auftreten in der Öffentlichkeit lautete seine Rede. Ähnliches hat DFB-Präsident Hermann Neuberger in jenem Kreis in der Vergangenheit recht häufig mit ernstem Blick hinter dicken Brillengläsern hervor erklärt. Doch je öfter der Herr Neuberger seine Sprüchlein da vorgetragen hat, desto weniger haben die Profis die Funktionärsworte für voll genommen.

Beckenbauer nehmen sie ernst. Das zeigt das Beispiel Norbert Meier. Der kleine Bremer, bei der Europameisterschaft in Frankreich ganz gewiß kein Versager, war vom neuen Teamchef erst eimal ins Wartezimmer der Nationalmannschaft zurückgestuft worden. Meiers Name tauchte nicht einmal im 25-Mann-Kader für das Argentinien-Länderspiel auf.

Meier hat darauf seine Antwort gegeben: drei Tore am Samstag, ausgerechnet gegen Nationalmannschafts-Torwart Toni Schumacher, überragender Spieler beim 6:2-Sieg Werders über den 1. FC Köln. Und sicherlich sind auch Meier die Worte des Bremer Stadion-Sprechers („Jetzt kommt der Beckenbauer wieder ins Grübeln") nach jedem seiner Tore wie Honig runtergegangen.

In Richtung Beckenbauer hat der Bremer trotzdem nicht gemosert. Obwohl dieser kleine Kerl sonst außerordentlich giftig sein kann, verkniff er sich jegliche Kritik an Kaiser Franz. Meier: „Ich werde versuchen, mich mit guten Leistungen zu empfehlen."

Vielleicht hätte man den Uerdinger Mathias Herget auch besser informieren sollen. Offensichtlich hat der geglaubt, der Trainer Beckenbauer sei jener liebe Mensch, der ihn jahrelang immer so freundlich und nichtssagend neutral von der Mattscheibe angelächelt hat. Herget – zusammen mit den beiden Kölnern Engels und Littbarski fürs 22er Aufgebot gestrichen – bezeichnete dies als lachhaft."

So schnell schwätzt man sich um eine Chance eine Etage höher. Einer wie Beckenbauer hat es nicht nötig, einem Herget hinterherzulaufen. Uerdingen ist jetzt wohl um einen Nationalspieler ärmer. Um den einzigen.

Mit Klaus Allofs vom 1. FC Köln, um dessen Nichtberücksichtigung es den meisten Wirbel gegeben hat, telefonierte der neue Team-Chef. Was dabei herauskam, liegt auf der Linie des Bremers Maier. Allofs sollte sogar nachnominiert werden, doch der Kölner Kapitän sagte wegen einer Rükkenverletzung ab: „Gerade weil so viel über mein Fehlen diskutiert worden ist, würde ich Franz Beckenbauer und mir selbst keinen Gefallen tun, angeschlagen zum Lehrgang anzureisen. Wichtiger ist, daß grundsätzlich überhaupt nichts zwischen uns steht und ich weiter gerne in der Nationalelf spiele." Die Herren Profis, jedenfalls die, die noch immer eine Chance sehen, werden höflich.

Und für das Training hat sich Bekkenbauer auch etwas Neues einfallen lassen. Er sagt: „Im Training, das für mich zunächst einmal Neuland ist, will ich Eindrücke gewinnen, zumal wir mit zwei kompletten Mannschaften arbeiten können." Die sogenannte B-Mannschaft soll die Argentinier kopieren. Im spielerischen Bereich dürfte das schwer werden, doch in der taktischen Ausrichtung soll Mill die einzige Sturmspitze (Garcia) und Strack den Ausputzer (Brown) nachstellen.

Bei Beckenbauer wird man nur noch auf einem Weg Nationalspieler werden können. Über Leistung. Nicht dank besonderer Beziehungen, weil sich da jemand bei einem Star wie Rummenigge oder Schumacher besonders angedienert hat. „Jeden Morgen", so sieht es Beckenbauers Konzept vor, „spielt die A-Mannschaft gegen die B-Mannschaft." Und von den Leistungen im Trainingslager hänge die Nominierung seines Teams ab, hat er angekündigt.

Pardon, Chef-Coach, solche Aussagen verleiten zum Schmunzeln. Blenden wir doch ein paar Jahre zurück in die goldene Ära des deutschen Fußballs. Da haben jene ein Nationaltrikot gekriegt, die dem Superstar Bekkenbauer in den Kram paßten. Damals waren es die Asse, die durchsetzten, daß die Nationalmannschaft nicht mehr kaserniert wurde, sondern in den piekfeinen Hotels abstieg. Beckenbauer selbst hat jene Verbandsquartiere gereadezu gehaßt, ist nicht nur einmal nachts über den Zaun einer solchen Sportschule geklettert.

Daß er nun die alten Sitten wieder einführen will, zeigt, wie weit es mit der Nationalmannschaft bergab gegangen ist. Und noch eine These bestätigt sich: Ausgerechnet jene, die sich als Spieler alles erlaubt haben (und dies auch konnten), werden, wenn sie als Trainer das Sagen haben, die härtesten Hunde.

*

Bei den Argentiniern, die schon Quartier im Gut Höhne bei Düsseldorf bezogen haben und die Bundesligaspiele in Leverkusen und Uerdingen besuchten, gibt es Riesenwirbel um Diego Maradona. Der Superstar möchte aus Neapel anreisen und am Mittwoch in Düsseldorf spielen. Die Mannschaft aber, selbstbewußt durch die 2:0-Siege in der Schweiz und in Belgien, hat sich in einer internen Abstimmung gegen Maradona ausgesprochen.

Die Aufgebote für Düsseldorf und Aberdeen

22 Spieler umfaßt das Aufgebot von Teamchef Franz Beckenbauer für das Länderspiel am Mittwoch in Düsseldorf gegen Argentinien: Tor: Schumacher (Köln), Stein (Hamburg); Abwehr: Brehme (Kaiserslautern), Bockenfeld (Düsseldorf), Bruns, Frontzeck (beide Gladbach), K.H. Förster, Schäfer (beide Stuttgart), Jakobs (Hamburg); Mittelfeld: Bommer (Düsseldorf), Magath, Rolff (beide Hamburg), Matthäus (München), Rahn (Gladbach), Stielike (Madrid); Angriff: Mill (Gladbach), Rummenigge (Mailand), Völler (Bremen).

Für das Länderspiel „U21" am Dienstag in Aberdeen gegen Schottland benannte DFB-Trainer Berti Vogts folgende Spieler: Tor: Immel (Dortmund), Aumann (München); Abwehr: Schröder (Hamburg), Kraaz (Frankfurt), Scheike (Braunschweig), Roth (Karlsruhe), Kree (Bochum), Bunte (Düsseldorf); Mittelfeld und Angriff: Moser (Kaiserslautern), Pomp (Leverkusen), Hochstätter (Gladbach), Thon (Schalke 04), Wegmann (Dortmund), Klinsmann (Stuttgart), Müller (Frankfurt), Michael Rummenigge (München).

113 Tore – so viel gab es noch nie nach drei Spieltagen

							Heim		Auswärts	
1. München	4	4	0	0	13:5	8:0	4:2	2:0	9:3	6:0
2. M'gladbach	3	2	1	0	7:4	5:1	3:1	2:0	4:3	3:1
3. K'lautern	3	2	1	0	6:3	5:1	5:2	4:0	1:1	1:1
4. Bremen	3	2	0	1	9:6	4:2	7:2	4:0	2:4	0:2
5. Frankfurt	3	1	2	0	7:5	4:2	2:0	2:0	5:5	2:2
6. Karlsruhe	3	1	2	0	7:6	4:2	5:4	3:1	2:2	1:1
7. Bochum	3	1	2	0	6:5	4:2	3:3	2:2	3:2	2:0
8. Hamburg	3	1	2	0	3:2	4:2	1:1	1:1	2:1	3:1
9. Stuttgart	4	2	0	2	15:8	4:4	7:4	2:2	8:4	2:2
10. Mannheim	3	1	1	1	4:4	3:3	1:1	1:1	3:3	2:2
11. Leverkusen	3	1	1	1	6:7	3:3	6:5	3:1	0:2	0:2
12. Köln	3	1	1	1	6:8	3:3	1:1	1:1	5:7	2:2
13. Uerdingen	3	1	0	2	3:5	2:4	3:4	2:2	0:1	0:2
14. Düsseldorf	3	0	1	2	6:9	1:5	2:2	1:1	4:7	0:4
15. Schalke 04	3	0	1	2	5:8	1:5	2:3	0:2	3:5	1:3
16. Bielefeld	3	0	1	2	4:11	1:5	3:10	0:4	1:1	1:1
17. Dortmund	3	0	0	3	4:7	0:6	3:5	0:4	1:2	0:2
18. Braunschweig	3	0	0	3	2:10	0:6	1:4	0:4	1:6	0:2

● Es wird weiter scharf geschossen in der Fußball-Bundesliga: 113 Treffer nach drei Spieltagen hat es noch nie gegeben. Das 100. Saisontor erzielte Bremens Nationalspieler Rudi Völler zum 3:1 Zwischenstand im Spiel gegen den 1. FC Köln. Drei Spieler führen mit fünf Treffern die Torschützenliste an: Emanuel Günther (Karlsruhe), Frank Mill (Mönchengladbach) und Karl Allgöwer (Stuttgart), der in Bielefeld innerhalb von 18 Minuten einen Hattrick schaffte. Nationaltorwart Schumacher mußte zum zweiten Mal in einem Bundesligaspiel sechs Tore kassieren (nach dem 0:6 der Kölner am 5. Mai 1979 in Hamburg).

● Nach seinem dritten Auswärtssieg liegt der FC Bayern München nun schon zum 187. Mal an der Spitze der Bundesliga-Tabelle – in insgesamt 650 Spielen. Diese Position können die Münchner wohl weiter festigen, für sie folgen drei Heimspiele hintereinander. Nur drei Klubs haben noch nie an der Spitze gestanden: Leverkusen, Bochum, Mannheim. Die Zuschauerzahlen bleiben erfreulich. Zu den bisher 28 Spielen kamen 697 834 Zuschauer, das entspricht einem Durchschnitt von 24 923. Beim Spiel Braunschweig gegen Mannheim gab es mit 9104 Zuschauern einen Minusrekord für diese Saison.

ERGEBNISSE

Karlsruhe – Frankfurt	2:2	(0:0)
Leverkusen – Schalke	2:2	(0:2)
Dortmund – M'gladbach	2:3	(1:2)
Bremen – Köln	6:2	(1:1)
Bielefeld – Stuttgart	2:7	(1:4)
Braunschweig – Mannheim	0:1	(0:1)
K'lautern – Düsseldorf	3:1	(0:1)
Uerdingen – München	1:3	(1:1)
Bochum – Hamburg	0:0	

DIE SPIELE

Karlsruhe – Frankfurt 2:2 (0:0)

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Boysen, Zahn (82. Glückler) – Roth, Harforth (69. Nadu), Keim, Dittus, Löw – Günther, Künast. – **Frankfurt:** Pahl – Kroth – Körbel, Kraaz – Sievers, Mohr, *Svensson, Falkenmayer, Trieb – Müller*, Tobollik. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 0:1 Müller (75.), 0:2 Svensson (79.), 1:2 Günther (85.), 2:2 Günther (88.). – **Zuschauer:** 22 000. – **Gelbe Karte:** Tobollik.

Leverkusen – Schalke 2:2 (0:2)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Winklhofer, Geschlecht – Hinterberger (69. Wojtowicz), Giske (46. Patzke), Hörster, Röber, Tscha – Schreier, Waas. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper – Opitz, Dierßen, Thon, Jakobs (82. Stichler), Memering (90. Kruse) – Schatzschneider, Täuber. – **Schiedsrichter:** Jupe (Mühltal). – **Tore:** 0:1 Täuber (17., Foulelfmeter), 0:2 Täuber (42.), 1:2 Schreier (72.), 2:2 Tscha (73.). – **Zuschauer:** 10 500. – **Gelbe Karten:** Patzke, Röber – Kleppinger (2).

Dortmund – M'gladbach 2:3 (1:2)

Dortmund: Immel – Zorc – Egli, Rüßmann – Anderbrügge, Koch, Schüler (67. Loose), Raducanu – Simmes (46. Huber), Wegmann, Klotz. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Borowka, Frontzeck – Herlovsen, Veh, Rahn, Hochstätter (73. Drehsen) – Mill, *Criens (82. Herbst)*. – **Schiedsrichter:** Heidmann (Drentwede). – **Tore:** 1:0 (Klotz (9.), 1:1 Mill (32.), 1:2 Mill (40.), 1:3 Hochstätter (63.), 2:3 Wegmann (88.). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karte:** Veh.

Bremen – Köln 6:2 (1:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Okudera, Otten – Sidka (30. Hermann), Möhlmann, Meier (74. Kutzop) – Reinders, Neubarth, Völler. – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Görgens (67. Reif) – Hartwig, Hönerbach (55. Hartmann), Lehnhoff, Engels – Bein, Allofs. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Meier (19.), 1:1 Allofs (44.), 2:1 Reinders (47., Foulelfmeter), 3:1 Völler (49.), 4:1 Neubarth (54.), 5:1 Meier (64.), 6:1 Meier (66.), 6:2 Hartwig (76.). – **Zuschauer:** 21 400. – **Gelbe Karten:** Neubarth (2), Völler – Görgens.

Bielefeld – Stuttgart 2:7 (1:4)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Dronia, Schier, Hupe – Pohl, Foda, Rautiainen, Kühlhorn (58. Westerwinter, 76. Weber) – Reiche, Ozaki. – **Stuttgart:** Roleder – Bernd Förster – Schäfer, Karlheinz Förster (70. Makan), Müller – Kempe, Allgöwer, Klinsmann (81. Lorch), Sigurvinsson – Claesen, Reichert. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Allgöwer (10.) 0:2 Allgöwer (16.), 0:3 Allgöwer (27.), 1:3 Kühlhorn (38.), 1:4 Claesen (42.), 1:5 Claesen (61.), 2:5 Reich (69., Foulelfmeter), 2:6 Kempe (70.), 2:7 Claesen (85.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Bernd Förster.

Braunschweig – Mannheim 0:1 (0:1)

Braunschweig: Franke – Gorski – Scheike, Bruns (38. Pospich), Scheil – Pahl, Tripbacher, Posipal, Ellmerich – Lux (50. Bergs), Worm. – **Mannheim:** *Zimmermann* – Sebert – *Knapp*, Schlindwein, Dickgießer – Kohler, Heck, Quaisser, Gaudino – Walter (62. Remark), Bührer (88. Rombach). – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tor:** 0:1 Sebert (3., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 9104. – **Gelbe Karten:** Worm – Kohler. – **Rote Karte:** *Gaudino (32.)*.

K'lautern – Düsseldorf 3:1 (0:1)

K'lautern: Ehrmann – Bold – Wolf, Dusek – Geye, Moser, Allofs, Brehme – Trunk, Eilenfeldt (46. Kitzmann), Hübner. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bockenfeld, Fach, Bunte – Bommer, Kaiser, Edvaldsson, Weikl – Thiele, Bless (74. Schmidkunz). – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Thiele (36.), 1:1 Geye (55.) 2:1 Allofs (67.), 3:1 Trunk (85.). – **Zuschauer:** 11 088. – **Gelbe Karte:** Bold (2).

Uerdingen – München 1:3 (1:1)

Uerdingen: Vollak – Herget – Brinkmann (82. Schäfer), van de Loo – Friedhelm Funkel, Wolfgang Funkel, Wöhrling, Klinger, Raschid – Loontiens, Feilzer (70. Thomas). – **München:** Aumann – Augenthaler – Dürnberger, Eder – Dremmler, Matthäus, Lerby, *Kögl (76. Beierlorzer) – Pflügler, Rummenigge*, Wohlfarth. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Herget (10.), 1:1 Wohlfarth (44.), 1:2 Lerby (76.), 1:3 Matthäus (89.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Herget (2), Klinger (2) – Augenthaler, Lerby (2), Kögl.

Bochum – Hamburg 0:0

Bochum: Zumdick – Knüwe (44. Pikkenäcker) – Zugcic, Kree – Bönighausen, Lameck, Woelk (20. Tenhagen), Oswald, Schulz – Kuntz, Fischer. – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Wehmeyer, Schröder – Kaltz, von Heesen (59. Wuttke), Groh, Magath, Rolff – Milewski, McGhee. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karten:** Tenhagen – von Heesen.

Anzeige



VORSCHAU

Samstag, 15. September, 15.30 Uhr

Hamburg – Leverkusen	(3:0)
Frankfurt – K'lautern	(3:0)
Düsseldorf – Braunschweig	(4:0)
Mannheim – Bielefeld	(0:2)
Stuttgart – Bremen	(3:0)
Köln – Uerdingen	(3:0)
Gladbach – Bochum	(4:2)
München – Dortmund	(4:2)
Schalke – Karlsruhe	(-:-)

Trainer Konietzka und Manager Tippenhauer sitzen in Dortmund auf einem morschen Ast

BERND WEBER, Dortmund

Eine alte westfälische Eiche ist sehr viel morscher, als es sich ihre Heger vorher vorgestellt hatten – und als sie es jetzt zugeben wollen. Dieses Bild paßt derzeit genau auf Borussia Dortmund. Ein Verein, der früher einmal europäische Maßstäbe setzte, der aber inzwischen außer seinem komfortablen Westfalenstadion nichts mehr an Spitzenklasse zu bieten hat. Im Gegenteil, noch nie in ihrer nunmehr 15jährigen Zugehörigkeit *zur Fußball-Bundesliga* erwischten die Dortmunder einen solch katastrophalen Start wie diesmal. Nach der 2:3-Heimniederlage gegen Borussia Mönchengladbach bewegen sie sich mit 0:6 Punkten um das Tabellenende herum. Das Programm der kommenden Wochen (nächsten Samstag muß Dortmund zu Bayern München, dann kommt Angstgegner Bochum, dann zum 1.FC Köln, zu Hause gegen Leverkusen und in Stuttgart sind die weiteren Aufgaben) nährt zumindest bei den Borussen-Fans die Angst, daß ihre Mannschaft noch auf lange Zeit *in den niederen Tabellenregionen* festgenagelt bleiben wird.

Dortmunds Präsident Roring sieht die Lage sehr viel weniger dramatisch. Natürlich sei man auch in der Führungsetage darüber enttäuscht, daß der Meisterschaftsauftakt „ziemlich in die Hosen gegangen" sei. Aber, so sagte er gestern zur WELT: „Es gibt keinerlei Anlaß, nun hektisch zu werden. Wir wenden uns deshalb auch entschieden gegen jede Panikmache." Damit liegt er auf einer Linie mit den beiden Leuten, die in Dortmund angetreten waren, *die Fehler der Vergangenheit auszumerzen* und dem Traditionsverein eine solide Basis für die Zukunft zu verschaffen. Genau das nämlich war der Anspruch, mit dem Trainer Timo Konietzka und Manager Dieter Tippenhauer, die vorher bei Bayer Uerdingen so erfolgreich gearbeitet hatten, angetreten waren.

Konietzka, dessen Verpflichtung rund um das Westfalenstadion eine wahre Euphorie-Welle ausgelöst hatte, ist inzwischen ziemlich schweigsam geworden. Gezielten Fragen nach den Gründen weicht er neuer*dings aus.* Statt dessen ruft er mit Allgemeinplätzen zur „Ruhe und Besonnenheit" auf. Natürlich, Konietzka gilt in der Branche als guter Mann. Und es kann wohl auch kaum angehen, daß man aus den ersten drei Niederlagen voreilig den Schluß zieht, er sei bisher nur überschätzt worden. Dennoch: In seinem Bemühen, dem *Dortmunder Publikum* den seit Jahren vermißten Offensiv-*Fußball zu präsentieren,* ist der Trainer gewiß einer Fehleinschätzung erlegen. Er ließ seine Leute zügellos nach vorn stürmen und gegen Mönchengladbach schon wieder, genau wie im ersten Heimspiel gegen den HSV, in gefährliche Konter hineinlaufen. Bei dem, was die Borussen an Personalbestand zu bieten haben, kann man das nur als Harakiri bezeichnen. Konietzka wird umdenken müssen.

Was die Dortmunder Personalpolitik generell betrifft, die wird von den Lokalzeitungen inzwischen ganz offen als verfehlt bezeichnet. Damit befindet sich Manager Tippenhauer vehement in der Schußlinie. In der Tat: Wolfgang Schüler (vom Karlsruher SC geholt), Frank Pagelsdorf (kam von Arminia Bielefeld) und der Schweizer Nationalspieler André Egli (von den Grashoppers Zürich) sind bisher den Beweis schuldig geblieben, daß sie Verstärkungen sind. Erst recht dann, wenn man sich an den Ablösesummen orientiert, die in Umlauf gebracht wurden: insgesamt sollen es 2,3 Millionen Mark sein. Eine Summe, die von Roring aber ebenso bestritten wird wie der angebliche Schuldenstand des Vereins, der bei rund vier Millionen Mark liegen soll. *Der Präsident dazu:* „Es gibt einige Leute im Umfeld der Bo*russia, die uns bewußt was am Zeug* flicken wollen."

Da mag sogar was dran sein. Dennoch läßt sich auch ohne jede Bösartigkeit feststellen, daß die Dortmunder schon lange keine gute Hand *mehr bei ihren Ein- und Verkäufen* bewiesen haben. Der Sportinformationsdienst (sid) meint sogar: Man kaufe, wie in einem Gemischtwarenlager, die Ladenhüter aus den Regalen. Das Trio Roring, Konietzka, Tippenhauer sitzt, da mag es abwiegeln, wie es will, auf dem morschen Ast einer alten Eiche. Und muß, zumindest vorläufig, auch mit der Absturzgefahr leben.

FORMEL 1 / Suche nach dem neuen Arbeitsplatz

BMW-Sprecher: "Wir können Winkelhock nur viel Glück wünschen"

DW. Monza

Der Brasilianer Nelson Piquet ist seinen Weltmeistertitel in der Formel 1 los. Im noch ausstehenden Großen Preis von Europa am 7. Oktober auf dem neuen Nürburgring reicht auch ein Sieg des Brabham-Fahrers nicht für eine Titelverteidigung aus. Der 32 Jahre alte Brasilianer erreichte jedoch beim Grand Prix von Italien in Monza zum siebenten Mal in dieser Saison im *Abschlußtraining* die schnellste Zeit (das Ergebnis des Rennens lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor). Für Piquet ist das eine gute Ausgangsposition für das nächste Jahr, denn der deutsche Motorenlieferant BMW wird auch 1985 mit Piquets englischem Brabham-Team zusammenarbeiten.

BMW wird darüber hinaus auch weiterhin den englischen Rennstall Arrows (Fahrer: Surer, Schweiz, *und* Boutsen, Belgien) beliefern. Im Falle des deutschen Teams ATS, Bad Dürkheim, sagte ein BMW-Sprecher im Gespräch mit der WELT: „Wenn nun Manfred Winkelhock zum Saisonschluß ATS verläßt, weder bei Brabham noch bei ATS unterkommt, können wir ihm nur Glück für die Zukunft wünschen. Eine BMW-Bindung wird es bei der Suche nach einem neuen Arbeitgeber nicht geben. Über die Zusammenarbeit mit ATS muß grundsätzlich neu entschieden werden." Im Klartext: Winkelhock wird sich ohne deutsche Unterstützung nach einem neuen Arbeitsplatz umsehen müssen.

Wie schaut es mit dem anderen deutschen Fahrer, Stefan Bellof, aus? Bei Tyrrell *geht nicht mehr viel*, und der Gießener hat mit Hilfe seines in Monte Carlo ansässigen Managers Willi Maurer sehr hoch gepokert. Renault und gar Brabham waren als künftige Bellof-Teams im Gespräch. Doch Renault-Manager Jean Sage sagt: „Auch Stefan Bellof wurde uns empfohlen, aber ich glaube, wir nehmen einen erfahrenen Mann." Und Brabham? Bei BMW, dem Partner dieser Firma, heißt es: „Nelson Piquet ist für uns noch immer der beste Mann in der Formel 1, und der Italiener Teo Fabi hat gerade erst in den letzten Rennen bewiesen, daß er bei Konzentration auf diese Formel ein ganz ausgezeichneter Fahrer ist." Also auch bei Brabham wird es kein Unterkommen für Stefan Bellof geben. Was bleibt, ist vorläufig der englische Rennstall Toleman, ein überaus seriös, aber nicht sonderlich erfolgreich arbeitendes Team – oder doch noch McLaren-Porsche?

Die Situation bei McLaren-Porsche, dem erfolgreichsten Team der Formel 1, ist schwierig. Sollte der Österreicher Niki Lauda Weltmeister werden, wird kein Arbeitsplatz frei. Wird jedoch Laudas Teamkollege, der Franzose *Alain Prost, Weltmeister*, muß Lauda gehen. Das ist – unausge*sprochen – abgemachte* Sache, wenngleich das Haus Porsche gern an Lauda festhalten würde. Doch dagegen stehen finanzielle Zwänge.

Alain Prost, bisher unterbezahlt, würde als Weltmeister entsprechend seinem vollen Marktwert entlohnt werden müssen – Prost hat dies bereits angekündigt. Weil Laudas Gage aber *bereits jetzt über dem* gültigen Marktwert liegt, wird man sich bei McLaren-Porsche im Falle eines Prost-Erfolges zwangsläufig von Lauda trennen müssen.

Das wäre dann eine Chance für den Porsche-Werksfahrer Stefan Bellof, denn die arabischen Auftraggeber des Teams haben sich entschlossen, den Porsche-Turbomotor *niemals* auf dem freien Markt zum Kauf anzubieten. Die einzige Möglichkeit für einen Porsche-Werksfahrer, in der Formel 1 Fuß zu fassen, besteht demnach beim Team McLaren. Und wer das will, muß sich beeilen. Denn der Porsche-Motor, das sogeannte TAG-Aggregat, soll nach dem Willen seiner arabischen Auftraggeber nur noch 1985 in der Formel 1 Verwendung finden. Da*nach wollen ihn die Araber für eine* Hubschrauber-Serie freigeben. Porsche wiederum plant kein eigenes Formel-1-Projekt.

Die Hoffnungen, das sich in einer Krise befindliche italienische Ferrari-Team würde sich für 1985 nach neuen Fahrern umsehen, haben sich für Bellof zerschlagen. Das erfolgreichste *Formel-1-Team aller Zeiten* wird auch 1985 den Italiener Michele Alboreto und den Franzosen René Arnoux beschäftigen.

Aber auch bei Ferrari ist man sich nicht ganz schlüssig. Sollte Lauda als Vize-Weltmeister McLaren-Porsche den Rücken kehren, scheint ein erneuter Vertragsabschluß zwischen dem Österreicher und den Italienern nicht ausgeschlossen. Gespräche zwischen *Lauda und Enzo* Ferrari haben bereits stattgefunden, als Lauda bei McLaren-Porsche als Nummer zwei hinter Prost eingestuft werden sollte.

NACHRICHTEN

Boxen: Kohl Präsident

Hamburg (dpa) – Der Hamburger Peter Kohl ist neuer Präsident des Bundes Deutscher Berufsboxer (BDB). Theo Wittenbrink (64) hat nach 13jähriger Amtsführung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert.

Thurau für Moser

Hannover (dpa) – Anstelle des italienischen Stunden-Weltrekordlers Francesco Moser trat der Frankfurter Profi-Radrennfahrer Dietrich Thurau bei der „Nacht von Hannover" an. Vor *12 000 Zuschauern bezwang* er im Spurt Weltmeister Criquelion *(Belgien).*

Für die EM beworben

Frankfurt (dpa) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat sich termingerecht am 28. August um die Ausrichtung der Endrunde der Europameisterschaft 1988 beworben. Weitere Bewerber sind Dänemark, Schweden und Norwegen, *die die Endrunde* gemeinsam ausrichten wollen, sowie *England, Holland* und Griechenland.

Tennis-Termine

New York (sid) – In New York wurden die Tennis-Termine für Grand-Prix-Turniere 1985 in *Deutschland* festgelegt. Die wichtigsten: Internationale Deutsche Meisterschaften in Hamburg (29. April bis 5. Mai), Internationale Deutsche *Hallenmeisterschaften* in Frankfurt (4. bis 10. März) und *Internationale* Damenmeisterschaften in Berlin (13. bis 19. Mai).

Nachfolge für Freiburg

Freiburg (sid) – In Freiburg ist ein Nachfolgeverein für den früheren Eishockey-Bundesligaklub ERC Freiburg geplant, der im letzten Sommer mit 1,5 Millionen Mark Schulden Konkurs anmelden mußte. Für den EHC Freiburg soll vom Verband die unverbindliche *Zusage* zur Teilnahme an der 2. Liga vorliegen.

Erfolgreichster Galopper

Dublin (UPI) – Das irische Pferd Sadler Wells ist Europas erfolgreichster Galopper. Er gewann die Phoenix-Champion-Stakes von Dublin und damit 960 000 Mark. Sadler Wells hat noch niemals einen schlechteren als den vierten Platz belegt.

Französische Yacht vorn

Nieuwpoort (dpa) – *Die* Hochseesegler-Weltmeisterschaft der *Vierteltonner endete vor Nieuwpoort* (Belgien) mit einem französischen Doppelsieg. Es siegte die „Comte de Flandre", beste deutsche Yacht war „Mädchen" als Sechste.

Marx wurde Meister

Büttgen (dpa) – Weltmeister Michael Marx (Berlin) gewann in Büttgen die deutsche *Derny-Meisterschaft* der Amateure. Titelverteidiger *Rainer Podlesch (Berlin) gab auf.*

Iris Bayer Zweite

Chaudfontaine (sid) – Iris Bayer (Troisdorf) wurde beim belgischen Reitturnier in Chaudfontaine Zweite im Preis von Winterthur. Es siegte der Engländer Robert Smith, Dritter wurde der Franzose Philippe Rozier.

Triathlon-WM

Nizza (sid) – Der Amerikaner Mark Allen wurde in Nizza Weltmeister im Triathlon. Bester Deutscher war der Lenskirchener Karl Morath. Die Disziplinen: 3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Laufen.

Vier Medaillen

Den Haag (sid) – Eine Silber- und drei Bronzemedaillen gewannen die deutschen Judo-Damen bei den internationalen Meisterschaften von Holland in Den Haag. Silber gewann Karin Krüger *(Pirmasens)*, Bronze Friedrich (Osnabrück), Ulsperger (Leverkusen) und *Sigmund (Rüsselsheim).*

2. Liga

Hannover 96 bleibt nach einem überraschenden 5:3-Sieg bei Fortuna Köln an der Tabellenspitze der Zweiten Liga. Ein neuer Bundesliga-Kandidat? Trainer Werner Biskup *bleibt auch nach dem guten* Start seiner Mannschaft bei der Linie, die er vor der Saison in seinen Worten eingeschlagen hat: „Wir haben erst einmal neun Punkte im Kampf gegen den Abstieg. Wenn wir in der Schlußabrechnung Platz acht bis zwölf belegen, bin ich hoch zufrieden." Die Worte des neuen Managers Jürgen *Rynio, früher Torwart in Hannover,* klingen da schon etwas anders: „Wir haben schon vier starke Mannschaften geschlagen, da wird auch noch einiges mehr zu schlagen sein." Finanziell macht sich der Erfolg bereits bemerkbar. Rynio: „Zu unseren beiden Heimspielen kamen 13 000 Zuschauer, wir hatten nur mit 4000 kalkuliert."

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Saarbrücken – Kassel	2:2	(1:2)
Aachen – Wattenscheid	3:0	(1:0)
Offenbach – Darmstadt	1:1	(1:0)
BW Berlin – Homburg	2:0	(0:0)
Köln – Hannover	3:5	(2:3)
Freiburg – Nürnberg	0:1	(0:1)
Oberhausen – Ulm	3:4	(2:3)
Bürstadt – Duisburg	7:2	(5:0)
Stuttgart – Hertha BSC	2:2	(0:0)
St. Pauli – Solingen	1:5	(0:3)

DIE TABELLE

Mannschaft	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Hannover	5	4	1	0	13:7	9:1
2.Bürstadt	5	3	1	1	13:5	7:3
3.Aachen	5	3	1	1	11:5	7:3
4.Saarbrücken	5	2	2	1	7:5	6:4
5.Solingen	5	3	0	2	12:11	6:4
6.Kassel	5	2	2	1	9:9	6:4
7.Hertha BSC	5	2	2	1	8:8	6:4
8.Wattenscheid	5	2	2	1	5:6	6:4
9.Stuttgart	5	2	1	2	10:9	5:5
10.Freiburg	5	2	1	2	8:5	5:5
11.Homburg	5	2	1	2	6:6	5:5
12.Ulm	5	2	1	2	9:10	5:5
13.Nürnberg	5	2	1	2	5:7	5:5
14.Offenbach	5	1	2	2	8:7	4:6
15.Köln	5	1	2	2	8:8	4:6
16.BW Berlin	5	2	0	3	10:11	4:6
17.Oberhausen	5	1	1	3	7:10	3:7
18.Darmstadt	5	0	3	2	6:9	3:7
19.St. Pauli	5	1	1	3	3:6	3:7
20.Duisburg	5	0	1	4	9:17	1:9

DIE VORSCHAU

Dienstag: Ulm – Nürnberg, Bürstadt – Offenbach. – **Freitag:** Hertha BSC – Saarbrücken, Duisburg – Freiburg. – **Samstag:** Hannover – Stuttgart, Darmstadt – BW Berlin, Homburg – St. Pauli, Ulm – Aachen, Kassel – Offenbach. – **Sonntag:** Nürnberg – Köln, Solingen – Oberhausen, Wattenscheid – Bürstadt.

TENNIS / Martina Navratilova besiegte Chris Evert und die Zuschauer

„Sie wollen alle, daß ich verliere"

UPI, Flushing Meadow

Martina Navratilova bricht alle Rekorde. Mit dem 4:6-, 6:4-, 6:4-Sieg über ihre ewige Rivalin Chris Evert-Lloyd im Finale der Offenen Amerikanischen Tennis-Meisterschaften strebt sie neue Bestmarken an: 55 Siege hintereinander, sechs Siege bei Grand-Slam-Turnieren in Folge; die *ehemalige Tschechoslowakin* ist nicht zu bremsen.

Die 20 000 Zuschauer im New Yorker Vorort Flushing Meadow kamen wirklich auf ihre Kosten. War schon das Damen-Finale spannender als erwartet, so wurde es von den Herren-Halbfinalen noch übertroffen. Sage und schreibe 444 Minuten brauchten John McEnroe und Ivan Lendl, um sich für das Endspiel zu qualifizieren. (Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.) McEnroe bezwang Jimmy Connors 6:4, 4:6, 7:5, 4:6, 6:3, und Lendl schlug den Australier Pat Cash 3:6, 6:3, 6:4, 6:7, 7:6. John McEnroe würdigte die Leistung aller Beteiligten: „Es war ein unglaublicher Tennis-Tag, wahrscheinlich der größte in der Geschichte der US-Open."

Chris Evert-Lloyd sagte nach dem Finale: „Ich bin so enttäuscht wie schon lange nicht mehr. Man hat nicht allzu viele Chancen gegen Martina, und heute hatte ich eine." Für die 29 Jahre alte Amerikanerin war es die 13. Niederlage hintereinander gegen *Martina Navratilova, die Nummer eins* im Damen-Tennis. Aber sie hatte eben nur eine Chance. Wieder einmal zeigte die Grand-Slam-Gewinnerin ihre Nervenstärke. Gegen die stark aufspielende Chris Evert-Lloyd und ein fanatisch gegen sie eingestelltes Publikum gelang es ihr immer wieder, gerade die wichtigen Punkte zu holen. *Trotzdem* haderte sie anschließend mit den Zuschauern: „Ich glaube, es war das Härteste, was ich bisher durchmachen mußte. Sie waren so sehr gegen mich. Wenn alle wollen, daß du verlierst, ist es schwer." Immerhin konnte sie sich mit einer Siegprämie von 160 000 Dollar (rund 480 000 Mark) trösten.

Schon aber strebt sie neue Ziele an. Sie möchte die größte Tennisspielerin werden, die es je gab, sie möchte sieben Grand-Slam-Turniere in Folge gewinnen, sie möchte als erste Frau in der Tennis-Geschichte zweimal *den Grand Slam hintereinander* holen. Diese wertvollste Prämie im Tennis besteht aus aufeinanderfolgenden Siegen bei den französischen, amerikanischen und australischen Meisterschaften sowie Wimbledon. Wer soll sie stoppen?

Im Junioren-Endspiel unterlag der 16 Jahre alte Mannheimer Boris Bekker in seinem ersten Turnier nach seiner schweren Verletzung in Wimbledon dem zwei Jahre älteren Mark Kratzman 3:6, 6:7. Mit dieser Leistung *hat er sich auch für das Daviscup-Ab*stiegsspiel gegen Rumänien Ende September in Berlin empfohlen. Denn im Einzel ist wohl nur der Einsatz von Michael Westphal (Neuss) sicher.

Steffi Graf aus Heidelberg scheiterte bei den Juniorinnen im Halbfinale an der Bulgarin Katarina Malejewa knapp mit 5:7, 6:7.

GOLF / Engländerin Berverly Huke wurde in Braunfels erste Offene Deutsche Meisterin – Diana Chudzinski überraschte

Die hübschen „Proetten" haben es schwer, Geld zu verdienen

GERD A. BOLZE, Braunfels

Als erste Offene Deutsche Golfmeisterin wurde die englische Profispielerin Beverly Huke (33) im hessischen *Braunfels gefeiert. Für ihre* 74+70+75=219 Schläge (bei schwerem Standard und Par 73) kassierte sie rund 7200 der insgesamt 50 000 Mark Preisgelder. Es war ihr fünfter Turniersieg im sechsten Profijahr, und mit bisher gewonnenen über 33 000 DM belegt sie in der europäischen Geld-Rangliste nun den dritten Platz. *Als beste Deutsche überraschte Di*ana Chudzinsky (Wuppertal) mit 77+72+76=225 Schlägen auf dem gemeinsamen 6. bis 9. Platz.

Doch die 23jährige amtierende Deutsche Golflehrer-Meisterin der beiden letzten Jahre spielt (noch) nicht die europäische Ladies-Tour mit, zu der diese erstmals ausgetragene „Ladies German Open" als *16.* von zwanzig Turnieren dieser Saison gehörte. Sie ist eine der neun deutschen Golflehrerinnen, die ihren Lebensunterhalt durch das tägliche Unterrichten in einem Golfklub verdienen. „Es reizt mich mach diesem Erfolg schon, im nächsten Jahr einige Turniere mehr in England mitzuspielen", sagt die blonde Wuppertalerin. Nachdem sich die siebenmalige Nationale Offene Deutsche Meisterin Irene Köhler (Hittfeld) als junge Mutter vom aktiven Turniergolf zurückgezogen hat, gibt es nur drei Deutsche auf der europäischen Tour der „*Women Professional* Golf Association": Petra Purins (Paderborn), Gesa Müller (Hamburg) und Barbara Helbig (26) aus Dortmund, die in Braunfels Platz 17 belegte.

Mit ihrem berühmten Berufskollegen Bernhard Langer hat Barbara Helbig eines gemein: auch sie spielt für den Monte Carlo Country Club in Florida. Während aber Langer mit dem neuen Jahresrekord von bisher gewonnenen rund 475 000 DM die europäische Rangliste bei den Profis überlegen anführt, rangiert Barbara Helbig mit nur etwas über 10 000 DM in 13 Turnieren bisher auf der europäischen Tour an 26. Stelle *unter den* 60 Proetten – so die offizielle Bezeichnung für die Berufsgolferinnen. Immerhin kann die gelernte Golflehrerin für sich in Anspruch nehmen, als einzige Deutsche bisher ein Profi-Turnier gewonnen zu haben, die „Ford-Classic" im letzten Frühjahr im englischen Woburne, wofür sie *rund 12 000 DM kassierte.*

„Ohne Sponsor kann man zumin*dest die ersten Jahre die Tour nicht* bestreiten. Eine Turnierwoche kostet im Schnitt 800 bis 1000 Mark", sagt Barbara Helbig. Sie hat das Glück, einen golfbesessenen Geschäftsmann aus Hannover und den Club in Florida als Sponsoren zu besitzen. Unter den Teilnehmerinnen in Braunfels war auch Gerda Boykin, die zwar als *Amerikanerin startete, aber gebürtige* Deutsche ist. Mit 76+74+80=230 Schlägen landete sie an 21. bis 24. Stelle. Die einstige Baden-Badenerin war nicht nur die erste deutsche Golfleh*rerin, sie ist auch zweifellos die bisher* erfolgreichste deutsche Spielerin. Nach ihrer Heirat übersiedelte sie in die USA, wo sie 18 Jahre lang die Ladies-Tour mitspielte und rund 130 000 Dollar gewann. Zwar gelang der heute 46jährigen – sie wurde in diesem Frühjahr noch einmal Vierte bei einem Tour-Wettspiel in Atlanta – *nie ein Turniersieg, doch sie war im*merhin dreimal Zweite und auch Dritte in großen Turnieren. Niemand ist berufener als Gerda Boykin, über das Profigolf der Damen zu urteilen:

„Die Tour mitzuspielen lohnt nur, wenn man sehr gut ist und unter den ersten 40 rangiert. Anfangs ist die Hilfe von Sponsoren unerläßlich, oder man muß von Haus aus alles selbst finanzieren können. Das ist übrigens *immer mehr der Fall, da sich der Pro*fi-Nachwuchs in den USA in erster Linie aus den College- und Universitätsmannschaften bildet, übrigens auch bei den Männern. Und wer *die „Players Card" nicht schafft, der* hat auch noch die Chance, an der sogenannten Mini-Tour teilzunehmen. Oder er geht nach Europa und versucht hier sein Glück auf der WPGA-Tour, wie zur Zeit wieder ein Dutzend Amerikanerinnen. Außerdem: Solange man jung ist, macht es Spaß, durch die Welt zu reisen." Übri*gens erfreut sich diese Ladies-Tour* vor allem bei Männern großer Beliebtheit. Da gibt es nämlich auch sehr attraktive Proetten, bei denen es sich nicht nur wegen des sehr guten Golfs lohnt, zuzusehen. Und so schrieb ein Kenner der Szene: „Die Männer verfolgen die hübschen Proetten auf der Golfrunde, und die *Ehefrauen folgen ihren Männern,* aber nicht wegen des Golfspiels der Proetten!"



Egal, welche Karten Sie haben: den 190E zum Golftarif* gibt's nur bei uns!

Gutschein

Wir akzeptieren folgende Kreditkarten: American Express, Diners Club, Eurocard, und als Kreditreferenz Inter Rent, Hertz, Avis und Europcar (Rechnungsstellung).

Wenn Sie also eine dieser Karten besitzen, können Sie Ihren 190E auch bargeldlos bei uns mieten. **Reservieren Sie per Ortsgespräch unter: 01 30-33 66**

*Und zwar für nur DM 66,– (+0,49/km) oder DM 175,– (incl. aller km) jeweils für ganze 24 Std. Übrigens: die Sixt/Budget Kreditkarte bringt Ihnen eine ganze Menge Vorteile mehr!

Sixt Autovermietung — Budget rent a car ®

Sixt/Budget Autovermietung GmbH, Hauptverwaltung Dr.-Carl-von-Linde-Straße 2, 8023 München-Pullach Telefon 089/7 91 07-1, Telex 522733 sixt d, Btx 22 333

An allen deutschen Flughäfen und Wirtschaftszentren. Weltweit 2.500 Stationen.



EISHOCKEY / Deutschland ist nach einem 2:4 gegen Schweden im Canada-Cup ausgeschieden

Kapitän Ignaz Berndaner: „Uns fehlte nur etwas mehr Vertrauen in unsere eigene Stärke“

dpa, Calgary

Beim Canada-Cup ist die Welt für die Gastgeber wieder und für die Neulinge aus Deutschland immer noch in Ordnung. Die Mannschaft von Xaver Unsinn verkaufte sich beim 2:4 (0:1, 2:1, 0:2) gegen Schweden erneut sehr teuer. Die kanadischen Profis feierten im letzten Augenblick vor dem unmittelbar drohenden Ausscheiden einen 7:2-(4:0, 2:1, 1:1-)Erfolg über die Tschechoslowakei, die wie die Bundesrepublik Deutschland bereits jetzt nach Hause fahren kann. Damit stehen nach dem überraschend mühsamen sowjetischen 2:1 (1:0, 1:1, 0:0) über die Amerikaner in *Edmonton einen Spieltag* vor Abschluß der Vorrunde mit Titelverteidiger UdSSR, Gastgeber Kanada, den USA und Schweden die Teilnehmer am Halbfinale fest.

Die deutsche Nationalmannschaft hat ihre international bisher größte Herausforderung mit einer befriedigenden Note bestanden. Hätte das durch den Ausfall von Erich Kühnhackl und Harold Kreis sowie die *schwere Verletzung* von *Uli Hiemer* stark ersatzgeschwächte Team von Bundestrainer Unsinn bei der Canada-Cup-Premiere wegen seiner zunächst verständlichen Ängstlichkeit nicht zuviel Lehrgeld bezahlen müssen, so wäre vom Veranstalter mit einer besseren Plazierung sogar mehr Geld zu kassieren gewesen als die stolze Antrittsprämie von rund 250 000 Mark.

Das 2:4 gegen die Schweden offenbarte den zu großen Respekt vor dem Canada-Cup, der bereits zu einem Mythos geworden ist, noch einmal besonders deutlich. Danach fiel es allen wie Schuppen von den Augen: „Wir waren von Anfang an unnötig gehemmt und sind dadurch unter Wert geschlagen worden“, sagte Ernst Höfner. Kapitän Ignaz Berndaner stimmte ihm zu: „Uns fehlte nur etwas Vertrauen in unsere eigene Stärke. Sonst hätten wir gegen die CSSR gewonnen und gegen die Schweden unentschieden gespielt.“

Xaver Unsinn zog schon vor dem Abschlußspiel gegen die USA eine zufriedene Bilanz: „Das erste Mal ist es immer am schwersten. Ein Pünktle hätte ich gern noch dazu gehabt, aber das 4:4 gegen die Tschechen und die anderen Ergebnisse bis auf ein *schlimmes Drittel* gegen *die* Sowjets, das ist schon was. Wir haben das deutsche Eishockey hier hervorragend vertreten. Gegen die Schweden war mehr drin. Jedenfalls verstehe ich nicht das Gerede der Kanadier, warum wir und nicht die Finnen hier sind. Die haben wir ein paarmal geschlagen. Nicht die Sympathie zählt, sondern die Qualifikation.“ Erst dann holte der Bundestrainer vor der beeindruckt schweigenden kanadischen Presse wieder Luft ...

Auch Kapitän Berndaner konnte sich über einige Unfreundlichkeiten in Presse und Fernsehen erregen: „So ein Schmarrn. Luft haben wir wie die anderen, mitspielen können wir auch, nur richtig clever sind wir noch nicht.“ Mit einem gesunden Erich Kühnhackl, „der als Persönlichkeit doch sehr fehlt“, hätte nach Höfners Überzeugung „sogar das Halbfinale erreicht werden können“. Der Rosenheimer: „Die anderen machen ihr Eis fürs Eishockey auch nur aus Wasser. Unsere Mannschaft hat das nur zu spät *gemerkt*.“

Höfner konnte sich zusammen mit Franz Reindl, seinem neuen Mitspieler beim SB Rosenheim, und dem Landshuter Helmut Steiger in der zweiten Sturmreihe am meisten über die eigenen Leistungen freuen: „Ich brauche einen Vollstrecker neben mir. Mir reicht's, die Torpässe zu geben. Mit dem Franz verstehe ich mich sowieso seit Jahren blind.“ Und der vierfache Torschütze Steiger, der in der erfolgreichsten Linie zusammen mit Höfner und Reindl zwölf der 20 deutschen Scorer-Punkte verbuchte, gab das Lob zurück: „Wir wissen genau, was wir wollen: offensives, schnelles Spiel. Ich selbst hatte hier gute Laune und viel Glück. Ich konnte die Augen zumachen, draufhauen, und drin war er.“

Mit offenen Augen machte er am Samstag das 1:1 gegen die Schweden, dem durch den Kölner Marcus Kuhl nur 68 Sekunden später das 2:1 folgte. Dann jedoch zeigte sich die mangelnde Cleverness und Konzentration der Deutschen, die den Ausgleich in zu großer Freude über das eigene Tor nur 32 Sekunden später durch Steen erlaubten und im *Schlußdrittel* nervlich schnell überfordert waren.

• • • ZAHLEN • • • ZAHLEN • • •

FUSSBALL

England, 1. Division (5. Spieltag): Arsenal London – Liverpool 3:1, Aston Villa – Chelsea 4:2, Everton – Coventry 2:1, Leicester – Ipswich 2:1, Luton – Southampton 1:1, Manchester – Newcastle 5:0, Queens Park – Nottingham 3:0, Sheffield – Tottenham 2:1, Sunderland – West Bromwich 1:1, West Ham – Watford 2:0. – **„DDR“-Oberliga,** 4. Spieltag: Rostock – Jena 0:0, Chemie Leipzig – Frankfurt 1:1, Riesa – Dynamo Ost-Berlin 0:2, Erfurt – Karl-Marx-Stadt 0:0, Brandenburg – Lok Leipzig 0:0, Aue – Suhl 2:0, Magdeburg – Dresden 0:2. – Tabellenspitze: 1. Dresden 19:2, 8:0, 2. Berlin 11:0, 8:0, 3. Frankfurt 5:2, 6:2.

ROLLHOCKEY

Bundesliga, Nachholspiel vom 9. Spieltag: Darmstadt – Walsum 5:3.

RUGBY

Bundesliga, 1. Spieltag, Gruppe Nord: Berliner SSV – Germania List 8:9, DSV Hannover – Linden 18:6.

TENNIS

Bundesliga, 7. Spieltag, Gruppe 1: München – Leverkusen 6:3, Neuss – Hamburg 7:2, Bamberg – Berlin 6:3. – Gruppe 2: Essen – Karlsruhe 5:4, Hannover – Mannheim 8:1, Stuttgart – Amberg 3:6. – **103. Offene US-Tennismeisterschaften** in Flushing Meadow, Damen-Einzel, Finale: Navratilova – Lloyd-Evert (beide USA) 4:6, 6:4, 6:4. – Herren-Doppel, Finale: Fitzgerald/-Smid (Australien/CSSR) – Edberg/Jarryd (Schweden) 7:6, 6:3, 6:3. – Junioren-Einzel, Halbfinale: Becker (Deutschland) – Gaxsün (Dänemark) 7:6, 3:6, 7:5, Kratzman (Australien) – Igaza (Peru) 6:3, 7:5; Finale: Becker – Kratzman 3:6, 6:7. – Herren-Einzel: Halbfinale: Lendl (CSSR) – Cash (Australien) 3:6, 6:3, 6:4, 6:7, 7:6, McEnroe – Connors (beide USA) 6:4, 4:6, 7:5, 4:6, 6:3.

REITEN

CHI in Donaueschingen, Großer Dressurpreis: 1. Stückelberger (Schweiz) Tansanit 1700 Punkte, 2. *Lange, Fashion 1658, 3. Theodorescu,* Lexikon und Gabriele Disterer (alle Deutschland) Paquito je 1571. – Preis der Nationen für junge Reiter: 1. Deutschland 8,25 Fehlerpunkte, 2. Irland 8,50, 3. England 12,25. – S-Springen: 1. Simon (Österreich) Landgräfing *4 Fehlerpunkte/ 38,10 Sek., 2. Mehlkopf* (Deutschland) Wabbs 4/39,25, beide im Stechen, 3. Johansson (Schweden) Hydro Screen 0,25/81, 74. – **CHIO in Calgary,** Preis der Nationen: 1. Deutschland 8,25 Fehlerpunkte (Huck auf Calando, Luther auf Livius, Sloothaak auf Farmer, Schockemöhle auf Deister), 2. Schweiz 12, 3. Kanada 20. – Präsidenten-Cup, Zwischenstand: 1. Deutschland und England je 36 Punkte, 3. Frankreich 32, 4. Schweiz 31.

EISHOCKEY

Canada-Cup nach dem 4. Spieltag: Deutschland – Schweden 2:4, Kanada – CSSR 7:2, UdSSR – USA 2:1. – Tabelle: 1. UdSSR 16:4, 8:0, 2. Kanada 20:12, 5:3, 3. USA 15:9, 5:3, 4. Schweden 11:14, 4:4, 5. CSSR 8:17, 1:7, 6. Deutschland 9:23, 1:7.

GOLF

Ladies German Open in Braunfels: 1. Hukе 74+70+75=219 Schläge, 2. Douglas (beide England) 72+76+74=222, 3. Conley (USA) 73+75+75=223 und Hast (Südafrika) 73+73+77=223, 5. Walker (England) 70+77+77=224, 6. Chudzinski (Deutschland) 77+72+76=225 und Nicholas (England) 73+74+78=225, Connachan (Schottland) 73+77+75=225 und Fernando (Sri Lanka) 77+73+75=225.

MOTORSPORT

Rallye Deutschland, achter von zehn Läufen zur deutschen Meisterschaft, Start und Ziel in Mainz: 1. Mikkola/-Geistdörfer (Finnland/Deutschland) Audi, 2. Demuth/Lux (Deutschland/-Belgien) Audi, 3. Beck/Bruder (Deutschland) Opel.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen: Kleve – Stuttgart 4:9, Jahn Soest – Stuttgart 1:9.

LEICHTATHLETIK

UdSSR-Meisterschaften in Donetzk: **Männer,** 400 m Hürden: 1. Budko 49,74 Sek. – 3000 m Hindernis: 1. Konowalow 8:29,65 Min. – Stabhoch: 1. Bubka 5,80 m, 2. Gataulin 5,65 (Junioren-Weltrekord). – Weit: 1. Lajewski 8,32, 2. Kobyljanski 8,28, 3. Samarin 8,26. – Kugel: 1. Kisseljow 21,34 m, 2. Gawrjuschin 21,22. – Diskus: 1. Kowzun 64,54, 2. Ubartas 64, 38, 3. Kolnootschenko 64,16. – Hammer: 1. Nikulin 78,80, 3. Litwinenko 77,58. – **Frauen:** 800 m: 1. Podkopajewa 1:59,51 Min., 2. Kasankina 1:59,58, 3. Minejewa 2:00,09. – 3000 m: 1. Sacharowa 8:39,07, 2. Guskowa 8:37,63, 3. Posdnjakowa 8:39,02. Diskus: 1. Sawinkowa 73,28 m (Landesrekord), 2. Muraschowa 67,30, 3. Kugajewskich 65,42. – ***Männer-Länderkampf*** Italien – CSSR in Cagliari, 100 m: 1. Tilli (Italien) 10,47 Sek. – Diskus: 1. Bugar 70,26 m, 2. Valent (beide CSSR) 66,44. – **Balkanspiele** in Athen, Männer, 400 m: 1. Kalogiannis (Griechenland) 45,90 Sek. – 400 m Hürden: 1. Tomov 49,54. – Frauen: 3000 m: 1. Puica (Rumänien) 8:46,19 Min. – Weit: 1. Ionescu 6,82 m, 2. Stanciu 6,70. – Kugel: 1. Loghin (alle Rumänien) 19,61.

JUDO

Bundesliga, Gruppe Nord, 6. Kampftag: TH Eilbeck Hamburg – SU Witten-Annen 2:16, JC 71 Düsseldorf – Asahi Bremen 12:5, JV Berlin – VfL Wolfsburg 2:15. Gruppe Süd: JC Rüsselsheim – JC Wiesbaden 14:2, TSV München-Großhadern – TV Malstatt-Saarbrücken 20:0, JC Freiburg – TSV Abensberg 7:11.

HOCKEY

Bundesliga, Herren: Gruppe Süd/-Berlin: Steglitzer TK – Stuttgarter Kickers 2:0, Berliner HC – Münchner SC 2:0, Steglitzer TK – Münchner SC 0:0, Berliner HC – Stuttgarter Kickers 1:3, Limburg – Heidelberg ausgefallen.

DIE TABELLE

1.Heidelberg	9	4	5	0	11:3	13:5
2.Berliner HC	10	4	4	2	13:10	12:8
3.Frankenthal	9	3	4	2	17:13	10:8
4.Limburg	9	4	2	3	14:13	10:8
5.Rüsselsheim	9	4	1	4	13:12	9:9
6.Stuttgart	11	3	3	5	10:18	9:13
7.Steglitz	10	2	4	4	7:9	8:12
8.Münchner SC	11	1	5	5	6:13	7:15

Gruppe Nord/West: Schwarz-Weiß Köln – Uhlenhorst Mülheim 2:1, Kahlenberger HTC – Rot-Weiß Köln aus*gefallen, Hannover – Gladbach 1:2, Le*verkusen – Club an Alster Hamburg 1:1.

DIE TABELLE

1.SW Köln	10	7	1	2	18:12	15:5
2.Gladbach	10	6	2	2	27:14	14:6
3.Mülheim	*10*	*5*	*3*	*2*	*23:12*	*13:7*
4.RW Köln	9	6	0	3	17:14	12:6
5.Leverkusen	10	3	3	4	19:22	9:11
6.Hannover	10	3	1	6	19:19	7:13
7.Hamburg	10	1	5	4	9:15	7:13
8.Kahlenberg	9	0	1	8	11:35	1:17

Damen, Gruppe Süd/Berlin: Stuttgart – Eintracht Frankfurt 0:0, München – Hanau 0:2, Brandenburg – Berlin 3:0. – Gruppe Nord/West: Krefeld – Köln 1:1, Hamburg – Braunschweig 1:1, Club Raffelberg – Leverkusen 1:1.

RADSPORT

Deutsche Derny-Meisterschaft (160 Runden = 40 km) in Büttgen, Finale: 1. Marx (Berlin)/Schrittmacher: Kruskopf 27 Punkte (39:35 Minuten), eine Runde zurück: 2. Schütz (Konstanz)/-Bauer 33, zwei Runden zurück: 3. K. Podlesch (Berlin)/Rephoff 19. – Aufgegeben: R. Podlesch (Berlin). – **Deutsche Bergmeisterschaft** der Amateure, Bergzeitfahren (7,3 km) von Obermeiselstein nach Grasgehren: 1. Schenk (Dortmund) 23:04 Minuten, 2. Pudelko (Nürnberg) 23:06,3. Freienstein (Nürnberg) 23:28, 4. Knauer (Nürnberg) 23:29, 5. Löwer (Freiburg) 23:39, 6. Gänsler (Wilflingen) 24:06, 7. Englert (Nürnberg) 24:23, 8. Bölts (Dortmund) 24:24, 9. Glockner (Ebringen) 24:39, 10. Winter (Stuttgart) 24:56.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 4, 28, 38, 40, 43, Zusatzzahl: 5. – **Spiel 77:** 9 7 4 2 2 6 8. – **Toto:** 1, 2, 2, 1, 2, 0, 1, 2, 2, 2, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 9, 4. – Rennen B: 32, 33, 24. (ohne Gewähr)

RALLYE

Kampf um WM-Lauf

sid/dpa, Mainz

Für die Sieger gab es den verdienten Beifall, für die Veranstalter Kritik. „Die Wertungsprüfungen waren teils zu kurz und teils nicht flüssig genug zu fahren“, sagte der finnische Weltmeister Hannu Mikkola, nachdem er die Rallye Deutschland, den achten Lauf zur deutschen Meisterschaft, das Pilotprojekt für den ersten WM-Lauf auf deutschem Boden, überlegen gewonnen hatte. „Die Wertungsprüfungen im Saarland waren nur der Abfall von dem, was für die Saarland-Rallye genommen wird“, sagte der Münchner Christian Geistdörfer, sonst Beifahrer des Regensburgers Walter Röhrl, der für die Rallye San Remo trainierte.

Die Kritik an dem dreitägigen Wettbewerb scheint das Ziel des veranstaltenden ADAC, erstmals einen WM-Lauf nach Deutschland holen zu können, in weite Ferne zu rücken. Vorschnell, wie Sportpräsident Wilhelm Lyding glaubt. Der 55jährige, seit Mai 1981 im Amt und derzeit gefordert, weil er im nächsten Mai zur Wiederwahl ansteht, kämpft bereits im dritten Jahr gegen die eigennützigen Einstellungen seiner Sportleiter in den 17 eigenständigen ADAC-Gauen. Doch Lyding sieht drei Möglichkeiten, beim internationalen Verband FISA die Genehmigung für das WM-Prädikat zu erhalten.

Zum einen könnte man die Rallye Deutschland wie bisher weiterführen. Zum anderen könnte die Hessen-Rallye, ein Europameisterschaftslauf, schwerpunktmäßig in die Rallye Deutschland einbezogen werden. Die dritte Möglichkeit ist die Einbeziehung der Hunsrück-Rallye. Denn dieser Wettbewerb gilt als die beste deutsche Rallye. Sie hat aus Sicht des ADAC nur einen Fehler: Sie steht unter der Oberhoheit des konkurrierenden Automobilclubs von Deutschland (AvD), der bereits die internationalen Formel-1-Weltmeisterschaftsläufe auf dem Hockenheimring und dem Nürburgring veranstaltet.

GALOPP / Der Favorit lief in Mülheim nicht

Bärenstarker Hengst Lirung riß sich vor dem Start los

K. GÖNTZSCHE, Mülheim/Ruhr

102 614 Mark wurden am Samstag im Hauptrennen auf der Galopp-Rennbahn am Raffelberg in Mülheim/Ruhr an die Wettkassen getragen. Nach dem Rennen mußte der Veranstalter 46 297 Mark zurückzahlen. Der hohe Favorit Lirung, ein Bruder des *Derby-Siegers Lagunas,* nahm am Rennen nicht teil. Die folgenschweren Ereignisse begannen an der Startmaschine. Jockey Georg Bocskai mußte zunächst unfreiwillig aus dem Sattel, aber geistesgegenwärtig hielt einer der Starthelfer den Hengst fest. Wenige Minuten später riß er sich doch los und rannte reiterlos um die Bahn. Championtrainer Heinz Jentzsch entschloß sich kurzfristig, den hoch eingeschätzten Hengst nicht laufen zu lassen.

Jockey Siggi Klein, der den imposanten Hengst häufiger im Training reitet: „Das ist schon ein komischer Geselle. Vor allem ist er bärenstark – und er scheint das auch zu wissen.“ Die Starthelfer versuchten das Muskelpaket mit einem schlichten Strick in die Boxe zu führen. Als Lirung nur einmal kräftig den Kopf bewegte, war der Strick aus den Händen entglitten.

Ohne Lirung war die für die geringe Dotierung von insgesamt 15 000 Mark ungewöhnlich qualitätsvoll besetzte Zweijährigen-Prüfung kein Problem für den Hengst Ephialtes, der mit Jockey Kevin Woodburn im Sattel die Siegprämie von 8800 Mark überlegen mit fast drei Längen Vorsprung gewann. Dollar Star und Agimo belegten die Plätze. Ephialtes wird in Krefeld vom ehemaligen Jokkey Josef Kappel trainiert, Besitzer ist der Wiener Kaufmann Egon Wanke, der seine Pferde unter dem Decknamen Stall Roma laufen läßt.

Das vierte und letzte Platzgeld des Berberis-Rennens fiel an die Stute Arctic Winter. Sie gehört dem größten Rennstall-Besitzer der Welt, Robert Sangster, der auf der Isle of Man seinen Wohnsitz hat. Sangster besitzt über tausend Pferde, drei davon werden in Köln von Bruno Schütz trainiert. Der Pferdeagent Rüdiger Alles (38) aus Neuss knüpfte die Kontakte zum Sangster-Vollblutimperium. Bislang hat die Deutschlandfiliale aber erst ein kleines Rennen durch Arctic Winter in Neuss gewonnen, die Stute Lusting soll aus dem Trio die beste sein.

Im ersten Rennen von Mülheim lief nach langer Verletzungspause wegen eines Griffelbeinbruchs auch wieder der achtjährige Wallach Trupper, für den Fußball-Nationalspieler Klaus Allofs als Besitzer verantwortlich zeichnet. Trupper wurde gleich Zweiter, Allofs verfolgte das Rennen mit einem Spezialradiogerät im Bremer Weserstadion. Trupper kam zwei Plätze vor Laila's King ins Ziel. Der Hengst von Regierungssprecher Peter Boenisch bekam dafür 400 Mark, Allofs kassierte 1600 Mark.

LEICHTATHLETIK / Kein Zehnkampf-Meister

Abbruch wegen des Regens Gesundheit ist wichtiger

sid, Düsseldorf

Zum ersten Mal in der Geschichte der Deutschen Mehrkampf-Meisterschaften gab es keinen neuen deutschen Zehnkampf-Meister. Die Titelkämpfe in Ahlen (Westfalen) mußten nach dem siebenten Wettbewerb wegen ständiger Regenfälle abgebrochen werden. Bundestrainer Wolfgang Bergmann: „Wir können die Gesundheit der Sportler bei solchen Bedingungen nicht aufs Spiel setzen.“ Eine Wiederholung des Zehnkampf-Wettbewerbes in diesem Jahr wird es ebenfalls nicht geben. Vor dem Abbruch hatte nach sieben Disziplinen der Paderborner Jens Schulze mit 5797 Punkten vor Michael Neugebauer (Mannheim/5707) und dem Olympia-Dritten Siegfried Wentz (Mainz/56..) geführt.

Auch in der Schlußphase dieser Leichtathletik-Saison gab es noch gute Resultate. So versuchte sich Weltmeister Sergej Bubka bei den sowjetischen Titelkämpfen in Donetzk an der Weltrekordhöhe von 5,95 m – vergeblich. Bubka siegte mit übersprungenen 5,80 m. Dahinter erzielte Radion Gataulin mit 5,65 m Junioren-Weltrekord.

In Catania (Frauen) und Cagliari (Männer) fanden zwei Länderkämpfe der Italiener gegen die CSSR statt. *Die CSSR-Frauen siegten mit 96:50,* Italiens Männer lagen nach dem ersten Tag mit 58:56 vorn. Weltmeister Imrich Bugar (CSSR) war mit 70,26 m im Diskuswerfen der überragende Athlet.

Bei den Frauen schleuderte Weltrekordlerin Zdenka Silhava (CSSR) den Diskus auf 67,98 m. Siege gab es für die CSSR-Weltmeisterinnen Helena Fibingerova (20,89 m im Kugelstoßen) und Jarmila Kratochvilova (52,36 über 400 m) sowie die italienische 1500-m-Olympiasiegerin Gabriella Dorio (4:05,45 Min.).

In Athen bei den Balkanspielen waren die bulgarischen Siege die herausragenden Ergebnisse. Die Männer siegten mit 181 Punkten vor Griechenland (134,5), die Frauen setzten sich mit 128 Punkten gegen Rumänien (118) durch. Niederlagen gab es dabei für zwei rumänische Olympiasiegerinnen.

Am gleichen Abend blieben beim Sportfest in London überragende Resultate aus. Der Meilenlauf (1609 m) mit dem marokkanischen Olympiasieger über 5000 m, Said Aouita, und Steve Cram, dem englischen Weltmeister über 1500 m, wurde zu einer Enttäuschung. Cram stürzte nach einem Zusammenprall mit seinem Landsmann Graham Williamson und dem kenianischen Läufer Mike Boit. Aouita gewann in mäßigen 3:55,43 Minuten. Cram: „So etwas kann immer mal passieren. Es ging alles so schnell, *plötzlich lag ich auf dem Boden.*“ Dreispringer Willie Banks (USA) erzielte mit 17,29 m das beste Ergebnis des Abends.

Ritt durch die Kulturgeschichte: „Nichts Neues unter der Sonne?“ im ZDF

Zu Mozartklängen sinkt die „Titanic“

Auf die große, die hohe Kunst angesprochen, sagt gar mancher gar zu gern: „Was geht sie mich an?“ Und hält sie für geistigen Sperrmüll. Oder für einen Zeitvertreib für höhere Töchter, um sie von Schlimmerem abzuhalten. Angesichts der Tatsache, daß nur etwa sieben Prozent der Zeitungsleser im Bundesdurchschnitt das Feuilleton wahrnehmen, kann man fast annehmen, daß die Mehrheit der Bevölkerung mit den höchsten Gütern der Kultur herzlich wenig anzufangen weiß und sie als hoffnungslos gestrig ansieht – Oper zum Beispiel. Man traut der „bürgerlichen“ Kultur nicht zu, zur Lösung der brennenden Probleme der Gegenwart beitragen zu können.

In einer vierteiligen Sendereihe des ZDF geht Joachim Kaiser der Frage nach, ob sich nicht doch manche Antworten für die Zukunft bereits in der Vergangenheit finden. „Nichts Neues unter der Sonne?“ – so lautet der Titel der Reihe.

Ein Ritt durch die Kulturgeschichte ist angesagt, ein assoziatives Mosaik von permanenten Problemen der abendländischen Kultur, das daraufhin abgeklopft werden soll, was es heute noch zu bieten hat, wo da – und wie – überzeitliche Probleme jenseits der Modetrends verhandelt werden.

Der Standpunkt scheint aber entschieden ästhetisch zu sein: Es geht weniger um eine praktische Nutzbarmachung zu kurzfristigen Problemlösungen, als vielmehr um den Nachweis, wie zu künstlerischer Form wurde, was damals wie heute die *Gemüter erregen kann, und wieso sich* daraus ein Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Gegenwart ergibt.

Die Präsentation soll nicht trok*ken-lehrhaft à la deutscher Lehr*kanzel sein, sondern in Form von Studiogesprächen und filmischen Dokumenten aufgelockert dargeboten werden. Das hat sicher für eine Reihe von Zuschauern auch Erinnerungswert,

Nichts Neues unter der Sonne? – ZDF, 22.05 Uhr

wenn da Mimen und Interpreten aus vergangenen Tagen wieder hervorgeholt werden.

Die erste Sendung steht unter dem Titel „Die Selbstentlarver“, und in ihr geht es um die Tatsache, daß wir dem *uralten Thema der Selbstentlarvung* nicht nur hinreißende Komödien, sondern auch tiefe Einblicke in die Abgründe der menschlichen Seele verdanken. Studiogast der ersten Sendung: Dietrich Fischer-Dieskau – eine überraschende Wahl, geht es doch um „König Ödipus“ und „Dr. Jekyll and Mr. Hyde“.

Die zweite Sendung hat den etwas merkwürdigen Titel „Der unaustilgbare Freiheitstraum“ und beschäftigt sich mit Schillers Räuber, Beethovens Fidelio und Dürrenmatts Frank V. Studiogast: Konstantin Wecker – *meldet sich da der nach*denkliche Normalbürger zu Wort?

Das Generationsproblem wird in der dritten Sendung behandelt: „Alte und Junge“ – von den Klassikern zu „Null Bock“. Antigone, Wallenstein, Endspiel und moderne Diskussionen – ein Studiogast ist nicht angekündigt (Kniff da wer? Und wenn ja: Wer?).

Zum Ende gibt es „Die Angst vor dem Ende“ – der Tod in der Kunst. Da steigen Hamlet und Faust wieder auf die Bühne des Lebens, und die „Titanic“ versinkt zur Musik aus der „Zauberflöte“ im Ozean von „Metropolis“. Studiogast Will Quadflieg, der deutsche Edelfaust vom Film, soll der Orpheus der Kultur sein und sie dem Hades des Vergessens entreißen.

Das sieht ein bißchen so aus, als käme da allerlei auf den Zuschauer zu. Aber so schlimm wird es schon nicht werden: Das Fernsehen hat im Kulturbereich allzu Anspruchsvolles bisher nicht zu bieten gehabt. Und eine Frage sei erlaubt: Theater gibt's und Film und Oper. Literarische Prosa kommt kaum vor, und bildende Kunst fehlt völlig. Dabei hat diese zum Thema viel eher etwas zu sagen gehabt als die anderen Kunstformen. Warum also diese Einschränkung?

GERHARD CHARLES RUMP

Ein Krümel Kunst: Das Kabarettistenduo C. Schlenger und H. Meilhamer

Als wär's ein Stück vom Valentin

Es ist nicht wahr, daß der Karl Valentin tot ist. Er sitzt zwar – wie der Dienstmann Alois des Kollegen Thoma – auf einer weiß-blauen Wolke, aber er kommuniziert fleißig mit zwei Münchner Brettl-Menschen, der Claudia Schlenger und dem Hanns Meilhamer. Woher sonst sollten diese beiden so genau wissen, wie man es *macht? Woher sollten die beiden den* wortwörtlichen Unsinn so herzhaft und so poetisch beim Wort nehmen, daß urplötzlich Sinn sich einschleicht, als wär's ein Stück von jenem da droben?

Sie singen einen bayerischen Blues, als sei diese musikalische Gattung in den Isar-Auen entstanden, sie singen von dem Kind, das seiner erstaunten Mutter beizubringen versucht, daß es ein Kuckuck sei, „I bin a Guckuck, Muatta!“, aber das Lachen kräuselt sich mehr und mehr zum nachdenklichen Schmunzeln, wenn nicht gar zur stillen Betroffenheit.

Der Meilhamer ist ein Kauz, gewiß, aber keiner, der das polternde Lachen liebt, keiner, der die Chance hätte, den Ruhpoldinger Fremdenverkehr mit Jodeln und anderen Stammesriten anzuheizen. So gesehen, ist er kein Bayer, doch um so mehr ist er einer. Genau so geht es seiner Partnerin, der Claudia Schlenger, die so raffiniert unscheinbar ist und ein ausge*pichter Profi, daß einem die Augen* übergehen, wenn sie mit ihrem Partner zu singen anhebt. Da wird der

Muatta, i bin a Guckuck – ARD, 22.00 Uhr

Spaß – der leichte sanfte, poetische – zu einem Krümel Kunst, obwohl man auch des großen Narren von der Au eingedenk bleiben sollte, der da mal *sinniert hatte:* „*Wenn man wos ko,* is's koa Kunst nimma, und wenn ma's net ko, is's erst recht koa Kunst.“

Wenn man etwas kann – die beiden, die im Hinterhoftheater des Münchner Wirtshauses am Hart auftreten, sie können es. Sie haben es gelernt. Der Hanns M. hat in Berlin (sic!) Theater- und Musikwissenschaft studiert, auch Politologie, wenn's beliebt. Nicht die oberbayerischen Dialektbühnen sind seine Heimat, sondern das nordbayerische Flachland, drum sein Dialekt – sanfter als die *urigen Rufe vom Bergfirn,* für uns notorische Flachländler aber auch verständlicher.

So ist es denn wahr und wirklich da: Ein Kabarett, das kritisch ist und *poetisch zugleich, professionell bis in* die letzte Geste – aber meilenweit entfernt von der Routine der Dauerbesetzer auf unseren Schirmen. So ist der Bayerische Rundfunk einerseits zu schelten, daß er die beiden uns so spät erst vorzeigt, andererseits aber: Wo kämen sie hin, wenn das gefräßige Fernsehen sie auf die Tageskarte setzen möchte!

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Tödliche Weltreise

Erika Molny hat Arthur Schnitzlers Erzählung „Der Mörder“ durch viele Einzelheiten angereichert, die so überzeugend wirken, als seien sie einem anderen Werk des österreichischen Arzt-Schriftstellers entliehen. *Gelegenheiten für solche Anleihen* hätte es genug gegeben, denn es handelt sich hier, wieder einmal, um die echt Schnitzlersche Geschichte von dem unbedenklichen jungen Mann aus besten Kreisen, der sich mit einem *süßen Wiener Maderl* abgibt und es nach kurzem intensiven Liebesglück wieder verläßt, weil eine gutbürgerliche Partie auf ihn wartet.

In **Der Mörder** (ARD) spielt sich die Sache auf eine besonders düstere Weise ab. Alfred (Dietrich Siegl) wagt Elise (Laura Morante) nicht einzugestehen, daß er schon um die Hand einer reichen Tochter angehalten hat. Daß der zukünftige Schwiegervater *ihm ein Jahr des Bedenkens auferlegt,* das er mit einer Weltreise ausfüllen soll, gibt ihm die Möglichkeit, indem er Elise mitnimmt, den Abschied lang hinauszuzögern, wobei ihm die kränkelnde Geliebte immer lästiger und die *bürgerliche* Braut immer verlockender erscheint. Schließlich hilft er Elises Herzattacken mit einer kräftigen Dosis nach.

Das Milieu der Jahrhundertwende hat der Regisseur Anton Reitzenstein mit großem Aufwand nachgeschaffen. Daß er zwei Lebemänner zum Besuch eines Hamburger Kabaretts mit makellosen Fräcken ausstattet, war vielleicht des Guten ein wenig zu viel, um so echter waren die Fiaker und die Zylinderhüte bei dem unvermeidlichen Duell im Morgengrauen, das statt ein älterer Anbeter die arme Kranke an ihrem mörderischen Liebhaber rächt.

HELLMUT JAESRICH

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 *Gott und die Welt*
10.50 April, April
Deutscher Spielfilm (1935)
12.10 Bilder aus Amerika
12.55 *Presseschau*
13.00 heute

ARD

15.00 Hänsel und Gretel
Puppenspiel der Kleinen Bühne nach einem Märchen der Brüder Grimm
15.50 Das feuerrote Spielmobil
16.00 Tagesschau
16.10 10° östlicher Länge
Schnurstracks durch die Bundesrepublik
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
Letzter Teil: Der Schatz
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Götter stiehlt man nicht
Auf Robin Masters' Grund soll eine Versteigerung stattfinden, auf deren Gegenstände Detektiv Magnum ein Auge werfen soll, damit sich Diebe nicht schon vorher bedienen.
21.00 Nur ein Viertelstündchen
21.15 Moskau City
Reportage von Lutz Lehmann
Keinen Kilometer entfernt von den breiten Straßen und Plätzen rund um den Kreml, gleich hinter dem Bolschoi-Theater, rücken die Häuser zusammen, wälzt sich der Fußgängerstrom über schmale Gehsteige. *Hier ist immer noch ein fast* unverfälschtes Viertel des alten Moskau zu entdecken.
22.00 Muatta, i bin a Guckuck
Danebengelegte Eier
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Junge mit der Rikscha
Chinesischer Spielfilm (1982)
Buch und Regie: Ling Zifing
Der junge Chinese Xiangzi führt im Peking der zwanziger Jahre das harte Leben eines Rikscha-Kulis. Gegen seinen Willen heiratet er die ältere Hunlu, die ihm vorgemacht hat, sie erwarte ein Kind von ihm. Die Ehe bringt beiden kein Glück.
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Musikdose
6. Teil: Komponieren
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 *Im Reich der wilden Tiere*
Die Welt der Schwimmfüßer
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die indonesische Gruppe „Vocalista Sonora“ und Bernhard Brink mit „Janiana“
17.50 SOKO 5113
Die Spur führt nach Sardinien
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Freie Fahrt mit Hindernissen
Urlaubserfahrungen an europäischen Grenzen
Von Horst Keller und Udo Philipp
Genau rechtzeitig zu Urlaubsbeginn vereinbarten Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl, die 32 deutsch-französischen Grenzübergänge zu öffnen. Doch wie sieht die Realität heute aus?
20.15 Karl May: Winnetou III
Deutsch-jugoslawischer Spielfilm (1965)
Mit Lex Barker, Pierre Brice, Ralf Wolter u. a.
Regie: Harald Reinl
21.45 heute-journal
22.05 Nichts Neues unter der Sonne?
Vierteilige Sendereihe von Joachim Kaiser
1. Teil: Selbstentlarver
Studiogast: Dietrich Fischer-Dieskau
22.50 Eugenie Marlitt und die Gartenlaube
Geschichten um eine alte Illustrierte
Im Januar 1853 erschien die erste Ausgabe der „Gartenlaube“, *einer gemäßigt-fortschrittlichen Illustrierten, die man als Vorläufer un*serer heutigen Familienzeitschrift bezeichnen kann.
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht - *Gefunden*
21.45 *Ein unheimlich starker Tänzer*
Pina Bauschs Tanztheater.
22.15 Vier Frauen – vier Leben
23.45 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
19.00 Bauen und Bewahren (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Das alternative Risiko
Wie Aussteiger als Unternehmer einsteigen
21.00 Das Montagsthema
Die geplante Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
22.00 Point Blank
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Lee Marvin, Angie Dickinson u. a.
Regie: John Boorman
23.30 Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 100 Jahren: Frankreich schenkt Amerika die Freiheitsstatue
20.35 Das Auto der späten 80er Jahre
21.20 Mad Movies
21.45 Lindau: Bayerische Insel im Schwäbischen Meer
22.30 Soap – oder Trautes Heim
22.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (10)
22.50 Task Force Police
23.40 Rundschau

Bonn: Erinnerung an Vertreibung wachhalten

Minister Windelen beim „Tag der Heimat" in Berlin

DW. Berlin/Bonn

Zur Erinnerung an den Beginn der Vertreibung von Deutschen im Jahre 1945 will die Bundesregierung im nächsten Jahr eine Reihe von Vorhaben fördern. Vieles, was damals geschehen sei, sei öffentlich nicht bekannt, vieles noch nicht aufgearbeitet, sagte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, gestern auf der Kundgebung zum „Tag der Heimat" in Berlin. Doch gehöre diese Zeit zur deutschen Geschichte und dürfe nicht übergangen oder gar vergessen werden.

Die Bundesregierung werde sich bemühen, „dieses Jahr der Erinnerung" durch die Förderung von Vorhaben der Vertriebenen zu würdigen, „damit sich nicht wiederholt, was nie hätte geschehen dürfen". Das „traurige Jubiläum" 1985 könne die Möglichkeit geben, die damaligen Ereignisse unter heutigem Blickwinkel darzustellen und einer breiten Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. „Wir tun das nicht, um aufzurechnen, Zwiespalt und Haß zu säen, sondern um Brücken zu bauen über eine unselige Vergangenheit", sagte der Minister. In der Vergangenheit war die Veröffentlichung aus Dokumentationen über die Vertreibungsgeschehnisse auf scharfe Kritik kommunistischer Regierungen im Osten gestoßen. Moskau, Warschau und Prag hatten solche Darstellungen dem Kapitel „Revanchismus" zugeschlagen.

Keine Gebietsansprüche

Windelen versicherte auf der Vertriebenen-Kundgebung, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Gebietsansprüche gegen irgendjemanden habe und solche auch in Zukunft nicht erheben werde. Sie betrachte die heutigen Grenzen in Europa als unverletzlich und werde dies auch künftig tun. Zugleich wies der Minister auf den Standpunkt der Bundesregierung hin, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedlichen Regelung für Deutschand aufgeschoben sei. Den Vorwurf des Revanchismus wies Windelen entschieden zurück. Die Regierung habe unmißverständlich klar gemacht, „daß wir im Recht auf Selbstbestimmung den politischen und moralischen Kern der nationalen deutschen Frage erblicken".

Unbekannte hatten nach Angaben der Polizei versucht, die Veranstaltung in Berlin zu stören. Sie hätten in das Belüftungssystem der Semering-Sporthalle in Charlottenburg eine „übelriechende Flüssigkeit" geschüttet, bei der es sich vermutlich um Buttersäure gehandelte habe. Der Polizeischutz sei erheblich verstärkt worden.

Kreml attackiert Kanzler

Bundesaußenminister Genscher wies zum „Tag der Heimat" auf die besondere Verantwortung der Deutschen für eine friedliche Zukunft in Europa hin. Er hob den Gedanken einer „gemeinsamen Heimat Europa für alle Europäer" hervor. Der Vizepräsident des Bundesverbandes der Vertriebenen, Herbert Hupka (CDU), erklärte: „Die Heimat, aus der die Deutschen gewaltsam vertrieben worden sind, ist nicht eine verlorene oder ehemalige Heimat, sondern ist geraubte Heimat." Auf einer Veranstaltung in Bad Mergentheim forderte Hupka, „ganz Deutschland in allen seinen Teilen" müsse wieder eine Selbstverständlichkeit werden. „Die deutsche Frage ist offen."

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" warf Bundeskanzler Kohl gestern vor, durch seine Teilnahme an der Veranstaltung zum „Tag der Heimat" in Braunschweig, die „Anführer der revanchistischen Organisationen" zu neuen Aktionen angestachelt zu haben. Die „Prawda" nahm Anstoß daran, daß bis zum 21. Oktober 200 Kundgebungen zum „Tag der Heimat" geplant seien. Der Artikel trägt die Überschrift „Die vom Kanzler Inspirierten". Darüber stellte die „Prawda" eine Karikatur, in der dargestellt wird, wie ein Arbeiter einer Amtsperson der Bundesrepublik Deutschland „schriftliche Beweise" über die „Verbrechen der Neonazisten" überreicht. Als der Arbeiter wieder den Raum verläßt, zeichnet die Amtsperson – so die Karikatur – sichtlich zufrieden ein dickes Hakenkreuz auf die „Beweise". Der Text dazu: „Trotz der Beteuerungen Bonns, es gebe keinen Revanchismus in der Bundesrepublik, nehmen die neonazistischen Organisationen zu."

Auch „DDR" spricht von Revanchismus

SPD-Politiker für Eingehen auf SED-Forderungen / Reddemann: Honecker kann nach Bonn kommen

DW. Bonn/Berlin

Die bisher vornehmlich von Moskau, Warschau und Prag ausgehenden „Revanchismus"-Vorwürfe gegen die Politik der Bundesregierung sind jetzt auch von der „DDR" aufgenommen worden. Bislang hatten sich die mitteldeutschen Medien in dieser Frage auf die Wiedergabe von Kommentaren aus anderen kommunistischen Ländern beschränkt. Die „Revanchismus"-Beschuldigungen gingen vor allem bei Ministerpräsident Willy Stoph und einigen anderen SED-Politbüromitgliedern etwas weiter als bei Parteichef Honecker selbst.

Honecker hatte in seinem Beitrag vom vergangenen Donnerstag in der SED-Zeitung „Neues Deutschland" aus Anlaß des 35. Jahrestages der „DDR"-Gründung geschrieben, die „DDR" habe konsequent all die Jahre den Versuchen der „Rechtskräfte" entgegengewirkt, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Frage zu stellen. Honecker: „Der Kampf für die erfolgreiche Entwicklung der DDR in 35 Jahren war stets ein Kampf zur Zurückdrängung des Revanchismus." Stoph ging ebenfalls 35 Jahre zurück und meinte, die Alleinvertretungspolitik des „deutschen Imperialismus" sei am 21. Oktober 1949 durch Adenauer verkündet worden, der erklärt habe, die Bundesrepublik sei die alleinig legitimierte staatliche Organisation, die befugt sei, für das deutsche Volk zu sprechen. „Diese revanchistische, dem Völkerrecht widersprechende Linie wurde bis heute nicht aufgegeben – auch wenn die BRD Anfang der 70er Jahre gezwungen war, in den Verträgen mit der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der CSSR und dem Grundlagenvertrag mit der DDR den Realitäten in Europa in bestimmtem Maße Rechnung zu tragen", heißt es in dem Artikel Stophs in der Zeitschrift „Einheit".

Der Artikel wurde vom „Neuen Deutschland" übernommen. Stoph meinte, die von der „DDR" beklagte Haltung finde ihren Ausdruck in der Nichtrespektierung einer Staatsbürgerschaft der „DDR" „und anderen, der Vernunft, den historischen Gegebenheiten sowie dem Geiste des Grundlagenvertrages widersprechenden Positionen".

Auf einer Kundgebung in Ost-Berlin erhob der Präsident der „Volkskammer", Horst Sindermann, den Grundsatz, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe, in den Rang einer Staatsdoktrin der „DDR". Gleiches gelte aber leider nicht für den anderen deutschen Staat, sagte Sindermann.

In Bonn fand die Bestätigung der Meldung große Beachtung, daß Honecker bei einer Reise in die Bundesrepublik Deutschland von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Villa Hammerschmidt empfangen werden soll. Der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Gerhard Reddemann (CDU), hatte in der „Süddeutschen Zeitung" erklärt: „Der deutsche Staatsbürger Honecker kann die deutsche Stadt Bonn ohne weiteres besuchen." Für Honecker gelte die Freizügigkeit. Reddemann sagte der „Bild am Sonntag" ferner zum politischen Spielraum des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden: „Ich würde derzeit auf Erich Honecker keine besonders hohe Summe verwetten."

Führende SPD-Politiker forderten die Bereitschaft, auf Gespräche über die umstrittenen Forderungen der „DDR" einzugehen. SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski vertrat wie Egon Bahr die Auffassung, daß Bonn mit Ost-Berlin auch über die Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft, die Elb-Grenze und die Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" sprechen sollte.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bekräftigte seine These, daß eine Deutschlandpolitik, die konstruktiv und positiv sein wolle, sich auch zur sowjetischen Seite hin absichern müsse. Im „Spiegel" antwortete Brandt auf die Frage, ob die Sowjets Honeckers Reise verhindert haben: „Das stimmt so nicht ganz; ich halte es für übervereinfacht."

SED-Chef Honecker ist nach Informationen von „Bild am Sonntag" bei der Besprechung seiner geplanten Reise im SED-Politbüro isoliert gewesen. Auch die als Honecker-Vertraute eingeschätzten Spitzenfunktionäre Günther Mittag und Egon Krenz hätten sich dagegen ausgesprochen.

Moskau schweigt weiter zu der Ablösung Ogarkows

AFP, Moskau

Ohne offizielle Erklärung blieb am Wochenende noch immer die Ablösung des Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte, Marschall Nikolai Ogarkow. Osteuropäische Militärs bestätigten unterdessen unter Berufung auf sowjetische Kollegen, daß Ogarkow „kaltgestellt" worden sei. Darüber hinaus handle es sich um eine „Angelegenheit von außergewöhnlicher Wichtigkeit", vergleichbar mit der Nominierung Konstantin Tschernenkos zum Parteichef nach dem Tode Andropows.

Es müsse „sehr schwerwiegende Gründe" geben, um einen Mann wie Ogarkow, der seit Jahren von der Partei- und Staatsführung gestützt werde, aus dem Amt zu nehmen, betonten unterrichtete Kreise in Moskau. Ogarkow war am Donnerstag durch seinen bisherigen Stellvertreter Marschall Sergej Achromejew abgelöst worden, ohne daß ihm, wie sonst üblich, ein neuer Verantwortungsbereich zugewiesen worden wäre.

„Differenziert und flexibel"

Eagleburger: Westen kann Lage Osteuropas verbessern

AFP, Washington

Die Regierungen in Osteuropa seien sich darüber im klaren, daß der Westen zur Verbesserung ihrer Lage beitragen könne, erklärte der Staatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Lawrence Eagleburger, im Zusammenhang mit der Absage des Besuchs des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker.

In einem gestern von der „Washington Post" veröffentlichten Interview sagte Eagleburger, durch die Annullierung werde der Prozeß zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen nicht unterbrochen, jedoch verlangsamt werden. Der Kreml habe immerhin mehrfach intervenieren müssen, ehe es ihm gelungen sei, diesen Besuch zu verhindern.

Die USA könnten ihrerseits die ständige Abhängigkeit Osteuropas von der Sowjetunion nicht akzeptieren, weil dies den seit Jahren verfolgten Prinzipien der amerikanischen Außenpolitiker widerspräche. „Wir glauben, daß die Osteuropäer das Recht haben, über ihr Schicksal zu entscheiden." Eagleburger erinnert an die Tatsache, daß die verschiedenen amerikanischen Regierungen seit Jahrzehnten ihre Politik in Osteuropa, nach der jedes Land unabhängig und auf verschiedene Weise behandelt werde, durchgehalten hätten. Polen sei der Beweis für den Erfolg dieser Politik der „Differenzierung und Flexibilität", während die sowjetische Politik „ein monumentaler Mißerfolg" sei.

Für Osteuropa sagte Eagleburger „bedeutende Veränderungen" voraus, die sich, wenn auch nicht in den nächsten Jahre, so doch in den nächsten Jahrzehnten, vollziehen würden. Die kritische Frage sei, so Eagleburger, in welchem Maß die Sowjets bereit seien, diese Änderungen zu akzeptieren.

In dem Interview bekräftigte Eagleburger die These, daß die meisten Staaten Westeuropas und ganz Osteuropa – „und gewiß die Sowjetunion" – über ein geteiltes Deutschland zufriedener sind".

Lafontaine: Vorwurf des Revanchismus ist nicht sinnvoll

dpa, Moskau

Der saarländische SPD-Vorsitzende Lafontaine hat in Gesprächen mit Politikern in Moskau die Revanchismus-Kampagne der UdSSR gegen die Bundesrepublik Deutschland als „nicht sinnvoll" kritisiert. Gleichzeitig verstehe er aber das „Aufkommen von Ängsten" in der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Revanchismus, sagte Lafontaine in Moskau der Deutschen Presse-Agentur.

Bei seinen Gesprächen sei es vor allem um die Frage gegangen, inwieweit sich die Verhärtung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses auch auf die deutsch-sowjetischen und indirekt auf die deutsch-deutschen Beziehungen auswirkten. Seine Befürchtungen, daß die UdSSR ihre Beziehungen auch zu den westeuropäischen Staaten reduzieren wolle, hätten sich nicht bestätigt. Über die sowjetische Position zur Frage des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik habe er allerdings keine Auskunft bekommen.

Will Prag den Rumänen schaden?

C. GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Darstellung tschechoslowakischer Medien – vor allem des Prager Fernsehens –, wonach erstmals rumänische Truppen an den gegenwärtig in der CSSR abgehaltenen Herbstmanövern des Warschauer Pakts teilnehmen, wird von politischen Beobachtern angezweifelt. Es handele sich möglicherweise um eine „Desinformation".

Neutrale Militärexperten gaben zu verstehen, von einer Beteiligung geschlossener rumänischer Verbände an den Manövern sei bis jetzt nichts zu bemerken. Das Prager Fernsehen zeigte als Illustration seiner Behauptung lediglich ein halbes Dutzend Personen in rumänischen Offiziersuniformen, die sich offenbar in der Tschechoslowakei aufhalten. Zu Beginn des Manövers hatte der rumänische Rundfunk gemeldet, die rumänische Armee nehme lediglich mit „Mitarbeitern der Stäbe" an der Übung des Warschauer Pakts teil.

Rumänien verweigert seit vielen Jahren die Entsendung eigener Truppen zu Pakt-Manövern, es läßt auch solche Manöver auf rumänischem Territorium nicht zu. Als Kompromiß wurden seither rumänische Offiziere entsandt, die an den Übungen auf Stabsebene beteiligt sind.

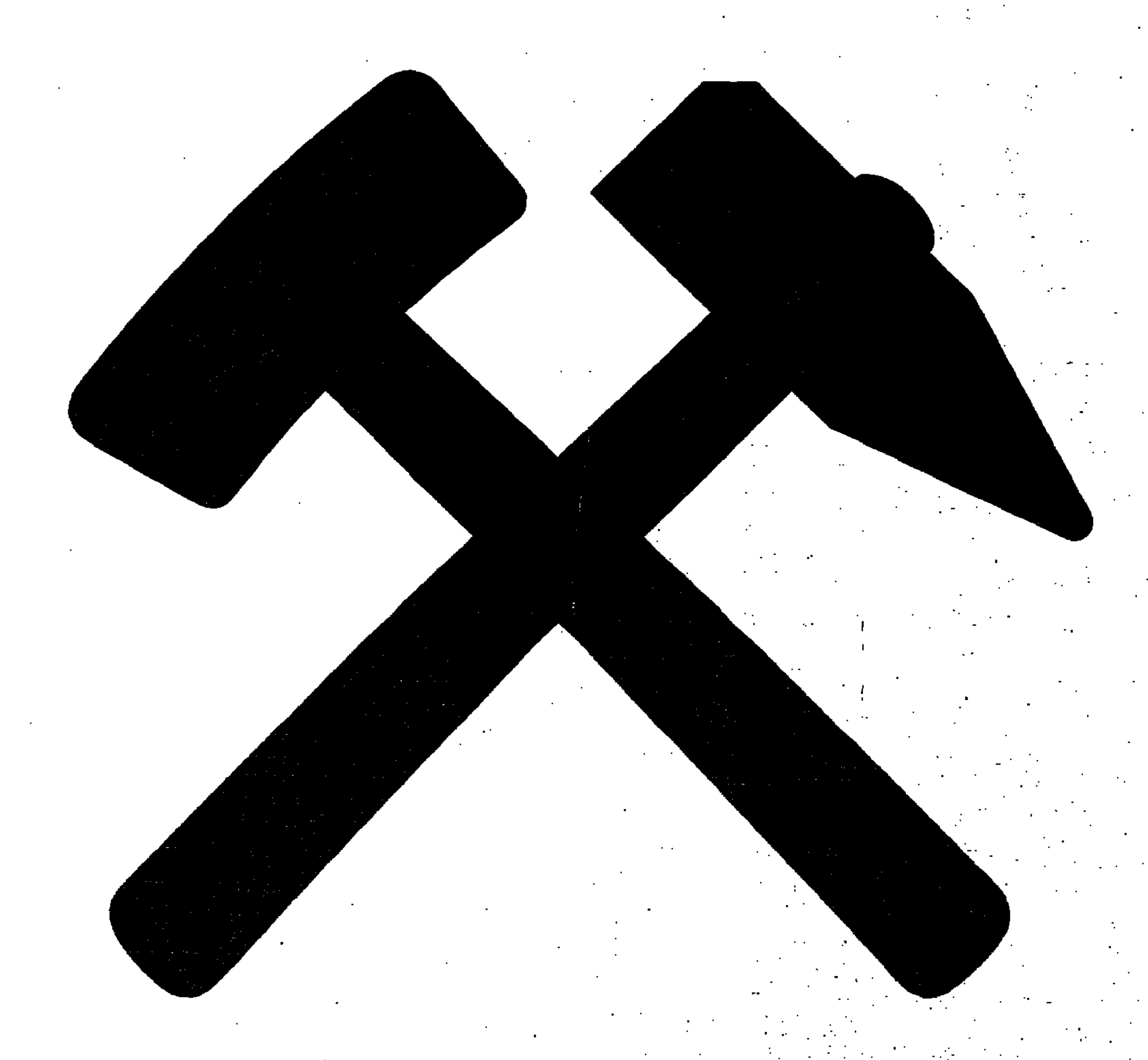
Bereits vor zwei Jahren haben offensichtlich interessierte Kreise des Ostblocks versucht, durch eine auch in westlichen Medien lancierte Desinformation etwas Ähnliches vorzutäuschen.

Anläßlich der Warschauer-Pakt-Manöver in Bulgarien 1982 meldeten gleichfalls tschechoslowakische und danach auch bulgarische Quellen, „rumänische Soldaten" seien zur Teilnahme an den Übungen eingetroffen. Später stellte sich heraus, daß diese „Soldaten" die üblichen Stabsoffiziere mit ihrem Hilfspersonal waren, nicht aber rumänische Kampfeinheiten.

Osteuropäische Kreise sind der Auffassung, daß mit solchen Desinformationen dem Prestige Rumäniens im Westen geschadet werden soll – wobei indirekt wohl auch der geplante Besuch von Partei- und Staatschef Ceausescu in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen dürfte. Zugleich solle auf diese Weise ein weiterer Druck auf Bukarest ausgeübt werden.

Die Steinkohle informiert:

Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.



Von den klassischen Energie-Rohstoffen gehört die Zukunft der Kohle: 75 % der Energie-Vorräte der Erde sind Kohle, der Rest Erdöl und Erdgas.

Steinkohle ist die große heimische Energie, die uns unabhängig macht: Sie kommt auf kurzen Wegen statt aus langen Pipelines. Sie kommt von Ruhr und Saar, aus Aachen und Ibbenbüren.

Hunderttausende von Beschäftigten – direkt oder indirekt mit der Steinkohle verbunden – leisten einen wesentlichen Beitrag zu unserer Volkswirtschaft.

Steinkohle hat den größten Anteil an unserer Stromversorgung, sie ist die heimische Rohstoff-Basis der Stahlindustrie. Damit ist die Steinkohle ein Lebensnerv unserer Wirtschaft.

Weil Steinkohle unsere große Energie ist, haben wir unablässig in ihre Entwicklung investiert:

Neue Feuerungstechniken haben die Steinkohle noch ergiebiger und damit wirtschaftlicher gemacht. Die Brennstoffkosten anderer Energien sind deutlich höher: Am Standort der Steinkohle – z. B. im Ruhrgebiet – sind andere Energien bis zu 50 % teurer. Aber auch in größerer Entfernung – z. B. in Mannheim – ist der Preisvorteil der Steinkohle immer noch erheblich.

Technik hilft uns, die Umwelt zu schützen: Unsere Steinkohle-Kraftwerke werden mit modernsten Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgestattet. Sie erfüllen damit die höchsten Anforderungen des Umweltschutzes und sind beispielhaft in Europa.

Denken Sie an dieses Vorbild an Energie, wenn Sie Ihre Energieversorgung planen: An die sichere, saubere, preiswerte Steinkohle.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle", Glückauf-Haus, 4300 Essen 1.



BMZ 1/84

Eigene Importflut?

adh. – Zu einem beachtlichen Teil lebt die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie von einem freien Außenhandel. Vor allem die Erfolge auf Auslandsmärkten sorgen bei der mittelständisch geprägten Branche für die sich abzeichnende Aufwärtsbewegung. Denn die Absatzbelebung im Inland zu Beginn dieses Jahres hat sich zunächst als nicht haltbar erwiesen. Die deutschen Anbieter mußten die Belebung am heimischen Markt mit den sehr rasch nachdrängenden Importen teilen; der im ersten Halbjahr dieses Jahres um fast ein Fünftel angestiegene Einfuhrüberschuß signalisiert deutlich den Trend.

Daß dieser Druck, von der Textil- und Bekleidungsindustrie immer wieder als Ursache für Schwierigkeiten der Branchen angeführt, nicht ganz unbesehen als Faktum hingenommen werden sollte, belegt eine jetzt bekannt gewordene HWWA-Studie. Zwar zeigt sie deutlich, daß die heimische Textil- und Bekleidungsindustrie nicht an der Flut der drückenden Billigimporte mitwirkt. Sie bezieht überwiegend bessere Qualitäten aus dem Ausland. Aber annähernd 30 Prozent der gesamten Textil- und Bekleidungsimporte tätigt die Industrie danach selbst.

Auch die deutschen Hersteller wissen also die Möglichkeit, im Ausland kostengünstiger zu fertigen oder einzukaufen und so dem eigenen Umsatz zu mehr Ertragspotential zu verhelfen, zu schätzen. Schmähen sollte sie deshalb niemand. Die Möglichkeit dazu hat in der Schwächeperiode der Textilindustrie manchem Unternehmen das Überleben und somit auch Arbeitsplätze gesichert.

Ladies first

Py. – Ein Trend verfestigt sich von Jahr zu Jahr zu einer handfesten Entwicklung: Immer mehr Mädchen lassen sich in sogenannten Männerberufen ausbilden. Das frühere Vorrecht, daß Männer und nicht Mädchen mit der Kelle auf dem Bau oder mit dem Pinsel auf der Leiter stehen, ist durchbrochen. Von Schreibtischen, Theken und Friseurstühlen streben sie in gewerblich-technische Bereiche. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß auch mancher Jüngling auf Frauenberufe umsteigt, weil sein Traumberuf unerreichbar erscheint, sicher aber auch, daß sich selbstbewußte junge Damen äußerlich wie intellektuell besser „verkaufen" als die Herren der Schöpfung. Noch wenig untersucht ist, wieso die Damen bei den späteren Prüfungen auch in „typischen" Männerberufen besser abschneiden als ihre männlichen Kollegen. Gesunder Ehrgeiz spielt sicher eine Rolle. Nicht auszudenken, wenn auch später größere Gewissenhaftigkeit und besseres handwerkliches Können vor manche männliche Fehlleistung geht. Ladies first!

KREDITE / Öffentliche Haushalte entschulden sich – Eine Commerzbank-Analyse

Wirtschaftsbelebung hinterläßt auch im Darlehensgeschäft ihre Spuren

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Kreditnachfrage der Unternehmen und Selbständigen (ohne Wohnungsbau) wächst stärker, als die globale Kreditstatistik auf den ersten Blick vermuten läßt. Diese Gruppe hat im ersten Halbjahr 1984 mit acht Milliarden Mark fast dreimal soviel Kredite aufgenommen wie in der ersten Vorjahreshälfte und fast viermal soviel wie im ersten Halbjahr 1982. Die wirtschaftliche Belebung hinterläßt im Firmenkreditgeschäft also doch Spuren, besonders nach der streikbedingten Beruhigung im Juni.

Darauf weist die Commerzbank in einer Analyse der Kreditentwicklung im ersten Halbjahr hin, die sich auf statistische Quellen der Bundesbank stützt. Allerdings kann nach Einschätzung der Bank von einer überschäumenden Entwicklung des Firmenkredits noch keine Rede sein. Die Unternehmen hätten ihre Euromarktverschuldung nur noch leicht um 2,1 Mrd. erhöht nach 3,3 Mrd. Mark im ersten Halbjahr 1983 und 9,8 Mrd. Mark im ersten Halbjahr 1982. Außerdem bleibe die Kreditexpansion noch hinter dem Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen zurück.

Dafür könnten, so die Commerzbank, drei Erklärungen gefunden werden. Erstens eine verstärkte Außenfinanzierung über Aktienemissionen. Zweitens eine geringere Aufstockung der Geldvermögensbestände der Unternehmen, eine Vermutung, für die der Rückgang kurzfristiger Termingelder spreche. Drittens eine hohe Eigenfinanzierung aus dem reichlich sprudelnden Cash-flow. Zudem müßten steigende Investitionen jetzt wieder verstärkt mit Bankkrediten finanziert werden, weil, wie der gegenüber dem ersten Halbjahr 1983 von elf auf nur noch gut drei Prozent verminderte Anstieg der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen vermuten läßt, das Tempo der Gewinnverbesserung langsamer geworden ist.

Nicht mehr fortgesetzt hat sich die 1983 in Gang gekommene Umschuldung von kurz auf lang. Der Zuwachs war vielmehr bei den kurzfristigen Krediten mehr als zweieinhalbmal so hoch wie wie bei den langfristigen, worin sich, wie die Commerzbank schreibt, die Hoffnung auf noch weiter sinkende Zinsen spiegelt. Die Bank rechnet aber damit, daß sich das Wachstumstempo lang- und kurzfristiger Kredite wieder annähert, weil der in der Hochzinsphase aufgestaute Umschuldungsbedarf noch längst nicht abgebaut ist und die Investitionsfianzierung gegenüber der Betriebsmittelfinanzierung wieder in den Vordergrund rücken dürfte. Wegen der nachlassenden Kreditnachfrage des Handels zur Finanzierung von Vorratsinvestitionen erwarten die Commerzbank-Volkswirte eine allmähliche Schwerpunktverlagerung des Firmenkreditgeschäfts auf die Industrie.

In ihrer Analyse stellt die Commerzbank eine Entwicklung heraus, die nur von den Profis, aber überhaupt noch nicht von der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird: Die öffentlichen Haushalte haben in der ersten Jahreshälfte drei Mrd. Mark mehr Bankkredite getilgt als neu aufgenommen. Darin spiegelt sich einerseits die Haushaltskonsolidierungspolitik, aber auch die Bevorzugung der Mittelaufnahme am Kapitalmarkt.

Die Nettorückzahlung von Bankkrediten durch die öffentliche Hand trug dazu bei, daß die Kredite an inländische Nichtbanken nur noch um 25,6 Mrd. Mark und damit um zwei Mrd. weniger stiegen als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Bankkredite an den privaten Sektor allein wuchsen um 28,5 Mrd. Mark, eine Größenordnung, die um schätzungsweise vier Mrd. Mark zu niedrig sein dürfte, weil die Abschreibungen und Wertberichtigungen der Kreditwirtschaft nur zum Teil statistisch berücksichtigt werden.

Bei den Konsumentenkrediten, auf die 1983 verstärkt ebenso wie auf Ersparnisse zur Finanzierung langlebiger Konsumgüter zurückgegriffen wurde, erwartet die Commerzbank, daß sie langsamer wachsen als im Vorjahr. Auf den Wohnungsbau entfiel bis zur Jahresmitte zwar mit 15 Mrd. Mark noch mehr als die Hälfte der zusätzlichen Ausleihungen an den privaten Sektor, weil 1983 zugesagte Kredite jetzt in Anspruch genommen wurden.

VERKEHRSAUSGABEN

Der Haushaltsentwurf sieht höhere Investitionen vor

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Talfahrt der Investitionen im Verkehrsbereich ist überwunden. Für Verkehrsminister Werner Dollinger ist dieses das bedeutendste Ergebnis der Finanzplanung für die nächsten Jahre. Nach dem Haushaltsentwurf, der in dieser Woche im Bundestag in erster Lesung beraten wird, sollen die Verkehrsinvestitionen um 690 Millionen auf 12,3 Milliarden Mark steigen.

Da diese Zunahme höher ausfällt als der Zuwachs des gesamten Verkehrsetats, der um 2,1 Prozent auf 25,2 Milliarden Mark ansteigen soll, erhöht sich die Investitionsquote im Dollinger-Etat von 47,1 auf 48,8 Prozent 1985. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung soll sie bis 1988 auf mehr als 49 Prozent zunehmen. In den siebziger Jahren lag die Quote jedoch über 50 Prozent.

Die Deutsche Bundesbahn bildet mit einer Aufstockung der Investitionsansätze um 500 Millionen Mark im nächsten Jahr, 600 Millionen 1986 und 800 Millionen 1987 für den Verkehrsminister einen Schwerpunkt. Allerdings bleiben diese Beträge hinter den Erwartungen der Bahn zurück. Insgesamt sind für die Bahn im nächsten Jahr Zuschüsse von 13,1 Milliarden Mark vorgesehen. Davon entfallen 3,4 Milliarden auf Investitionszuschüsse, wovon zwei Milliarden für den Streckenausbau vorgesehen sind.

Dadurch soll erreicht werden, daß die beiden Neubaustrecken Hannover–Würzburg und Mannheim–Stuttgart in einer Gesamtlänge von 426 Kilometern bis 1991 in Betrieb genommen werden können. Die rund 1000 Kilometer Ausbaustrecken sollen bis 1986 fertig werden. Damit sind nach Ansicht Dollingers von seiten des Bundes die Weichen für den Aufbau eines leistungsfähigen Streckennetzes und die Beschaffung modernster umweltfreundlicher Technik gestellt. Dies werde dazu beitragen, daß sich die Bahn in den neunziger Jahren im Wettbewerb der Verkehrsträger behaupten kann.

Um 150 Millionen Mark gegenüber der Finanzplanung sollen auch die Investitionsmittel für den Ausbau der Bundesfernstraßen, für die in den nächsten Jahren jeweils fünf Milliarden Mark vorgesehen sind, aufgestockt werden. Bei den Maßnahmen an den Bundesautobahnen steht der sechsstreifige Ausbau hochbelasteter Strecken im Vordergrund.

Die Investitionen für die Bundeswasserstraßen sollen 1985 gegenüber der bisherigen Finanzplanung um 36,7 auf 779,4 Millionen Mark steigen. Die Ersatzinvestitionen verschlingen bereits nahezu die Hälfte der Investitionsmittel. Aufgrund der Altersstruktur der Anlagen werden sie im nächsten Jahrzehnt auf mehr als 500 Millionen zunehmen. Die Mittel reichen nach Angaben Dollingers für den zügigen Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals und der Saar-Kanalisierung aus. Für den Rhein-Main-Donau-Kanal wird 1992/93 als Termin für die Fertigstellung genannt.

Selbstbetrug in Brighton

Von WILHELM FURLER, London

In Brighton ist ein Gewerkschaftskongreß zu Ende gegangen, der wie kaum je ein anderer zuvor von einem einzigen Thema überlagert war: dem Arbeitskampf im britischen Kohle-Bergbau. Mit überwältigender Mehrheit stimmten die rund 1200 Delegierten gleich zu Beginn des Kongresses für einen Beschluß des Generalrats des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC, alle Gewerkschaften des Landes zur „totalen Unterstützung" der Bergleute-Gewerkschaft aufzurufen.

Die Annahme dieser Resolution, die außerdem den Aufruf an alle TUC-Mitglieder enthält, den Transport von Kohle und Koks sowie von Öl zu verhindern, verleitet zu dem Schluß, die britische Gewerkschaftsbewegung habe wieder zur vielbeschworenen Solidarität zurückgefunden. Doch weit gefehlt.

Der schwere Konflikt zwischen gemäßigten und linksgerichteten Funktionären über die Unterstützung der Bergleute-Aktion hält auch nach Brighton an. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Gewerkschaftsführer der Elektriker, Kraftwerks- und Stahlarbeiter aus Furcht um die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder ihren Widerstand gegen die nach außen hin einmütig beschlossene Solidaritätsaktion angemeldet haben. Es geht vor allem auch um die Frage, ob man einer angesehenen Gewerkschaftsbewegung nicht einen bleibenden schweren Schaden zufügt, wenn das höchst undemokratische Vorgehen einer radikalen Gruppe so unumwunden gebilligt wird.

Die Führung der Bergleute-Gewerkschaft unter ihrem Präsidenten Scargill hat sich bislang hartnäckig geweigert, eine landesweite Urabstimmung über die inzwischen sechs Monate dauernden Streikmaßnahmen abzuhalten. Es gilt als sicher, daß die Mehrheit der Bergleute gegen die Fortsetzung eines Arbeitskampfes stimmen würde.

In welch schwacher Verfassung sich die britische Gewerkschaftsbewegung inzwischen befindet, zeigen die Illusionen, die sich die Funktionäre in Brighton über ihre eigene Rolle machten, nämlich die Basis zu einer Unterstützung militanter Bergleute und zum Sturz der Regierung Thatcher mobilisieren zu können. Der Appell an die brüderliche Solidarität, wird höchstens von einem Bruchteil der britischen Arbeiterschaft befolgt werden.

Es war deprimierend zu sehen, wie auf dem Jahreskongreß gemäßigte und vernünftige Gewerkschaftsführer wie der jetzt aus dem Amt ausgeschiedene TUC-Präsident Len Murray ihre Prinzipien über den Haufen warfen und beim großen Selbstbetrug mitspielten – wohl wissend, wie tief die Kluft zwischen verantwortungsbewußten, demokratisch denkenden Funktonären und linksradikalen Rebellen inzwischen ist.

Dennoch wurde in Brighton auch sichtbar, daß die Bestrebungen einiger weniger, der Gewerkschaftsbewegung durch einen neuen Realismus wieder mehr Bedeutung zu verleihen, noch nicht aufgegeben worden sind. Neben den ungezählten Solidaritätsbekundungen basisferner Funktionäre und der Verabschiedung unrealistischer Resolutionen wurden wenigstens die Versuche nicht ganz abgeblockt, mit der Außenwelt in Verbindung zu bleiben. So gelang es mit hauchdünner Mehrheit, die Weichen für eine Teilnahme von TUC-Vertretern an den Gesprächsrunden mit Mitgliedern der Regierung und Vertretern der Arbeitgeberseite im Nationalen Rat zur Wirtschaftsentwicklung zu stellen. Seit Anfang des Jahres wird diese „Konzertierte Aktion" vom TUC boykottiert.

Auch die Absage an jene radikalen Kräfte, die den Kongreß zum öffentlichen Ausruf des Kriegszustandes gegen die Regierung Thatcher zur Bekämpfung der neuen Gewerkschafts-Gesetzgebung verpflichten wollten, bewahrt den TUC vor einem noch weiteren Abgleiten in die Isolation. Dazu zählt ebenso die mehrheitliche Entscheidung, das von der Regierung im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Jugend-Ausbildungsprogramm nicht zu boykottieren.

Doch erst wenn die Mehrheit der Funktonäre im TUC begreift, daß der von seinem in den Ruhestand getretenen Präsidenten Murray beschworene „neue Realismus" den bisherigen Konfrontationskurs ablösen muß, wird die britische Gewerkschaftsbewegung die Chance erhalten, sich neu zu orientieren und wieder Einfluß auf die Geschicke des Landes zu nehmen. In Brighton war davon allerdings wenig zu spüren.

AUF EIN WORT

„Wählen und auswählen ist bekanntlich ein urdemokratischer Vorgang. Die Sache kehrt sich aber in ihr Gegenteil, wenn die so Ausgewählten, um ihre Privilegien zu erhalten, sich verselbständigen, sich von denen lösen oder gar distanzieren, die sie ausgewählt haben, sich als Auserwählte fühlen - von Gottes Gnaden oder von eigenen, beides gleich schlimm. Die letzte, durchaus logische Konsequenz dieser geistigen Verwirrung ist dann der Anspruch, die einmal erreichte Zugehörigkeit zur Elite auf die Nachkommen zu vererben."

Prof. Dr. Theodor Berchem, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz FOTO: PETER POPP/dpa

PRIVATISIERUNG

Mittelstand sieht Chancen vor allem im Verkehrswesen

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Privatisierung darf sich nicht auf einige spektakuläre Aktionen, auf Großunternehmen wie Veba, VW oder die Lufthansa beschränken. Der Staat muß sich auf breiter Front aus rein wirtschaftlichen, nicht hoheitlichen Tätigkeiten zurückziehen. Diese Forderung hat jetzt die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) an die Bundesregierung gerichtet.

Die AWM unterbreitete dabei konkrete Vorschläge: Wie leistungsfähig und kostengünstig private Betriebe im Vergleich zu öffentlichen sein können, zeigt sich für die AWM in der Abfallbeseitigung. Etwa die Hälfte aller Haushalte werde bereits heute von den rund 520 privaten Städtereinigungsbetrieben entsorgt. Auch Straßenreinigung, Abfallverwertung, Bau und Betrieb von Mülldeponien sowie der Straßenwinterdienst könnten in private Regie übernommen werden, wie zahlreiche Beispiele zeigten.

Im Personennahverkehr regt die AWM einen Verbund aus öffentlichen und privaten Trägern an. Taxiunternehmen könnten (zu einem Preis von 33 Mark je Stunde) den Nacht- und Zubringerverkehr übernehmen. Öffentliche Verkehrsunternehmen sollten sich ganz aus dem Busreiseverkehr zurückziehen, wo sie heute den privaten Unternehmen einen mit Steuermitteln subventionierten Wettbewerb böten. Für die Beteiligung von Bundesbahn und Lufthansa an Reisebüros und Reiseveranstalter-Firmen sieht der Verband keine sachliche Begründung. Einen verzerrten Wettbewerb hat die AWM auch bei Alten- und Pflegeheimen ausgemacht, wo öffentliche Träger in den Genuß steuerlicher Vorteile kämen. Dabei könnten diese Heime privat rentabel geführt werden.

US-AKTIENMÄRKTE

Die hohen Zinsen drücken Kurse an der Wall Street

AP/VWD, New York

Die um einen Tag (Labor Day) verkürzte Börsenwoche brachte einen Rückgang des Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte um 17,00 Punkte auf 1207,38. In der Vorwoche betrug der Indexverlust 12,15 Punkte. Der Umsatz zog auf durchschnittlich 76,85 Millionen Aktien pro Sitzung an (Vorwoche 69,46 Millionen). Der umfassende NYSE-Index war 1,17 Punkte schwächer und schloß am Freitag bei 94,69.

Der Brokerhaus Drexel Burnham Lambert machte ein umfangreiches Verkaufsprogramm eines institutionellen Anlegers für die Kursschwäche verantwortlich. Auch die Tatsache, daß die Zinsen trotz der Liquiditätszuführung durch die Notenbank weiter auf ihrem hohen Niveau verharren, drückte die Kurse. Es herrscht sogar die Befürchtung, daß die Zinsen weiter anziehen könnten.

Auch war zu hören, daß der Kursrückgang, der besonders Blue Chips traf, auf die Schwäche der IBM-Aktie zurückzuführen sei. IBM schlossen mit 121⅝ um 1¼ schwächer.

Zusätzlich wurden enttäuschende Unternehmensergebnisse vor allem im Elektroniksektor als Negativfaktoren genannt. So gehörten Gould Inc. (minus 1½) angesichts ihrer schlechten Resultate zu den am meisten gehandelten Aktien, und Tektronix waren mit minus 7⅜ auf 57¼ Dollar Verlierer am Freitag.

Etwas schwächer als in der Vorwoche schlossen auch General Motors. Hier wirkten sich Befürchtungen negativ aus, daß es in der Auotmobilindustrie zu Streiks kommen könnte, von denen als erste General Motors betroffen wären.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Geiger: Dollar ist überbewertet

Köln (AP) – Mit einer bevorstehenden „Trendwende beim Dollarkurs" rechnet der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger. Wegen politischer Spekulationen sei die amerikanische Währung „erheblich überbewertet", erklärte Geiger in einem Interview. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sieht in dem hohen Dollarkurs zunächst eine „bedeutende Erleichterung" für die Exportwirtschaft. In einem Interview gab er allerdings zu bedenken, daß die Einfuhrrechnungen, die auf Dollar lauteten, nun teurer würden.

Weg der Kurse

	7.9.84	31.8.84
Boeing	53,50	53,50
Chrysler	29,25	28,875
Citicorp	34,625	34,625
Coca-Cola	61,75	62
Exxon	43,50	43
Ford Motors	43,125	42,875
IBM	121,625	123,75
PanAm	4,875	5
US Steel	24,50	24,75
Woolworth	36,75	36,875

Auslandsschuld gestiegen

Buenos Aires (dpa) – Die Auslandsschuld Argentiniens beträgt nach neuen Feststellungen der Zentralbank 44,74 Mrd. Dollar (133 Mrd. DM). Bisher war sie mit 43,6 Mrd. angegeben worden. Die größten Verpflichtungen bestehen in den USA (11,4 Mrd. Dollar), dann folgen Großbritannien (2,8 Mrd. Dollar), die Bundesrepublik (1,33) und Japan (1,07).

Vor der Auflösung

Hamburg (rtr) – Die angeschlagene Neue Heimat Städtebau, die kommerzielle Tochter der gemeinnützigen Neue Heimat Siedlungsgesellschaft, hat einen organisatorischen Schritt zu ihrer endgültigen Auflösung vorgenommen. Das Unternehmen wird sich in Zukunft nur auf abwickelnde Funktionen beschränken, wozu insbesondere der weitere Abbau des Auslandsengagements gehöre. Für den Bereich bauwirtschaftliche Dienstleistungen habe der Aufsichtsrat die Gründung einer neuen Gesellschaft mit dem Namen Planbaucontract GmbH beschlossen. Die Gesellschaft werde mit einem Stammkapital von 15 Mill. DM ausgestattet sein und soll öffentlichen, gewerblichen, privaten und gemeinwirtschaftlichen Auftraggebern die Vorbereitung, Planung und Betreuung bei der Durchführung von Neubauten sowie Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen anbieten.

Kartellamt hat Bedenken

München (rtr) – Das Bundeskartellamt hat grundsätzliche Einwände gegen die geplante Übernahme des zum Flick-Konzern gehörenden Panzerproduzenten Krauss-Maffei AG durch den Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) erhoben. Dies verlautete aus gutunterrichteten Kreisen der Industrie. Der Sprecher des Kartellamts, Hubertus Schön, bestätigte auf Anfrage, daß die Wettbewerbsbehörde ein Vorgespräch mit MBB geführt hat.

Krise der Schiffahrt

Hamburg (dpa) – Die „beklagenswerte" Situation der deutschen Binnenschiffahrt läßt sich nach Ansicht des Bremer Senators für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann, auf Beschäftigungsmangel und Überkapazität zurückführen. Hinzu komme, daß immer weniger Binnenschiffer immer größere Gütermengen transportierten, sagte Brinkmann am Sonnabend auf der Bundestagung der Abteilung Binnenschiffahrt des Bundesverbandes der Selbständigen in Hamburg. Der Beschäftigungsmangel werde durch den konjunkturbedingten Nachfragerückgang hervorgerufen, dem die Branche wegen des begrenzten Warenkatalogs ausgesetzt sei.

TEXTILWIRTSCHAFT

Mehrheit der Unternehmen will Einfuhren ausdehnen

INGE ADHAM, Frankfurt

Rund 30 Prozent aller Importe von Textilien und Bekleidung in die Bundesrepublik sind eigene Importe der einschlägigen Industrie. Zu diesem Ergebnis kommt eine Forschungsarbeit des HWWA-Instituts im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, deren erste Ergebnisse jetzt vorab im Branchenfachblatt „Textil-Wirtschaft" veröffentlicht wurden. Am stärksten nutzen danach die Hersteller von Oberbekleidung mit einer Quote von 32 Prozent das Instrument der Eigenimporte. Darin stecken freilich etwa zur Hälfte Einfuhren im Rahmen des passiven Lohnveredelungsverkehrs.

Rund die Hälfte dieser Einfuhren stammt aus Entwicklungsländern, etwa ein Fünftel aus dem Ostblock. Als Begründung nennen die für die Studie befragten Firmen eine zu teure Inlandsproduktion. Mehr als drei Viertel der Industriebezüge entfallen auf mittlere bis hohe Qualität.

Obwohl die im Ausland einkaufenden Unternehmen durchaus die Risiken „Lieferunsicherheit" und „Qualitätsmängel" sehen, plant doch die Mehrheit eine Ausweitung der Eigenimporte, die im Durchschnitt der Unternehmen 29 Prozent vom Umsatz ausmachen. Die Studie, die auf Zahlen der Jahre 1981/82 basiert und auch die Importe anderer Industriebereiche untersucht, kommt übrigens zu dem Ergebnis, daß sich die These, Eigenimporte wirkten beschäftigungserhaltend, „kaum" bestätige. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben die Textil- und Bekleidungseinfuhren 15,7 Mrd. Mark erreicht (plus 16 Prozent), die Ausfuhren stiegen um 15 Prozent auf 11,2 Mrd. Mark.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER / Jeder dritte Arbeitslose ist Berufsanfänger

Der Ausleseprozeß wird immer härter

HEINZ STÜWE, Bonn

Wer heute ein wirtschaftswissenschaftliches Studium erfolgreich beendet, kann nicht mit einem reibungslosen Berufsstart rechnen. „Nicht selten sind 20 und mehr Bewerbungen und Suchzeiten von einem halben Jahr erforderlich, bevor es zum Abschluß des ersten Arbeitsvertrages kommt", schreibt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV) in Frankfurt. Der härtere Ausleseprozeß unter den Jungakademikern spiegelt die Verhältnisse auf diesem Teilarbeitsmarkt wider: Jeder dritte der 7072 Ende September 1983 arbeitslos gemeldeten Wirtschaftswissenschaftler mit dem Zeugnis einer wissenschaftlichen Hochschule oder Fachhochschule (FH) war ein Berufsanfänger.

Den Studierenden machen sie dennoch Mut. Aufgrund der besonderen Anwendungsbreite ihrer Qualifikation dürften Wirtschaftswissenschaftler auch in Zukunft „relativ gute Arbeitsmarktchancen" behalten. Doch zeigen sich in den einzelnen Fachrichtungen deutliche Unterschiede. Als „Zentralberuf" hat sich nach Feststellung der Arbeitsvermittler der Betriebswirt aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Spektrum herausgeschält. Industrie, Handel, Banken, Versicherungen sowie Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften und Beratungsunternehmen erwiesen sich für Diplom-Kaufleute und graduierte Betriebswirte als besonders aufnahmefähig.

Ähnlich gute Arbeitsmarktchancen eröffnen sich auch den Wirtschaftsingenieuren, vor allem in mittleren und großen Industriebetrieben und bei Unternehmensberatungen. Erhebliche Startschwierigkeiten kommen dagegen auf junge Volkswirte zu, wenn sie sich außerhalb ihrer traditionellen Tätigkeitsfelder bewerben. Gerade dazu zwinge jedoch die Arbeitsmarktlage immer häufiger. In einigen Arbeitsfeldern, etwa im Vertrieb, ist beim Berufsstart nach Erfahrung der Arbeitsvermittler die Studienfachrichtung von zweitrangiger Bedeutung. Statt dessen träten Persönlichkeitsmerkmale als Auswahlkriterium in den Vordergrund. Grundsätzlich verbesserten vor allem vertiefte Kenntnisse des betrieblichen Rechnungswesens sowie der Datenverarbeitung die Berufsaussichten.

Wer nach einem Abschluß als Diplom-Betriebswirt (FH) seinen ersten Arbeitsvertrag in der Tasche hat, verdient den Angaben zufolge in der Privatwirtschaft durchschnittlich zwischen 2500 und 3000 Mark monatlich. Diplom-Kaufleute können beim Berufsstart im Durchschnitt mit 2800 bis 3200 Mark rechnen, Diplom-Wirtschaftsingenieure mit 3000 bis 3800 Mark.

Anzeige

Unsere Angebote leasen sich gut!

Nachdem wir Ihnen in den letzten Wochen viel über die Vorteile von Leasing (mit uns!) erzählt haben, wollen wir Sie nicht länger auf die Folter spannen. Kann ja sein, daß Sie Zahlen lesen möchten. Darum veröffentlichen wir hier einige klar bezifferte, beispielhafte Leasing-Angebote. Vorab noch eins: Unserer monatlichen Ratenkalkulation liegt jeweils eine Mietvorauszahlung von DM 3.000,-- und eine Vertrags-Laufzeit von 48 Monaten/60.000 km zugrunde. In allen Preisen ist die Mehrwertsteuer enthalten. So:

Fiesta Holiday	DM 163,–	Sierra Laser	DM 247,–
VW Golf	DM 199,–	Passat Variant	DM 279,–
Escort Laser	DM 196,–	BMW 316	DM 313,–

Überzeugt? Dann rufen Sie uns ganz schnell an. Unsere ausführliche Info-Broschüre gibts gratis.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Wir machen Ihr Unternehmen automobil.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040/8530602 · Telex 02/12138

ÖSTERREICH

Weiter auf Wachstumskurs

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Während in anderen Ländern erste Anzeichen für ein Abflauen der Konjunktur zu spüren sind, bleibt die österreichische Wirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs. Nach 2,1 Prozent im Vorjahr wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahre um 2,5 Prozent, nach Erwartungen der beiden Prognoseinstitute in Wien, 1985 sogar um drei Prozent wachsen.

1983 kamen die Impulse vor allem vom privaten Konsum. In diesem Jahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft vom internationalen Lagerzyklus und damit von der ansonsten eher als nachteilig empfundenen Produktionsstruktur mit einem relativ hohen Anteil von Grundstoffen und Vorprodukten. Trotz der durch die Streiks in der Bundesrepublik bedingten Ausfälle haben die Wirtschaftsforscher jetzt die Prognose der Industrieproduktion nach oben revidiert.

Auch die Investitionstätigkeit hat in den letzten Wochen die Erwartungen übertroffen. Die Industrieinvestitionen dürften in diesem Jahr um gut 15 Prozent steigen. Mit einem Anstieg der Brutto-Anlageinvestitionen um 3,7 Prozent und einem Beitrag zum BIP-Wachstum von einem Prozent, kann der Aufschwung nun als selbsttragend bezeichnet werden.

Das Exportwachstum wird sich dagegen in diesem Jahr von 8,5 auf sieben Prozent abschwächen. Dies wird jedoch durch eine Ausweitung des privaten Konsums um 2,5 Prozent (gegenüber einem Prozent in diesem Jahr) kompensiert.

Wermutstropfen in der Konjunkturszene: Die intensive Investitionstätigkeit bedingt zugleich ein übermäßig starkes Ansteigen der Importe um rund 7,5 Prozent. Schon während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres hat sich damit der Einfuhrüberschuß um 28,7 Prozent auf 45 Mrd. Schilling erhöht. Die Leistungsbilanz dürfte sowohl in diesem wie auch im nächsten Jahr mit einem geringen Überschuß abschließen.

Die gute Konjunkturentwicklung konnte bislang in Österreich nicht verhindern, daß sich die Arbeitslosenrate noch weiter von 4,5 auf 4,6 Prozent erhöhte. 1985 ist nur mit einem geringen Rückgang auf 4,4 Prozent zu rechnen. Die in diesem Jahr von 3,3 auf 5,5 Prozent ansteigende Inflationsrate wird 1985 wieder auf 4 Prozent zurückfallen.

IRLAND / Die Fleischwarenindustrie reduziert ihre Abhängigkeit von den Staaten der Europäischen Gemeinschaft

Exportmärkte in Drittländern nehmen ständig zu

H. HILDEBRANDT, Dublin

Die irische Agrarwirtschaft war mit ihren Exporten bis in die fünfziger Jahre fast ausschließlich auf den benachbarten britischen Markt ausgerichtet. Dies galt besonders auch für die Exporte von Lebendvieh und von Fleisch sowie Fleischprodukten. Die einseitige Abhängigkeit änderte sich erst mit Auftreten der USA als Fleischimporteur größeren Umfangs.

Das Entstehen leistungsfähiger Verarbeitungsbetriebe auf der Insel war eine unmittelbare Folge der wachsenden amerikanischen Nachfrage. Zum gleichen Zeitpunkt wurden jedoch auch die kontinental-europäischen Märkte als Abnehmer interessant, Ende der sechziger Jahre zusätzlich auch Kanada und Japan. Irische Fleischprodukte profitieren seitdem von dem Image des Landes als grüne Insel mit sauberem Umfeld. „Irish Beef" wurde beispielsweise zum Markenzeichen im sonst markenlosen internationalen Fleischangebot.

1983 belief sich der Wert irischer Exporte im Fleischbereich, Lebendvieh eingeschlossen, auf 810 Mill. irische Pfund, 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr und immerhin 13,5 Prozent des Wertes der irischen Gesamtexporte. Innerhalb der Exporte sind jedoch beachtliche Verschiebungen zu verzeichnen. So gingen von den 1983 exportierten 230 000 Tonnen Rindfleisch nur noch 44 Prozent nach Großbritannien; 1980 hatte dieser Anteil noch bei 48 Prozent gelegen. In noch stärkerem Umfang war jedoch der Export in die kontinentalen EG-Länder rückläufig. Ihr Anteil an den Gesamtexporten sank in den letzten drei Jahren von 35 auf wenig über 20 Prozent, eine unmittelbare Folge der Rindfleisch-Überproduktion in diesen Ländern.

Frankreich blieb dabei Irlands größter Abnehmer auf dem Festland, die deutschen Importe von rund 5000 Tonnen betrugen 1983 jedoch nur noch ein Drittel der Menge von 1980. Von dieser Entwickung profitierte übrigens der britische Rindfleisch-Export in die Bundesrepublik Deutschland, der sich in Jahresfrist verdoppelte, allerdings teilweise durch Lieferung aus Nord-Irland, das dem britischen Wirtschaftsraum zugerechnet wird.

Unter diesen Aspekten ist es nicht verwunderlich, daß die irischen Produzenten und Vermarkter ihr Augenmerk immer mehr Drittländern zuwenden. Deren Anteil an den Rindfleisch-Exporten erhöhte sich von 1980 bis 1983 immerhin von 17 auf 36 Prozent und das mit weiterhin steigender Tendenz. Dazu trugen im Vorjahr sowohl die USA als auch die Sowjetunion mit erhöhten Bezügen bei, vor allem jedoch die arabischen Länder wie Ägypten, Algerien, Libyen und Iran.

Ein interessanter Markt entwickelt sich offensichtlich auch in Süd-Korea. Mit allen diesen Ländern wird der Handel durchweg auf Dollar-Basis abgewickelt, wobei die irische Handelsbilanz zusätzlich vom hohen Kurswert profitiert. Ähnliche Tendenzen zeigt auch der Handel mit Lebendvieh. Vom 1983 um 20 Prozent gestiegenen Rinder-Export gingen 56 Prozent in Drittländer; allein Ägypten nahm mit 137 000 Tieren fast 32 Prozent der irischen Gesamtexporte ab.

Auch die kleineren irischen Farmer, die sich lediglich auf Schafzucht konzentrieren, haben angemessenen Anteil an den Exporten, auch wenn die Lammfleisch-Exporte 1983 mit 17 000 Tonnen mengenmäßig weit hinter den Rindfleisch-Exporten zurückliegen. Von den ersteren nahm übrigens wie schon in den Vorjahren Frankreich fast 80 Prozent ab, die Exporte in die Bundesrepublik beschränkten sich auf magere 300 Tonnen. Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Wachstum des Welthandels für die irische Agrarwirtschaft und besonders für den Fleischsektor als Initialzündung wirkte. Dazu gehören auch die Impulse aus den EG-Märkten.

FRANKREICH / Versicherung übernimmt Bank

Erste Allianz dieser Art

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Union des Assurances de Paris (UAP), der größte staatliche Versicherungskonzern Frankreichs, übernimmt rückwirkend zum 1. Januar 1984 die Anfang 1982 verstaatlichte Banque Worms und überträgt dieser anschließend die in seinem Besitz befindliche Séquanaise de Banque. Dies ist die erste große Allianz zwischen dem französischen Banken- und Versicherungssektor. UAP-Präsidentin Yvette Chassagne bezeichnete das jetzt von allen Beteiligten unterzeichnete Abkommen insoweit als „exemplarisch".

Die Banque Worms, ehemalige Hausbank des gleichnamigen Werften- und Reedereikonzerns, hatte schon vor der Verstaatlichung mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihr Reingewinn schrumpfte von 41,7 Mill. Franc 1981 auf 12 Mill. Franc 1983. Das war auch eine Folge der in dieser Zeit, wegen notleidend gewordener Forderungen, auf 185 Mill. Franc vervierfachten Rückstellungen. Worms ist aber auch heute noch die drittgrößte französische „Geschäftsbank".

Gegenüber der Séquanaise, die hauptsächlich die Versicherungseinnahmen der UAP am Geld- und Immobilienmarkt plaziert, ist die als Geld- und Kapitalnehmer tätige Banque Worms in der gleichen Größenordnung Komplementär. Jedoch sind ihre Eigenmittel von nur 620 Mill. Franc gegenüber ihrem Geschäftsvolumen unzureichend. Sie sollen einschließlich des noch nicht festgesetzten Fusionserlöses um 1 Mrd. Franc erhöht werden.

Die Finanzierung dieser Transaktion bereitet der UAP keine Schwierigkeiten. Ihr konsolidierter Reingewinn hatte 1983 nicht weniger als 1,45 Mrd. Franc erreicht. Von der Übernahme der Banque Worms verspricht sich die UAP vor allem eine Verstärkung ihres internationalen Versicherungsgeschäfts. Die „Identität" der beiden Banken soll durch ihren Zusammenschluß nicht verlorengehen.

Bereits im Juni hatte die französische Regierung den Präsidenten der Banque Worms, Georges Vianes, wegen seiner, wie es hieß, zu „durchsichtigen" Geschäftsführung durch den ehemaligen Generaldirektor des Steuerwesens, Jean-Michel Bloch-Lainé, ersetzt. Dieser wird die Bank auch nach Übernahme der Séquanaise leiten.

RUMÄNIEN / Entwurf für neuen Fünfjahresplan

Die Ausfuhr hat Vorrang

AFP, Bukarest

Rumänien will seine nach westlichen Schätzungen 8,5 Mrd. Dollar betragenden Auslandsschulden bis 1990 vollständig zurückzahlen. Das geht aus dem Entwurf für den rumänischen Fünfjahresplan 1986–1990 hervor, der von der Nachrichtenagentur Agerpres veröffentlicht wurde. Rumänien sieht demnach eine „vordringliche Aufgabe" darin, während des nächsten Planjahrfünfts einen Überschuß in der Handelsbilanz zu erzielen. Der Planentwurf wird dem 13. Parteitag der KP im November vorgelegt werden.

Der Entwurf unterstreicht, daß die Auslandsschuld „während der ersten Jahre des kommenden Planjahrfünfts" zurückgezahlt werden müsse. Dazu müssen die rumänischen Exporte im Zeitraum 1986 bis 1990 um 52 bis 56 Prozent im Verhältnis zum vergangenen Planjahrfünft gesteigert werden. Das Außenhandelsvolumen soll jährlich in diesem Zeitraum zwischen 7,1 und 7,7 Prozent steigen.

Das Nationaleinkommen soll dem Entwurf zufolge zwischen 7,6 und 8,3 Prozent steigen, während der Lebensstandard auf dem derzeitigen Stand gehalten werden soll. Das Nationaleinkommen soll während der nächsten 15 Jahre mehr als verdoppelt werden, um vor der Jahrhundertwende jährlich ein Pro-Kopf-Einkommen zwischen 72 000 und 82 000 Lei (zwischen 36 000 und 41 000 DM) zu erreichen.

Der Planentwurf sieht ferner eine 23- bis 26prozentige Steigerung der Produktion elektrischer Energie während des nächsten Planjahrfünfts vor. Diese soll 1990 zwischen 95 und 97 Mrd. kWh erreichen. Für die Kohleförderung sieht der Planentwurf eine 28- bis 35prozentige Steigerungsrate für das nächste Planjahrfünft vor. 1990 soll Rumänien den gleichen Angaben zufolge zwischen 95 und 100 Mill. Tonnen Kohle fördern.

Beobachter weisen darauf hin, daß für die Erdölförderung keine Zahlenangaben gegeben werden. Für die landwirtschaftliche Produktion ist eine jährliche Steigerungsrate zwischen 5,4 und 5,8 Prozent vorgesehen, wobei 1990 eine Getreideproduktion von 30 bis 33 Mill. Tonnen erzielt werden soll.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hohes Vermögen

Düsseldorf (Py.) – Mit über 3,4 Mill. Wertpapierdepots verwaltete 1983 das deutsche private Bankgewerbe 45 Prozent aller dieser Depots. Gemessen an den Depotbeständen betreuen sie rund zwei Drittel sämtlicher festverzinslicher Wertpapiere, Investmentzertifikate und Aktien im Nominalwert von 848 Mrd. DM. Das restliche Drittel entfällt auf Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Kapitalanlagegesellschaften. In dieser starken Position sieht der Bundesverband deutscher Banken den Erfolg seiner Bemühungen, die Bundesbürger mit anspruchsvollerer Geldanlage und Vermögensbildung vertraut zu machen.

Krupp baut Zementwerk

Essen (dpa/VWD) – Die Krupp Polysius AG in Beckum hat einen 70-Mill. DM-Auftrag für den Bau eines Zementwerkes in Indien erhalten. Der Betrieb in Naubasta, Madhya Pradesh, soll eine Tageskapazität von 3000 Tonnen haben und wird in Zusammenarbeit von Polysius und der Krupp Beteiligungsgesellschaft Bukkau Wolf India aufgebaut. Mit dem Bau des Zementwerkes wird Ende 1985 begonnen, die Produktion Mitte 1986 aufgenommen. Krupp und Bukkau haben dann insgesamt fünf Zementwerke in Indien errichtet.

Jung-Pumpen im Plus

Steinhagen (bdt.) – Um 5 Prozent auf 50 Mill. DM steigerte die Jung Pumpen GmbH, Steinhagen, ihren Umsatz 1983. Das Unternehmen gehört seit 1979 als Tochtergesellschaft zum US-Konzern Maso Corp., Detroit, und beschäftigt derzeit 240 Mitarbeiter. Rund 25 Prozent des Umsatzes wurden mit Entwässerungspumpen erzielt.

Medizin-Kooperation

Düsseldorf (Py.) – Die Draegerwerk AG, Lübeck, und die Medical Electronics Division der Honeywell Inc. haben eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Systemen für Intensivpflege und Chirurgie vereinbart. Draeger ist führender Hersteller von Produkten für die Atemschutz-, Filter-, Gasanalysen-, Tauch- und Medizintechnik, Honeywell ist u. a. auch im Bereich Informationssysteme, Luft- und Raumfahrt, Verteidigungstechnik sowie im Sektor Regelsysteme und Bauelemente tätig.

RENTENMARKT / Nach Störung wieder freundlich

Hoffnung auf Zinssenkung

Nach einer kurzen Störung hat sich der Zinsrückgang am Rentenmarkt fortgesetzt, allerdings in verlangsamtem Tempo. Das war auch nicht anders erwartet worden, weil die zum Monatswechsel vom Kupontermin mobilisierten Nachfragekräfte an Gewicht verloren. Auch zog vorübergehend eine Störungsfront über den Atlantik auf, die sich inzwischen aber wieder verflüchtigt hat. Die Geldmengenentwicklung in den USA und die zeitweilige Liquiditätsfreigabe durch die Notenbank weckten wieder Zinssenkungshoffnungen, die den Weg auch für einen weiteren Zinsrückgang am deutschen Markt freimachen könnten, für den derzeit alle deutschen Bestimmungsfaktoren sprechen. (cd.)

Emissionen	7.9. 84	31.8. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,31	7,32	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,36	7,41	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,43	7,48	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,73	7,74	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,40	7,46	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,14	7,20	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,90	7,94	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,40	7,46	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,79	7,84	8,08	8,45	10,32

46. MIPEL 1984

MERCATO ITALIANO DELLA PELLETTERIA E SETTORI CONNESSI

ITALIENISCHER LEDERWARENMARKT UND ANGESCHLOSSENE SEKTOREN

MAILÄNDER MESSEGELÄNDE PIAZZA 6 FEBBRAIO

INTERNATIONALE AUSSTELLUNG

500 AUSSTELLER IN DER LEDERWARENBRANCHE UND ANGESCHLOSSENEN GEBIETEN TREFFEN MIT MEHR ALS 15000 FACHLEUTEN AUS 5 KONTINENTEN ZUSAMMEN AUF DER WELTWEIT HÖCHSTQUALIFIZIERTEN LEDERWAREN-MODEAUSSTELLUNG

MAILAND 12.-15. OKTOBER 1984

Organisiert vom SVIP (Comitato Sviluppo Vendite Pelletteria)

Weitere Ausstellungen 1985

47. MIPEL 48. MIPEL

22.-25. MÄRZ 18.-21. OKTOBER

MIPEL - 20122 MILANO (ITALIEN) - VIALE BEATRICE D'ESTE, 43
TEL. (02) 5468951-2-3-4-5 - FS 313224 MIPEL I - TELEGR. MIPELAIMPES





FINANZANZEIGE

ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft, Hannover

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am

Freitag, d. 28. September 1984, um 12.00 Uhr

im Vortragssaal des Verwaltungsgebäudes der Gesellschaft in Hannover, am Hohen Ufer 6, stattfindenden

90. ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Näheres über die Tagesordnung und über die Hinterlegung der Aktien ist aus der Bekanntmachung im Bundesanzeiger Jahrgang 1984, Nr. 154 vom 17. August 1984 zu ersehen oder beim Vorstand der Gesellschaft zu erfragen.

Hannover, d. 20. August 1984

Der Vorstand

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.



Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

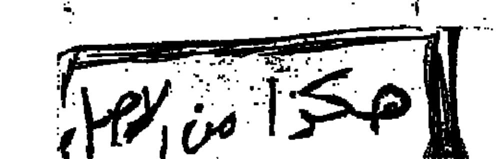
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100

3000 Hannover 1, Lange Laube 2

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a



Es ist besser, klein zu sein und Großes zu leisten, als groß zu sein und Kleines zu leisten.



Der Apple II

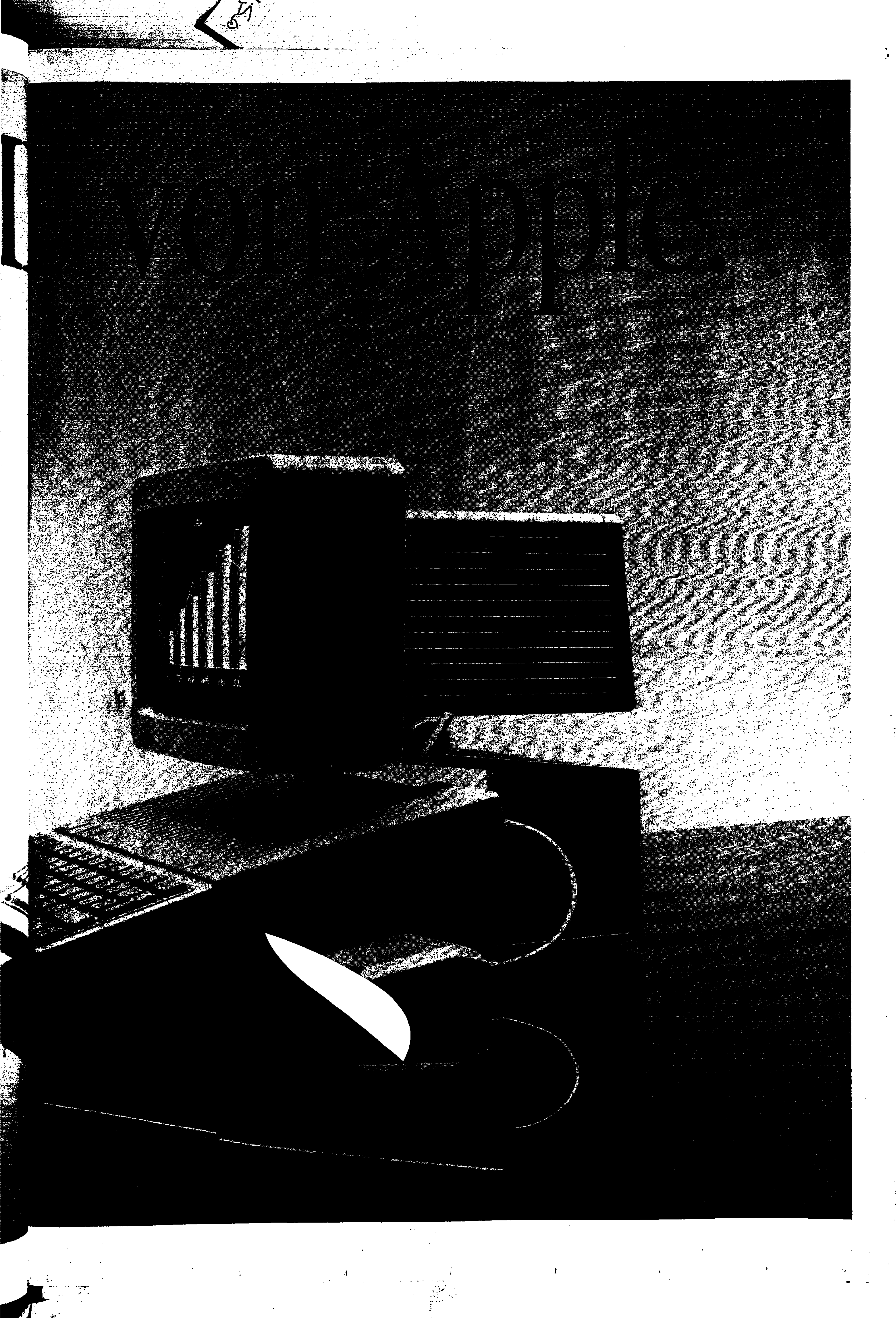
Es ist noch gar nicht lange her, da erfand Apple den ersten und bis dahin einzigen Personal Computer, der weltweit über 18 000 Anwenderprogramme nutzen kann: den Apple IIe.

Eine große Erfindung, die Apple aber noch nicht klein genug war. Denn man wollte die Menschen nicht länger an den Standort eines Computers fesseln und dachte deshalb über ein kompaktes und vor allem komplettes Computersystem im Format eines Aktenkoffers nach.

Es entstand der Apple IIc. Vielseitig nutzbar, anzuschließen an jeden Fernseher und sofort einsatzbereit. Wie, erklären mehrere Einführungsprogramme, die zur Grundausstattung des Apple IIc dazugehören. Und für alle, die zwischendurch mal abschalten wollen, hält der Apple IIc sogar noch ein ganzes Programm voller Spaß bereit.

Am besten, Sie schauen sich ihn mal bei einem Fachhändler an. Sie werden sehen, der Apple IIc wird nirgends einen großen Platz einnehmen. Außer in Ihrem Leben.




von Apple.

DRITTE WELT / Resolution von Cartagena

Präferenzsystem empfohlen

dpa/VWD, **Cartagena**

Die in der „Gruppe 77" zusammengeschlossenen Entwicklungsländer haben ihren Willen bekräftigt, ein System gegenseitiger Handelspräferenzen einzuführen, um den Warenaustausch untereinander zu erweitern. Das geht aus einem gemeinsamen Kommuniqué hervor, das am Wochenende zum Abschluß sechstägiger Beratungen von Regierungsexperten aus 68 Staaten der Gruppe in der kolumbianischen Hafenstadt Cartagena verabschiedet wurde.

Es wurde empfohlen, die weiteren Verhandlungen über das geplante Präferenzsystem zu beschleunigen. Die Gruppe 77 konnte in Cartagena noch keine Einigung über die vorgeschlagene Gründung einer gemeinsamen „Bank des Südens" zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten sowie des gegenseitigen Warenaustausches erzielen. Es wurde deshalb empfohlen, daß eine Kommission dieses Projekt weiter prüfen solle.

Eine Gruppe von sechs arabischen Ländern, die etwa die Hälfte des geplanten Kapitals von 1,5 Mrd. Dollar (4,3 Mrd DM) einzahlen sollte, hatte Bedenken gegen die Bankgründung erhoben. Nach Ansicht der arabischen Delegierten würden die Kredite dieser Bank vermutlich teurer sein als die bereits bestehender Finanzinstitutionen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die rund 250 in Cartagena versammelten Delegierten sprachen sich dafür aus, den Plan eines gemeinsamen Informationssystems weiter zu verfolgen, das den Mitgliedsländern bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen helfen soll. Kolumbien hat seine Hauptstadt Bogotá als Sitz dieses Systems angeboten.

Gute Stimmung zum Abschluß

dpa/VWD, **Farnborough**

Vertreter der deutschen Luftfahrtindustrie haben sich auf der gestern beendeten Internationalen Luftfahrtschau im südenglischen Farnborough optimistisch über die geschäftlichen Aussichten geäußert. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), Arno L. Schmitz, sprach von einer „recht positiven Stimmung". Die seit der Ölkrise 1973 weltweit verbreitete Unsicherheit über die Zukunft der Luftfahrt sei angesichts steigender Passagier- und Frachtzahlen „gewichen". Der BDLI-Geschäftsführer bezeichnete es als besonders erfreulich, daß die europäische Airbus-Industrie mittlerweile abgesichert und international eingeführt sei. Ein Airbus-Sprecher hob in diesem Zusammenhang hervor, die Schau von Farnborough habe diesmal „überraschend" eine ähnlich große Bedeutung wie der Pariser Luftfahrtsalon bekommen.

Die deutsche Industrie war in Farnborough mit einem Gemeinschaftsstand vertreten. Beteiligt waren 15 Firmen auf 700 Quadratmetern Fläche. Das Interesse an den deutschen Produkten – darunter auch Radaranlagen, Fliegerzubehör und Antriebssysteme – wurde von BDLI-Vertretern als „hoch" eingeschätzt.

Philips baut China Kompressor-Fabrik

dpa/VWD, **Eindhoven**

Gegen harte Konkurrenz aus den USA, Japan und Europa hat N. V. Philips Gloeilampenfabrieken, Eindhoven, den Auftrag zum Aufbau einer Fabrik für Kühlschrankkompressoren von China erhalten. Wie das Unternehmen dazu mitteilt, umfaßt der Auftrag im Wert von rund 70 Mill. hfl die Lieferung von Maschinen und Know-how für den Aufbau einer Fertigung mit einer Jahreskapazität von einer Million Kompressoren. Geschäftspartner der Chinesen ist die italienische Philips-Tochter Industrie Riunite Eurodomestici s. p. a. (IRE). Die zur Fertigung in China vorgesehenen Kompressoren entsprechen denen, die IRE in ihrem Werk Cassinetta, einer der größten Produktionsanlagen für Kompressoren der Welt, herstellt. Schon im vergangenen Jahr hatte IRE mit der Beijing Muncipality General Corporation, die auch diesmal Vertragspartner ist, einen Abschluß über die Lieferung von Produktionsmitteln- und methoden für Kühlschränke erzielt.

Die Marktsättigung bei Kühlschränken in China ist nach Philips-Angaben derzeit außerordentlich gering. Der Markt verfüge über ein erhebliches Wachstumspotential. So sehe der aktuelle Fünfjahresplan als Produktionsziel fünf Millionen Einheiten jährlich vor.

ARAG-VERSICHERUNGSGRUPPE / Führungsrolle für den Rechtsschutz

Hohes Wachstum im Verborgenen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Fast im Verborgenen wächst eine Versicherungs-Gruppe zu ansehnlicher Größe: die voll in Familienbesitz liegende Arag-Gruppe in Düsseldorf. Mit der zweitgrößten europäischen Rechtsschutz-Versicherung, einer Kompositversicherung und einem Lebensversicherer (früher Gisela) addierten sich 1983 ein Gesamtprämienvolumen von 861 Mill. DM und Kapitalanlagen von 2,32 Mrd. DM. Der Lebensversicherer verwaltet einen Bestand von 6,5 Mrd. DM Versicherungssumme.

Die neben dem Deutschen Herold einzige Versicherungs-Gruppe in reinem Familieneigentum besitzt keine Konzernstruktur mit einer Obergesellschaft. Arag-Allgemeine-Vorstandsmitglied Werner Hackbeil im Gespräch mit der WELT: „Als Familiengesellschaft wollen die Eigentümer keine Beteiligungsgesellschaften unter einheitlicher Leitung."

Die Eigentümer, das sind die beiden Familienstämme Faßbender mit Erben und zwei Familienvereinen. Jeder Familienzweig hält 50 Prozent des Konzerns. Doppelfunktionen in den Vorständen gibt es nicht, Überschneidungen in den Aufsichtsräten nur ganz selten.

Nur mit großem Abstraktionsvermögen ist die Beteiligung der Gesellschaften untereinander zu erkennen. Als deutlich größte hat die Arag Rechtsschutz eine Führungsrolle, obwohl die Lebensversicherung mit 104 Jahren gut doppelt so alt ist. Beide Gesellschaften verfügen über eigene Außendienste, die auch für die Arag Allgemeine arbeiten. Deren Geschäftsstruktur ist auf das Privatkunden-Geschäft ausgerichtet, nur ganz vorsichtig will man, so Hackbeil, den Kleingewerbe-Bereich erweitern.

Nach einem nur gerade ausgeglichenen versicherungstechnischen Ergebnis im Vorjahr hat die Arag Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, 1983 mit einem Gewinn von 17 Mill. DM abgeschlossen. Nach Einbeziehung der Netto-Erträge von 63 (53) Mill. DM aus 834 (733) Mill. DM Kapitalanlagen wurde sogar ein Jahresüberschuß von 30,5 (19,5) Mill. DM ausgewiesen, von denen 20,3 (11,7) Mill. DM den Rücklagen und 8,2 (7) Mill. DM den Aktionären zufließen.

Von der Ergebnisseite abgesehen scheint die Geschäftsentwicklung nicht ganz so erfreulich gewesen zu sein, wenn auch die Nettoschadenquote bei etwa 64,5 Prozent verharrte. Während der Schadenverlauf durch einen Anstieg an Aufwendungen für Spätschäden gekennzeichnet war, wurden die hohen Zuwachsraten im Neugeschäft der Vorjahre aufgrund des intensiven Wettbewerbs nicht mehr erreicht. Dennoch: Die Nachfrage nach Rechtsschutz hält an. Die Beitragseinnahmen stiegen 1983 um 4,5 (7) Prozent auf 548 Mill. DM, vor allem aufgrund einer um 43 000 auf knapp 4,5 Mill. gestiegenen Vertragszahl.

Die Arag Allgemeine hatte 1983 ein Brutto-Beitragsvolumen von 113 (102) Mill. DM, davon waren 71 (61) Mill. DM für eigene Rechnung. Zu 38 Prozent besteht das Geschäft aus der Unfall-, zu 23 Prozent aus der Haftpflicht- und zu 13 Prozent aus der Hausratversicherung. Dank günstiger Schadenentwicklung gehört die Versicherung auch zu den wenigen, die einen technischen Gewinn (3,4 Mill. DM) ausweisen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ingo Karsten: Internationale Bankkredite an Entwicklungsländer, Nomos Verlagsgesellschaft 1984, 203 S., 59 Mark

Der Autor entwickelt ein mathematisches Modell der Kreditbeziehungen zwischen internationalen Banken und Dritte-Welt-Ländern und untersucht die Risiken, die für Gläubiger und Schuldner bei übermäßiger Verschuldung entstehen. Zur Stabilisierung empfiehlt Karsten, dem IWF die Refinanzierung auf den Geldmärkten zu ermöglichen und eine bessere internationale Bankenaufsicht. Ein Buch für jeden, der sich theoretisch mit der Schuldenproblematik befassen will.

Martin F. Wolters: Die fünfte Generation, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München 1984, 200 S., 29,80 Mark.

Computer als Jobkiller, Industrieroboter als Ersatz für menschliche Arbeitsleistung, die Automation als Rationalisierungsinstrument, das den Menschen durch die Maschine ersetzen will und somit die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit in den Industrienationen bildet. Diesem überkommenen Denkschema, das den innovativen Möglichkeiten des technischen Fortschritts mißtraut, begegnet das vorliegende Werk des Technologie-Experten Martin F. Wolters mit einer Fülle von Fakten über die Anwendungsbereiche und Fähigkeiten der neuen Computertechnik. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Technologiediskussion, die eng mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und den derzeitigen Überlegungen zu ihrer Beseitigung verknüpft ist.

Gress/Jaross/Mahl/Strasser: Die Handwerkerfibel, Hans Holzmann Verlag, Bad Wörishofen 1983, 832 S., 67 Mark.

Die Handwerkerfibel, die seit mehr als 30 Jahren alljährlich gründlich überarbeitet und aktualisiert auf dem Buchmarkt erscheint, dient hauptsächlich der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Die dafür notwendigen wirtschaftlichen und rechtlichen sowie die geforderten berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnisse werden anschaulich vermittelt. Beispiele und Schaubilder verdeutlichen die Sachzusammenhänge, Übungs- und Wiederholungsfragen ermöglichen eine Selbstkontrolle.

Gerold Ambrosius: Der Staat als Unternehmer, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1984, 198 S., 20,80 Mark.

Die Unternehmen des Bundes, der Länder und Gemeinden stehen seit geraumer Zeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Wirtschaftlichkeit und Effektivität kommunaler Unternehmen muß sich an derjenigen der privaten Wirtschaft messen lassen. Das Für und Wider der Privatisierung bildet den konkreten Hintergrund für diese Einführung in die Geschichte und Problematik der öffentlichen Unternehmen in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Gerold Ambrosius beschreibt den Aufbau und Umfang der öffentlichen Wirtschaft und die jeweils zeitspezifische Interpretation ihrer Funktion. Aus der Darstellung ergibt sich ein umfassendes Bild der öffentlichen Unternehmen in Vergangenheit und Gegenwart.

MÖVENPICK / Neue Gastronomie-Konzeption

Erfolge im Hotelgeschäft

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Obwohl die Schweizer Mövenpick-Gruppe in den letzten Jahren bewiesen hat, daß sie auch Hotels professionell zu betreiben weiß, steht ihr nicht der Sinn nach rascher Expansion in diesem Bereich. Der Grund: Die Hotellerie wird von den Mövenpick-Managern als sehr viel risikoreicher angesehen als das Gastronomiegeschäft. Dabei kann sich die Gruppe mit der Entwicklung seit 1981, als sie erst neun Hotels betrieb und damit knapp 61 Mill. sfr Umsatz erzielte, durchaus sehen lassen. Inzwischen sind daraus 19 Hotels geworden mit gut 164 Mill. sfr Umsatz (1984).

Daran ist die Bundesrepublik mit 9 (1981 erst 2) Hotels beteiligt, in denen in diesem Jahr mit „Schweizer" Gastlichkeit gut 78 Mill. DM umgesetzt werden sollen; im vergangenen Jahr waren es in 8 Hotels knapp 60 Mill. DM. Bei einer Belegung von derzeit 64,3 Prozent (im Konzern werden 72 Prozent erreicht) lägen die Ergebnisse aber nicht unter denen der Schweizer Betriebe, betont Wolfgang vom Hagen, Generaldirektor der Mövenpick-Unternehmungen in Deutschland. Gleichwohl setzt die Gruppe bei der geplanten weiteren Expansion in der Bundesrepublik, die heute schon rund ein Drittel zum Gruppenumsatz beiträgt, auf den Restaurantbereich.

Das jüngste Experiment, das Stuttgarter „Le Marché", hat sich so gut angelassen, daß die Planung für ein derartiges Restaurant (zusätzlich zu einem „normalen" Mövenpick) in Düsseldorf läuft. Hinter „Le Marché" verbirgt sich die Mövenpick-Konzeption für die derzeit in der Gastronomie als Ausweg aus dem Personalkostendruck gesehenen Freeflow-Restaurants, eine gehobene Art der Selbstbedienung.

In Deutschland betrieb die Mövenpick-Gruppe Ende des vergangenen Jahres 26 (weltweit 118) eigene Betriebe mit 2179 Beschäftigten und setzte damit rund 180 Mill. DM um, inklusive der Managementbetriebe machte der deutsche Umsatz gut 204 Mill. DM aus, er soll in diesem Jahr auf knapp 250 Mill. DM steigen (jeweils ohne Mehrwertsteuer).

Im Konzern legte Mövenpick im vergangenen Jahr beim Umsatz um 7,6 Prozent auf 488,8 (454,2) Mill. sfr zu. Dabei stieg infolge straffer Kostenkontrolle und, wie Verwaltungsratspräsident Ueli Prager, (dessen Familie die Mehrheit der Stimmen am Mövenpick-Holding-Aktienkapital hält), bei der Vorlage des Geschäftsberichts betonte, des „ständigen Bemühens aller Mitarbeiter zur Verbesserung der Produktivität" der Konzern-Betriebsgewinn mit plus 17,8 Prozent auf 34,4 (29,2) Mill. sfr überproportional.

Weltweit beschäftigt Mövenpick in eigenen Betrieben annähernd 6000 Mitarbeiter und ist stolz auf eine für das Gastgewerbe ungewöhnlich niedrige Fluktuation. Auch von den rund 300 Auszubildenden, die pro Jahr in der Bundesrepublik ihre Lehre beenden, bleiben nach Angaben von vom Hagen 80 Prozent im Unternehmen.

Die Aktionäre der Holding partizipieren an dem guten Jahr 1983 mit einer auf 16 (15) Prozent erhöhten Dividende auf 27,5 (22,3) Mill. sfr Grundkapital. In diesem Jahr könnte die Dividende weiter steigen. Denn bisher, so der Verwaltungsrat, zeigen alle Zahlen nach oben. Der cash-flow liege derzeit um ein Fünftel über dem entsprechenden Vorjahresstand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Jürgen Lorkowski, Kaufmann; Fußboden Kröger GmbH, Braak; **Bocholt:** Bernhard Huwe, Tischlermeister; **Düsseldorf:** Karlheinz Graichen, Kraftfahrzeugschlosser, Hilden; Gabriele Weller geb. Hesselmann, Ratingen, früher Inh. e. Gaststätte in Düsseldorf; **Hofgeismar:** Krebs Haus der Mode oHG; **Köln:** GTO Gesellschaft für Textverarbeitung und Büro-Organisation mbH; **Lüdenscheid:** Norbert Kretschmer, Bauunternehmer, Altena; **Seesen:** Werner Copei, Akustikbau und Industrieanstriche GmbH, Ostlutter; **Wiesbaden:** Philipp Laun, Architekt, Mainz-Gonsenheim.

NAMEN

Edwin A. Schricker (63), seit 1960 Chef-Designer der Siemens AG, München, verläßt Ende 1984 das Unternehmen. Er wird Siemens für ein weiteres Jahres in Design-Fragen beraten. Sein Nachfolger ab Januar 1985 ist **Herbert H. Schultes** (45).

Jean-Paul Parayre (47), Vorstandspräsident der Peugeot Société Anonyme PSA, trat zurück. Sein Nachfolger wurde **Jacques Calvet** (53), bisher Präsident von Automobiles Peugeot und von Automobiles Citroën.

Wir trauern um unseren Seniorpartner und Chef, Herrn

Dr. E. W. Kopp

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

der am 31. August 1984 im 83. Lebensjahr verstorben ist.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem Kollegen und Vorgesetzten, der auch im hohen Lebensalter noch unermüdlich tätig war und mit seinem Rat immer zur Verfügung stand. Sein vorbildliches Wirken und seine hohe Berufsauffassung werden uns immer Ansporn und Verpflichtung sein.

Dipl.-Kfm. H. O. Osterloh, Wirtschaftsprüfer
Dipl.-Volksw. S. Nottbohm, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Hamburg, im September 1984

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Plötzlich und unerwartet verstarb am 2. September 1984 Herr

Dr. Werner Scheer

Geschäftsbereichsleiter des EDEKA Verbandes
Geschäftsführer des EDEKA Verlages

im Alter von 63 Jahren kurz nach seiner Verabschiedung in den Ruhestand.

Herr Dr. Scheer ist über drei Jahrzehnte in leitender Funktion für uns tätig gewesen. Er hat sich neben seinen eigentlichen Aufgaben auch vielen übergeordneten Zusammenhängen mit Erfolg gewidmet. So hat er sich insbesondere für die internationale Förderung des Lebensmittelhandels eingesetzt.

Sein breites Wissen und sein Rat waren nicht nur bei uns, sondern auch in vielen nationalen wie internationalen Organisationen gefragt. Dies verdeutlicht u. a. seine Berufung zum Generalsekretär der IVLD.

Für seine Leistungen schulden wir Herrn Dr. Scheer Dank und Anerkennung. Sein früher Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer und Betroffenheit.

EDEKA Verband e. V. **EDEKA Verlag GmbH**

Verbandsausschuß Vorstand Mitarbeiter

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 14. September 1984, um 11.15 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47–43 80,
–39 42 oder –42 30

Berlin
(0 30) 25 91–29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01–5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.
– Präsidium –
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

Zukunft – gut verpackt

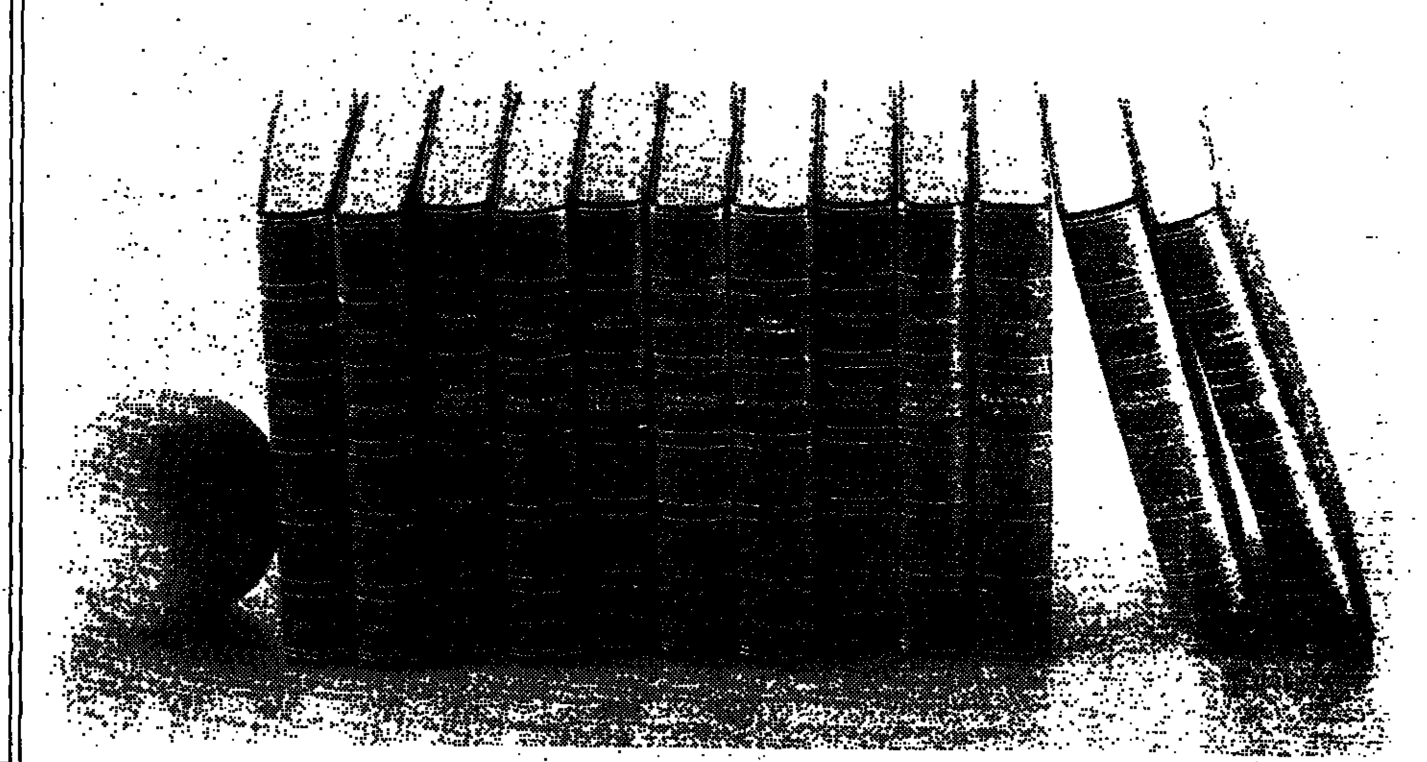
In einem traditionsreichen süddeutschen Familienunternehmen geht es im Bereich „Verpackungen und Display" um komplette Problemlösungen für die Konsum- und Gebrauchsgüterindustrie. 15 Mitarbeiter der Verkaufsmannschaft freuen sich auf einen ideenreichen neuen Manager für Marketing und Vertrieb.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 15. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

12 Klassiker der Weltliteratur

für WELT-Abonnenten zum Sonderpreis von DM 88,-



Aus der **Bibliothek der Klassiker** zwölf Werke der Weltliteratur – jeder Band über 400 Seiten im attraktiven Kunstledereinband mit Goldprägung:
Heinrich Heine – Ausgewählte Werke;
Gottfried Keller – Der Grüne Heinrich;
Cervantes – Don Quijote;
Nietzsche – Also sprach Zarathustra;
Shakespeare – Theaterstücke;
Oscar Wilde – Das Bildnis des Dorian Gray;
Tschechow – Das Duell;
Dumas – Das Halsband der Königin;
Puschkin – Erzählungen;
C. F. Meyer – Novellen, Gedichte;
Dickens – David Copperfield;
Lessing – Theaterstücke.

An: DIE WELT, Vertriebsleitung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte senden Sie mir die genannten 12 Bände aus der **Bibliothek der Weltliteratur** zum Gesamtpreis von DM 88,- (einschließlich Versandspesen).
Ich bezahle den Betrag wie mein WELT-Abonnement
☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Name: ______________________

____

Straße/Nr.: ______________________

____

PLZ/Ort: ______________________

____

Telefon: ______________________

Kunden-Nr.: ______________________

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Pankraz, Th. Bernhard und das kleine Malheur

Von Alphonse de Lamartine erzählt man sich, daß ihm in vorgerücktem Alter während einer glanzvollen Abendgesellschaft ein kleines akustisches Malheur passierte. In das verlegene Schweigen, das daraufhin in der Runde entstand, platzte das nervöse Kichern eines jungen Fräuleins. Lamartine wandte sich ihm zu und sagte: „Oh, Mademoiselle, sind Sie aber leicht zu unterhalten!"

An diese Anekdote muß Pankraz denken angesichts des jüngsten literarischen „Großereignisses", das zu Saisonbeginn die deutschsprachige Geisteswelt bis hinauf in die feinsten Kreise beschäftigt. Dort gibt es zur Zeit nur eine einzige Frage: „Wen hat er gemeint?" Wobei „er" der schreibende österreichische Berufs-Hypochonder Thomas Bernhard ist, der in seinem neuen Buch „Holzfällen. Eine Erregung" ein boshaftes Porträt der Wiener Literaturgesellschaft entwirft, mit leicht durchschaubaren persönlichen Anspielungen auf wirklich existierende Schriftsteller, Komponisten und Maler.

Einer der so uncharmant Gezeichneten hat die Nerven verloren *und das Buch wegen „Verletzung* der Persönlichkeits-Sphäre" in Wien einziehen lassen. Etwas Besseres konnte Verlag und Autor natürlich gar nicht passieren. Jetzt wird die „Erregung" unter dem Ladentisch gehandelt, und zwar mit beträchtlich erhöhter Umsatzge*schwindigkeit*. Alle möglichen Instanzen heulen „Zensur!", und Hans Weigel, der langjährige „Arbiter elegantiarum" des österreichischen Kulturbetriebs, stellt tiefsinnige Überlegungen darüber an, was die Verfassung des Alpenstaats erlaubt und was sie nicht erlaubt. Jeder Beobachter muß den Eindruck gewinnen, daß es sich um eine äußerst wichtige Angelegenheit handelt.

Und doch ist das Ganze nur ein Dreck, ein akustisches Malheur à la Lamartine. Wer das Buch von Bernhard liest, merkt schnell, daß der Autor gar nicht daran denkt, den von ihm Gezeichneten irgendwelche substantiellen, diskutierbaren Vorwürfe zu machen. Die Schilderung der Zustände am Burgtheater, die Sottisen gegen Ernst Jandl, Friederike Mayröcker, Jeannie Ebner – alles ist nichts als der übliche Wiener Schmäh, mieses, trübes Kaffeehaus-Geschwätz, rankünevoll und unverbindlich, hinterhältig und unpräzise. Wie könnte es auch anders sein! Seit Jahrzehnten nun schon hat Bernhard in seinen Dramen und Romanen nur eine einzige Botschaft parat: „Alles ist Dreck". Warum sollte er von dieser Leier abkommen, da er sich jetzt den innerkulturellen Zuständen der Stadt Wien zuwendet?

So wichtig kann Wien (auch unter seinem neuen, kulturellen Bürgermeister Zilk) gar nicht sein, als daß es *einen berühmten* Schriftsteller von seinem Erfolgsrezept abbrächte. Und das Erfolgsrezept von Bernhard ist nun einmal, die Welt in einen Tunnel zu verwandeln, in dem alle Kühe gleichmäßig schwarz werden. Engagierte Bernhard-Leser müssen früher oder später *zu der Überzeugung kommen*, daß es völlig sinnlos sei, sich noch über Sachverhalte aufzuregen, da ja sowieso alles sinnlos ist. Ihre „Erregung" läßt sich also nur noch herauskitzeln, wenn plötzlich einer von ihnen persönlich als absurde Figur, als Produzent von Sinnlosigkeit, namhaft gemacht wird. Statt Sachdiskussion liefert Bernhard (nicht erst seit „Holzfällen") das existentielle Gesellschaftsspiel „Wer ist wer?", und er kommt damit einem kulturellen Establishment entgegen, das Diskussionen über seine Herrschaftsposition tunlichst vermeiden möchte und deshalb auch sonst alle Sach-Kontroversen gern in persönliche Händel abbiegt.

Ein Beispiel für den Abbiege-Mechanismus hat soeben ein Landsmann von Bernhard, Peter Handke, geliefert. Handke hatte in der letzten Zeit einige Male (zuletzt in einem spektakulären Presse-Interview) diverse handfeste, polemische Sachthesen aufgestellt, die Misere unseres modernen Kulturlebens betreffend. *Es sei geprägt von einer Diktatur seichtester Aufklärerei*, meinte er, selbsternannte Aufsehercliquen unterdrückten alles, was nicht in ihren öden linken Kanon paßte, der Kulturbetrieb sei ein Hobel, der Individualitäten zu genormten Flachhölzern zurechtschneide. Das war wahrhaft mutig gesprochen. Aber auf einmal meldete sich derselbe Handke und wollte alles nicht mehr wahrhaben. Der Interviewer, so hieß es, habe ihn in schurkischer Absicht verfälscht, und außerdem halte er, Handke, diesen und jenen (den er eben noch als Beispiel für Aufkläricht vorgeführt hatte) für einen literarischen Meister usw. usw.

Es ist gar nicht so interessant, ob Handke freiwillig oder unter sanftem Druck revoziert hat; seine Rolle rückwärts folgt auf jeden Fall dem Muster der Personalisierung à la Thomas Bernhard. Das Sachproblem verdampft zur persönlichen Intrige, die persönliche Meinung, die Handke von jemand hat, ist wichtiger als der Umstand, ob der Betreffende aufklärerischen Abspülicht produziert oder nicht. So verschwimmen denn die klaren, inhaltsbestimmten Konturen. Am Ende kommt es nur noch darauf an, wer was über wen gesagt hat, ob man sich „streitet" oder ob man sich „versöhnt". Eine „Versöhnung" zweier ehemaliger Kampfhähne *bedeutet in dieser Perspektive*, daß auch das möglicherweise ernsthafte Problem, über das sie gestritten haben, nicht mehr existiert, ja, es hat überhaupt nur insofern existiert, als sich zwei „Prominente" darüber gestritten haben.

Allmählich entsteht unter solchen Bedingungen ein „Kulturleben", in dem es tatsächlich nur noch um kleine persönliche Malheurs im Stile des alten Lamartine geht. Nicht nur das geistige Format, sondern auch das Unterhaltungsbedürfnis der Beteiligten ist auf ein *Minimum reduziert, zur Freude der* herrschenden Parolenausgeber, die sich keine Mühe mehr geben müssen, um ihre Position zu behaupten. Das Publikum freilich hat bald nur noch den Geruch von der Sache, und der ist nicht fein.

Pankraz

Ota Šik 65 Jahre alt

Er will die Pläne human machen



Dem Dritten Weg verschworen: Ota Šik FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Im „Prager Frühling" von 1968 wurde ein bis dahin noch weithin unbekannter Professor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPČ stellvertretender Ministerpräsident. Der Mann hieß Ota Šik und sollte als Leiter einer extra dafür ernannten Regierungskommission die ökonomischen Probleme des „Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz" finden und lösen helfen. Er stammte aus einer alten Sozialistenfamilie und hatte als ganz junger Mann schon unter den Nazis in Mauthausen gesessen.

Aber bevor Šik seine ungewöhnlichen Vorschläge in der Praxis erproben konnte, wurde die Reformbewegung von den Armeen des Warschauer Paktes schon wieder gestoppt. Šik verlor nicht nur sein Regierungsamt; er wurde auch aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Boshafte Zungen in Prag – aber nicht nur dort – behaupteten damals, daß er eigentlich großes Glück im Unglück gehabt habe, sei ihm doch erspart geblieben, die Lebensfähigkeit seiner Theorie der „Koppelung von Markt und Plan" unter Beweis stellen zu müssen.

Morgen wird der Mann 65 Jahre alt. Er ist längst emigriert, ist Schweizer Staatsbürger geworden und lehrt als Professor an der angesehenen Wirt*schaftshochschule von St. Gallen*. Als er 1974 das Angebot einer Professur in Bochum erhielt, lehnte er – angeblich wegen seiner angeschlagenen Gesundheit – ab. Der wirkliche Grund war ein anderer: Šik war es leid, sich mit ökonomischen deutschen Jungrevoluzzern länger herumzuschlagen.

Der Theorie vom „Dritten Weg" ist er jedoch treu geblieben, und seine Bücher regen auch seriöse westliche Wirtschaftswissenschaftler zu Auseinandersetzungen an, so etwa „Wirtschaft ohne Dogma" oder „Das kommunistische Machtsystem". In der 1979 erschienenen „Humanen Wirtschaftsdemokratie" stellte Šik fest, daß das planwirtschaftliche System des Ostens zutiefst antidemokratisch sei und die Bedürfnisse des Menschen *eklatant vernachlässige*.

Vom einstigen marxistischen Dogmatiker hat das Leben Ota Šik immer näher an freiheitliche Positionen herangeführt. die der persönlich höchst liebenswürdige, beredsame Gelehrte mit Überzeugungskraft zu begründen versteht. Wie schade, daß für solche Persönlichkeiten im Osten nicht der geringste Platz ist!

RUDOLF STRÖBINGER

Begeisterung und Jubel ohnegleichen: Das Pariser „Théâtre du Soleil" bei den Berliner Festwochen

Shakespeare – tollkühn und japanisch

Mitten in den Innenraum der un*gastlichen Deutschlandhalle*, in der sonst die Sechstagerennen kochen, ist ein hohes Sitzgerüst erbaut. Hier haben, ohne viel Sitzgenuß, mehr als tausend Zuschauer Platz. Sie blicken auf eine kahle Spielfläche, so groß wie ein unbebautes Villengrundstück mittleren Ausmaßes.

Die Fläche ist frei, ist offen. Kein Bühnenaufbau. Nur optische Begrenzung nach hinten. Dort hängen und fallen in immer neuer Gestalt und Schönheit die haushohen „blackdrops", herunterwallende Seidentücher, vorsichtig bemalt mit fernöstlichen Symbolen und Schriftzügen.

Sonst ist der weite Bühnenraum gerahmt nur von vier schönen, pagodenhaften Felsen. Aus ihnen brechen die fulminanten Spiele dieses Pariser Sonnentheaters hervor. In ihnen verschwinden sie wieder mit Aplomb. Das große, wagemutige Spiel kann beginnen.

Man spielt zwei der gewagtesten Skakespeare-Dramen, „Richard II." und das blutig-burleske Folgestück „Heinrich IV.", Erster Teil. Frau Ariane Mnouchkine, die matriarchalisch strenge, unvergleichliche Prinzipalin der zwanzigjährigen Truppe, gibt am dritten Skakespeare-Abend noch die Komödie „Was Ihr wollt", die „Nacht der Könige", dazu.

Die drei Griffe nach Shakespeare, in Paris schon seit Jahren zum hauptstädtischen Repertoire gehörend, beginnen jeweils schon am späten Nachmittag. Sie währen alle drei bis kurz vor Mitternacht. Sie enden hier in Berlin in unbeschreiblichem Jubel, in einem Rausch der Akklamation geradezu.



Darsteller ekstatisch aufgeräumter Intensität: Georges Bigot als Richard II. in der tollkühnen Shakespeare-Adaption von Ariane Mnouchkine FOTO: STORY PRESS

Alles ist hier tollkühn. Die Inszenierung geht die drei Stücke in schier absurder Verfremdung an: Sie verlegt Shakespeare in abstrakt fernöstliche Welten. Die Könige tragen Gewandungen, die vom japanischen Kabuki- oder Nô-Theater inspiriert sind. Es wird der Kampf um die Macht ausgetrudelt wie unter exotischen Samurai-Gestalten. Untermalt wird ihr blutreicher, rüder, tödlicher Machtkampf von zwei Herren (ständig dem Publikum bei ihrer untermalenden Arbeit einsichtig), die Dutzende von Percussions-Instrumenten bedienen und keine Geste, kein Wort, keinen Ausbruch, keine Stille ununtermalt lassen. Jeder Satz kommt daher, begleitet von einer ständigen Macht der Geräusche oder von stillen Klängen einer bedeutungsvoll zirpenden Musik.

Und wie unvergleichlich wunderbar wird gespielt! Die Repräsentanten der großen, schier unerklärlich grausamen oder auch elegischen Szene – sie stürzen in langem Lauf jeweils auf die Bühne, als könnten sie, was sie tiefsinnig Mörderisches oder Erstaunliches anzuzeigen haben, nicht abwarten, uns vor Augen und Ohren zu führen. Sie trippeln vor Ungeduld. Wenn sie stehen, stehen sie breitbeinig und wippend. Die großen Szenenschlachten werden wie zu Pferde exekutiert. Die Füße der Agierenden stoßen nervös den Boden, als könnten sie ihre rassigen Rosse nicht bändigen.

Ein Rausch der Bewegung findet statt. Immer neue Einfälle zur orgiastischen Füllung (oder, wenn nötig, zur deutlichen Vereinsamung) einzelner Figuren rollen ab. Wenn kärglich schöne Requisiten (ein tiefer Königstisch, eine altjapanische Sitzgelegenheit, ein Gefängniskäfig wie aus edlem Bambus) auf die Bühne geschafft werden müssen, rasen wiederum Zureicherfiguren wie edel gekleidete, schwarze Knechtsgestalten eilfertig herbei, auch sie emsig trabend wie in einem großen Tanz.

Erst faßt man sich, zuschauend, an den Kopf: das geht doch nicht! Doch die beiden unvergleichlichen Abende mit den zwei blutigen Königsdramen erweisen triumphal das Gegenteil. Shakespeare ist überall! Auch fernöstliche Bereiche stehen seinem Wort offen! Ariane Mnouchkine träumt uns vor. Shakespeare kommt auf dem Umweg über fernöstliche Welten wieder zu uns. So sahen wir ihn nie. Seine dramatische Größe ward uns nie zuvor so deutlich und genußreich, so gedankenvoll und tiefsinnig neuartig nach Hause gebracht.

Der Zuschauer schwelgt immer wieder. Wenn der erste Heinrich den königlichen Gegner gemordet hat, bringt man ihm den nackten Leichnam an den einsamen Thron. Man legt ihm den hingeschlachteten Todfeind in den Schoß. Nie zuvor sah man eine so triumphal scheußliche Erfindung, eine so sozusagen blutige Pietà. Heinrich, der Sieger über Richard, den schönen Schwächling, legt sich schlafen. Ende des ersten Abends.

Der zweite Teil ist ebenso ausführlich und auf beteiligende Weise wunderschön. Wieder rasen die Kämpfenden tänzerisch exakt. Jetzt tritt Sir John Falstaff auf. Aber Frau Mnouchkine hält ihn am Zügel. Der liebe Suffkopp und wunderliche Großredner darf sich in populären Humoren nicht sielen. Er wird eher streng gezeichnet. Er bleibt französisch, wenn auch wieder in altjapanischer Gewandung seine feigen Dreistigkeiten ausspuckend. Jetzt ist Georges Bigot, dieser Wunderspieler einer ekstatisch aufgeräumten Intensität, der junge Kronprinz und Aussteiger.

Die Bühne ist immer wieder voll, so leer sie deutlich ist, von athletischen Akteuren. Sie springen in ihr Schicksal wie die jungen Füllen. Sie üben sich in eleganten oder exakt komischen Sprüngen. Sie sind immer wie von Gottes Hand selber aufgedreht, sind immer wie im Anlauf zum nächsten dramatischen Hochsprung. Man hört nicht auf, auf seinem harten Sitz das alles zu genießen.

Die Shakespeare-Komödie *dann* geht auf raffiniert altindische Weise vonstatten. Die musikalische Untermalung zirpt jetzt in zarten Tönen. Die Liebesverwirrung wird wie mit zärtlicher Zunge genießerisch geschleckt. Die Erotik, die schwelgerische, dieser Komödie ist wie in lauter *indische Seide eingelassen – und* dann doch wieder, im Souterrain der Komödie, kompakt und mühelos von fröhlichstem Klamauk.

Drei unvergeßliche Abende aus Paris mit dem „Sonnentheater". Ein leichter Hauch von Melancholie umgibt sie. Nachdem die Truppe zuletzt auch in Los Angeles Stürme der Bewunderung von schier olympischem Ausmaß empfing, wird sie nach ihrem Berliner Gastspiel die drei Jahrhundertinszenierungen nicht mehr zeigen können. Die Truppe bricht in dieser Form auseinander. Aber man ist sicher: Frau Mnouchkine wird weitermachen. Sie kann gar nicht anders. Berlin überschüttete sie mit rasenden Liebesbezeugungen.

FRIEDRICH LUFT

„Berlin um 1900": Erster musikalischer Höhepunkt mit Busonis „Arlecchino" unter Gary Bertini

Dreieinigkeit von Andacht, Denken und Eleganz

Berlin um 1900" (dies das Thema der Berliner Festwochen) war fraglos die Welthauptstadt der Musik, und sie blieb es – will man Yehudi Menuhins Ansicht folgen – unbestritten bis 1933. Die Jahrhundertwende aber sah zweifellos die Anziehungskraft der Hauptstadt des Kaiserreichs auf Musik und Musiker auf dem Höhepunkt.

Den Grund dafür hatten die vorangegangenen Jahrzehnte gelegt. Joseph Joachim, der weltberühmte Geiger, hatte das Berliner Konservatorium geradezu zum musikalischen Weisheitstempel gemacht, in dem die Karrieren sich wie von selbst schmiedeten. Das Berliner Philharmonische Orchester war gegründet und versorgte *die Stadt nicht nur mit der* Wiedergabe des sinfonisch längst Sanktionierten, sondern mit Novitäten am laufenden Band, dem musikalisch bislang Unerhörten.

In der Hofoper stand der Stadt ein singendes Bollwerk des Konservatismus zur Verfügung. Aber dieser Konservatismus schadete nicht. Doch stets haben die Konservativen besser gesungen als die Revolution.

Vor allem aber: In Hermann Wolff, dem vielfach Geschäftigen, lebte in den Mauern der Stadt der tatkräftigste Impresario Europas. Sein Büro organisierte den Ruhm und drückte ihn über alle Grenzen. Wer Karriere machen wollte, sprach ganz gewiß bei ihm vor, und Karriere machen wollten natürlich alle.

Die Jahrhundertwende sah Richard Strauss als Kapellmeister im Hofopernsattel, eine Position von beträchtlichem Einfluß, und Strauss übte ihn mit glücklicher Hand. Die Schüler, die ihm zudrängten, schob er ab und verwies sie gern an einen jungen Franzosen namens Edgard Varèse, den es ebenso nach Berlin gezogen hatte wie Josef und Rosina Lhevinne, das russische Pianisten-Ehepaar, das es vom Wannsee später in die Vereinigten Staaten verschlug, wo sie die Juillard School of Music begründen halfen.

Arnold Schönberg lehrte in Berlin und gewann sich mit seinen Kompositionen Anerkennung, Förderung und Respekt Ferruccio Busonis, des Italien-Preußen. Busonis Konzerte wie sein Salon wurden Zentren der musikalischen Andacht, des musikalischen Denkens wie der musikalischen Schickheit: Dieser Dreieinigkeit, mit deren Hilfe die Musik seit je am besten gefahren ist.

Das Werk Busonis bildet jetzt in Berlin einen Hauptreiz der Festwochen, und mit der konzertanten Aufführung des Einakters „Arlecchino" durch die Philharmoniker und Gary Bertini erspielten sie sich mit Brillanz ihren ersten musikalischen Höhepunkt.

„Arlecchino", ein einstündiges „theatralisches Capriccio", zu dem sich Busoni selbst das sprachfrische Libretto schrieb, ist in mancher Beziehung ein Vorläufer des Strawinskischen „Pulcinella", ohne jedoch Anleihen bei Pergolesi und seinen Zeitgenossen zu machen. „Arlecchino" besitzt die gleiche musikalische Verstandeshelle, Luzidität und Gelenkigkeit, vor allem aber das innere Tempo und die Herzensleichtigkeit des gesungenen Italienballetts des großen Russen.

Busonis „Arlecchino" ist ein Werk der elegant-knappen Formen. Es wirft rundum Ballast ab und feiert die Schlankheit der Commedia dell'arte durchaus unzerebral, doch auf die intelligenteste Weise. Die Hauptrolle ist nicht auskomponiert. Sie wurde einem Sprecher übertragen, und wie fulminant sie Christoph Bantzer zu nutzen verstand, war kein geringes Entzücken der exemplarischen Aufführung wie der Aufgewecktheit des Stücks und seiner eigenartigen Rasse.

Gary Bertini verstand sich auf die kühlen, aber nicht gleichgültigen Reize der Partitur meisterhaft, die filigranhafte Geschäftigkeit dieser buffa en miniature, die ein reich besetztes Orchester fordert, es aber zu Zärtlichkeit und Gusto anhält. Noch die Trompeten der Kriegsmusik und ihr *Echo in den Holzbläsern klingen bei* Busoni überaus delikat, und für diese Delikatesse wie für den musikalischen Sprudel des Werkes besaß Bertini die glückliche Hand. Mit Siegmund Nimsgern, Günter Reich und Matthias Hölle trafen sich drei tiefstimmige Sänger von Autorität, ge*gen die anzusingen dem gutgelaunten* Donald Grobe wie Doris Soffel beinahe schwer fiel.

KLAUS GEITEL

Rockmusik-Szene in Polen: Mit Verstärkern gegen den staatlich gewünschten Pflichtoptimismus

Landauf, landab explodiert der Rock'n'Roll

Schwierig und risikoreich ist er wohl immer, der Start in die Welt der Rockstars. Amateurmusiker in Polen haben da jedoch außer den üblichen Startproblemen noch ganz spezifische Sorgen. In den Schulen dürfen sie nicht üben, weil die Direktoren von panischer Angst vor „Hippies" und „Narkomanen", sprich Rauschgiftsüchtigen, besessen sind. In öffentlichen Klubs und Versammlungshäusern kommen sie kaum zu Auftritten, weil die Leitung entweder mit bereits etablierten Musikgruppen in fester Cliquenwirtschaft verbunden ist oder aber die Abende für Treffen einheimischer Bauern oder Kriegskombattanten verplant hat.

Fast unüberwindlich sind die Schwierigkeiten, gute Instrumente und Verstärker zu erlangen. Und sofern man trotz unfähiger Juroren bei Nachwuchswettbewerben einen Platz erlangt hat, fehlt doch eine hilfreiche Promotion, sind Termine im Rundfunk oder gar für Plattenaufnahmen schwer in Sicht.

Diese Lagebeurteilung entstammt nicht etwa der Feder eines Griesgrams des Westens. Sie erschien jüngst in der offiziellen polnischen Jugendzeitschrift „Razem" („Zusammen"). Die offene Ansprache bestehender Probleme auf der Rockmusikszene ist um so erstaunlicher, als in Polen im Gegensatz zu manchen sozialistischen „Bruderländern" eine breit aufgefächerte und entwickelte Rockszene existiert. Sie trägt teilweise sogar einen Anschlag von „Underground" in sich, setzt sich im äußeren Gehabe wie in den Texten deutlich ab vom *staatlich gewünschten Pflichtoptimismus*.

Da in Polen im Gegensatz etwa zur „DDR" die Texte der Rockmusiker nicht zensiert werden, übernahmen Gruppen wie Republika, Lady Punk oder Vox, Manaam oder Śmierć Kliniczna (Klinischer Tod) rasch die Rolle des Artikulators des Lebensgefühls der jungen Polen. „Im Laufe von drei oder vier Jahren griff eine regelrechte Rock'n'Roll-Explosion um sich", berichtete Manaam-Gitarrist Marek Jackowski während seines ersten Deutschland-Auftritts in Göttingen. „Es bestanden nebeneinander solche Stile wie Heavy Metal, absolut reiner Punk, verschiedene neue Wellen wie Reggae und Pop."

Daß ohne Hilfe eine landesweite Popularität schwer zu erlangen ist, zeigt die derzeitigen Grenzen des polnischen Rock-Busineß auf. Den Kinderschuhen ist man bereits so weit entwachsen, daß zur Popularisierung einer Band erhebliche Investitionen vonnöten sind.

An Bedeutung gewinnt der privat engagierte Manager mit guten Ver*bindungen zu den staatlichen Künstleragenturen* und den Medien. Doch dort, so scheint es, ist das Interesse an Neuigkeiten nicht übermäßig groß. Sachliche Gründe behindern zudem die Produktion neuer Schallplatten. Die Anmeldefristen in den wenigen guten Studios betragen gut ein Jahr, private Firmen haben erst in letzter Zeit mit westlicher Finanzkraft den Platten- und Kassettenmarkt entdeckt und verdienen daran glänzend.

In dieser Situation legt der Bericht der polnischen Jugendzeitschrift „Razem" den Finger auf zwei schmerzhafte Wunden. Der Musikunterricht in den Schulen zum einen sei „langweilig". Er erstrecke sich nur auf das „Einpeitschen der Lebensläufe der großen Meister" sowie „sämtlicher Texte patriotischer Lieder". Vor allem aber die Jurys der zahlreichen Talentwettbewerbe bis hin auf Woiwodschaftsebene *kriegen ihr Fett ab:* „Das sind verdiente Aktivisten, Vorsitzende verschiedener Organisationen, Direktoren von Betrieben oder Ortsbürgermeister, mit einem Wort Leute, für die Rock meistens eine negative Erscheinung in der Jugendkultur ist und eine Punkband nichts anderes als musizierende Banditen", schreibt das Blatt sarkastisch.

Und dennoch: Auch beim diesjährigen Nachwuchsfestival im Kulturzentrum von Jarotschin bei Posen war der Andrang der Spielwilligen wieder enorm. Von 254 Bands kamen 13 in die engere Wahl und spielten zusammen mit weiteren 47 Kapellen vor über 20 000 Zuschauern. Dem Publikum fiel die Wahl der „besten" Band schwer. Also gab es acht „Beste". Die Verteilung der nur zwei Preise lösten die Musiker salomonisch: *Das Geld erhielten die Jüngsten*, den Verstärker die Ärmsten.

HERMANN SCHMIDTENDORF

JOURNAL

Mediziner fordern neue Formen der Rehabilitation

dpa, **Karlsruhe**

Die Weiterversorgung rehabilitationsbedürftiger Menschen bedarf nach Ansicht von Medizinern einer Neuregelung. „Wir brauchen eine neue Säule dafür in der medizinischen Versorgung", sagte Prof. Heinrich Drexel zum Abschluß des *36. Therapiekongresses in Karlsruhe*. Nach Auslastung der Rehabilitationskliniken sollte nach Ansicht des Münchener Arztes nach Möglichkeit auch die Familie einbezogen werden. Sinnvoll wäre es, wenn dabei auch finanzielle Anreize in Form von Steuervergünstigungen gewährt werden könnten.

Preisträger des Karajan-Wettbewerbs

AP, **Berlin**

Mit einer Überraschung ist in Berlin der 8. Internationale Dirigenten-Wettbewerb der Herbert-von-Karajan-Stiftung zu Ende gegangen. Il Dzinvin Kim aus Nordkorea wurde neben dem Amerikaner Rico Saccanini und Göstares Rinkevcius aus der Sowjetunion preisgekrönt. Den drei Siegern winkt eine Arbeitswoche mit Karajan sowie ein Abschlußkonzert mit der offiziellen Preisverleihung im September 1985.

Eine Woche lang: Mehr Kunst für Bonn

sch. **Bonn**

Unter dem Titel „Mehr Kunst für Bonn" findet vom 21. bis zum 28. September die 1. Bonner Kunstwoche statt. Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen – Ausstellungen, Aktionen, Workshops, Symposien –, davon einige in Verbindung mit Wettbewerben und Preisen, wollen Kunstvermittler, Künstler und Künstlergruppen die aktive Verflechtung von regionaler und internationaler Kunst in der Bundeshauptstadt vorstellen. Stichworte wie „Künstlerzelt", „Erstes Internationales Video-Festival", „Kunst und Geschäftswelt", „Fahnenfest" und „Offene Ateliers" kennzeichnen einige der geplanten Projekte, an denen u. a. Joseph Beuys, Stephan von Huene und Daniel Spoerri teilnehmen.

Polnische Ausstellung „Wollin – Vineta"

dpa, **Lübeck**

Eine Ausstellung von Funden, die polnische Archäologen in den letzten Jahren auf der Ostseeinsel Wollin gemacht haben, zeigt, erstmals im Westen, das Lübecker Museum am Dom bis zum 21. Oktober unter dem Titel „Wollin – Vineta". Namhafte polnische Wissenschaftler neigen dazu, die unter dem heutigen Niveau des Wasserspiegels gefundenen Überreste einer frühmittelalterlichen Bebauung mit der aus der Sage bekannten versunkenen Stadt Vineta zu identifizieren.

Plattdeutsch: Neue Forschungsergebnisse

dpa, **Göttingen**

Fast 90 Prozent aller Norddeutschen können Niederdeutsch verstehen, knapp 57 Prozent können es sprechen. Das geht aus einer Langzeituntersuchung hervor, die an der Universität Göttingen veröffentlicht wurde. Die Studie faßt Ergebnisse zusammen, die seit 1977 unter der Federführung von Professor Dieter Stellmacher von den niederdeutschen Abteilungen der Universitäten Göttingen, Hamburg, Kiel und Münster in Zusammenarbeit mit dem Institut für niederdeutsche Sprache, Bremen, und einem Meinungsforschungsinstitut erarbeitet wurden.

Döblin-Gesellschaft in Marbach gegründet

dpa, **Marbach a. N.**

Im Deutschen Literaturarchiv Marbach ist eine Internationale Alfred-Döblin-Gesellschaft gegründet worden. Zum Präsidenten wurde der Neuberausgeber von Döblins „Amazonas-Trilogie", der Germanist Werner Stauffacher (Lausanne), gewählt. Die neue Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, fächerübergreifend die Forschung über Döblins Werk im internationalen Rahmen zu fördern. Die Gründung wurde *auf dem 4. Internationale Döblin-Colloquium* beschlossen.

Liam O'Flaherty †

AP, **Dublin**

Der irische Erzähler Liam O'Flaherty ist im Alter von 88 Jahren in Dublin gestorben. Seine zahlreichen Romane und Novellen spielen meist vor dem Hintergrund der jüngeren irischen Geschichte. Als sein bedeutendstes Werk wurde von der Kritik der 1937 erschienene Roman „Famine" (Das schwarze Tal) gewertet. Der Roman „The Informer" (1925, „Die Nacht nach dem Verrat") wurde dreimal verfilmt, einmal unter der Regie von John Ford. Für kurze Zeit, 1922, steuerte O'Flaherty eine politische Karriere an, als er die irische KP mitbegründete. Bald danach wandte er sich von der Politik ab, um sich nur noch der Literatur zu widmen.

Surreales um einen großen Maler

AP, Madrid

Der extravagante surrealistische Maler Salvador Dali erholte sich am Wochenende in der Intensivstation eines Krankenhauses in Barcelona von seiner Operation am Freitag. Sie war notwendig geworden, um das Leben des 80jährigen zu retten, nachdem er am 30. August bei einem mysteriösen Brand in seinem Schlafzimmer schwer verletzt worden war.

Unterdessen rätseln immer mehr Menschen über die Umstände des *Brandes und wundern sich über die* verspätete Einlieferung ins Krankenhaus. Aber auch andere Dinge erscheinen ihnen merkwürdig. So nehmen die Zweifel an der Urheberschaft vieler seiner Werke zu. Dazu liegt über seiner gesamten Lebensführung *ein mysteriöser Hauch. Dali, der auf* 47 Kilogramm abgemagert ist, läßt seit langem keinen Besuch mehr in seinem Schloß aus dem 12. Jahrhundert in dem nördlich von Barcelona gelegenen Dorf La Pera zu.

„Wenn ein Mann so schwere *Brandverletzungen erlitten hat*, warum wird er dann nicht sofort ins Krankenhaus gebracht?" fragt der Gründer des Salvador-Dali-Museums in St. Petersburg im US-Staat Florida, Reynold Morse. Alles ist rätselhaft: In ersten Berichten hieß es, Dalis Sekretär habe den Meister gegen 5.00 Uhr aus dem verqualmten Zimmer gebracht. Nach einer anderen Version waren es zwei Krankenpfleger, ein Gärtner und ein Polizist, die den Maler retteten. Die Verletzungen des Künstlers wurden ursprünglich sowohl als „leicht" wie auch als „schwer" bezeichnet. Widersprüchliches auch darüber, ob Dali in ein Krankenhaus wollte oder nicht. Dali sagte angeblich nein, sein Anwalt ja.

Während des Wochenendes vom 31. August zum 2. September wurde der Gesundheitszustand Dalis von Ärzten der Pilar-Klinik in Barcelona als „zufriedenstellend" beschrieben. Am Mittwoch hatten sie dann plötzlich erklärt, Dali müsse sich einer Operation unterziehen.

Der 83jährige Musiker und langjährige Dali-Freund Xavier Cugat beschwerte sich inzwischen über Dalis Beratergarde. Sie würde den Meister „praktisch als Gefangenen" halten. Cugat fordert eine Untersuchung der Lebensumstände Dalis, der sein Schloß seit dem Tod seiner Frau Gala 1982 nur ein einziges Mal verlassen hat.

Morse erklärte, Domenech, einer aus der Berater-Crew, habe ihm und *anderen Freunden Dalis im Oktober* den Zutritt zum Schloß verweigert. Morse will den Künstler zuletzt 1981 gesehen haben. Ähnliches berichtete jetzt Cugat. Ein Kamerateam des spanischen Fernsehens mußte einen Tag warten, ehe Domenech und Des*charnes, ein zweiter* Dali-Angestellter, die Erlaubnis, Dali zu sehen, endgültig verweigerten.

Pierre Argilet, ein französischer Verleger, der den Maler ebenfalls schon lange kennt, erklärte , er wolle „selbst sehen, was da los ist". Auf die Frage nach der *Zahl* angeblicher Dali-Zeichnungen und Drucke, die sich gegenwärtig auf dem Weltmarkt befinden, sagte Argilet, er sei davon überzeugt, daß Dali „in den letzten zehn Jahren seine Hand nicht mehr ernsthaft gehoben hat". Einen Katalog der Dali-Werke, die auf *2000* geschätzt werden, gibt es nicht.

Inzwischen hat der spanische Maler Manuel Pujol Baladas zugegeben, *im Auftrag mehrerer* Galeriebesitzer in Barcelona Dali-Gemälde gefälscht zu haben. Dazu paßt, daß Morse in New York 30 Zeichnungen als Fälschungen ermittelt hat. Morse weiter: Auf dem Weltmarkt gebe es nur sehr wenige Dali-Ölgemälde. Die Käufer seien allerdings verrückt nach seinen Werken. In London wurden 1982 1,7 Millionen Mark für eine Gemälde erzielt. Professor Rafael Torroella von der Universität Barcelona schätzt, daß an die *800* Dali-Gemälde existieren.

Berliner Ärzte-Prozeß oder Die verlorene Wahrheit

F. DIEDERICHS, Berlin

In einem Prozeß, in dem Aussage gegen Aussage steht, kommt dem Prinzip der Glaubwürdigkeit immer besonderes Gewicht zu – es sind die problematischsten Verfahren. Um ein solches handelt es sich in dem weit über Berlin hinaus bekanntgewordenen *Prozeß gegen zwei Ärzte* der Universitäts-Frauenklinik. Beiden Gynäkologen wird die Vergewaltigung einer Kollegin während des nächtlichen Bereitschaftsdienstes zur Last gelegt.

Die Ereignisse in der Nacht zum 22. Dezember 1983 sind rasch dargestellt, reduziert man sie auf die unbestrittenen Tatsachen: Im Bereitschaftsraum der Narkoseärztin treffen sich die beiden angeklagten Mediziner, ein 39jähriger verheirateter Oberarzt und ein 38jähriger lediger Privatdozent, zu einem vorweihnachtlichen Glas Wein. Im Verlauf der Nacht kommt es dabei zwischen der Ärztin und den Gynäkologen zu Intimitäten.

Ende aller Gemeinsamkeit: Die Ärztin erklärt später in ihrer Strafanzeige, dies sei gegen ihren Willen „mit widerlicher Brutalität" geschehen. Sie habe sich zuerst gegen alles gewehrt, um Hilfe geschrien, aber auch versucht, die Männer zu beruhigen.

Die Mediziner, für die der Staatsanwalt bereits jeweils viereinhalb Jahre Haft gefordert hat, streiten dies übereinstimmend ab. Die „Frau Kollegin" habe mitgemacht. „*Das ist doch Irrwitz*", so die Aussage des Oberarztes gegenüber dem Klinikchef, als dieser ihm die Strafanzeige vorhält.

Die vier Verteidiger der beiden Ärzte haben im Laufe des Prozesses kaum eine Anstrengung unterlassen, die Angaben der Ärztin als widersprüchlich und die Frau selbst als leichtlebig, ja sexbesessen darzustellen. Die Frau wehrt sich. Gegen sie werde „Jauche gefahren".

In der Tat stellen die Leumundszeugen der Verteidigung, unter ihnen Ärzte und sogar ein Professor, der Medizinerin das Attest einer männerverschlingenden Frau aus.

Die ungewöhnlich interessierte Öffentlichkeit berauscht sich offenbar an jedem Detail. Die Schutzwürdigkeit der Frau bleibt dabei in einem bedenklichen Maße auf der Strecke. In der Boulevardpresse wird sie als „Sexmonster" und „Tier" tituliert. Ganz anders etwa als in einem Parallelverfahren. Dort wird über die Betrügereien einer Pastorenfrau gnädig Diskretion gewahrt.

Zur Glaubwürdigkeit der meisten Leumundzeugen mag die Beurteilung des Staatsanwaltes genügen, das Gericht hätte sich „viele Zeugen ersparen können". Gegen zwei von ihnen wird jetzt wegen Verdachts des Meineids und der Falschaussage er*mittelt, Folge ihrer überhasteten und* widersprüchlichen Parteinahme für die Angeklagten. Dennoch, diese Art der Verteidigung ist und bleibt legitim – auch wenn sich *hier manchmal* der Eindruck aufdrängt, als habe ein *Teil* der *Leumundszeugen* allzu leichtfertig den Interessen der Angeklagten dienen wollen.



Die Narkoseärztin – sie brachte den Stein ins Rollen *FOTO: DPA*

Zur Wahrheitsfindung wird also in erster Linie doch die Glaubwürdigkeit der direkt Betroffenen herangezogen werden müssen. Kein leichtes Unterfangen. Schon werden die Aussagen der beiden Ärzte von den Rechtsanwältinnen der Nebenklage als „unglaubwürdig" bezeichnet, weil „sie *keine erlebnisrelevanten Aussagen sind, die die Emotionen des Opfers berücksichtigen*". Da fragt man sich, ob die Aussagen deshalb fragwürdig sein sollen, weil sie nüchtern, sachlich und übereinstimmend vorgetragen wurden. Der Kern des Zweifels liegt tiefer: Man wird den Eindruck nicht los, daß die Vertreter der Nebenklägerin die Vorgänge um diese (ja noch keineswegs bewiesene) Vergewaltigung zum Anlaß nehmen, Kritik an der Gesellschaft zu üben, deren Mangel nach dem Verständnis der Rechtsanwältinnen in dem – abzulehnenden – traditionellen Rollenspiel *zwischen* Mann und Frau wurzelt.

Den Vorwurf der Unglaubwürdigkeit muß sich dann auch die Narko*seärztin gefallen* lassen. Die Verteidigung der Angeklagten stellt nicht nur sieben verschiedene Tatversionen fest, die die Klägerin gegeben hat, immer wieder greifen die Verteidiger auch bei der Frage ein, warum die Ärztin denn – nachdem sie während der Nacht auf eine Wachstation gerufen worden war – in ihr Zimmer zurückkehrte, wo die Ärzte nach den von ihr behaupteten Nötigungen *immer noch saßen*. „Es waren doch keine Männer mit Strumpfmasken", versucht sie zu erklären, man habe sich doch gekannt, und sie habe gedacht, daß sie die beiden noch zur Vernunft bringen könnte.

Auch ein Blick in das Krankenhaus-Milieu bringt kaum Erhellendes. Der Leiter der Frauen*klinik* verneint die Frage, ob Intimitäten in seinem Hause ungewöhnlich seien. Auch wenn er eine andere Meinung dazu habe, ungewöhnlich sei es nicht. Bei aller Üblichkeit bleibt doch die Frage nach der Freiwilligkeit. Die offene, impulsive Art der zu freundschaftlichen Berührungen neigenden Ärztin läßt viele Thesen zu. Die Richter stehen bis zu ihrer Entscheidung am Mittwoch vor einer Aufgabe, um die sie niemand beneidet.

Leistungstief während der „Mittagssenke"

AP, Köln

Zwischen zehn und elf Uhr morgens erreicht der Mensch nach einer Untersuchung des Münchner Arbeitsmediziners *Wolf Müller-Limroth* seinen Leistungshöhepunkt. Die Leistungsfähigkeit nehme dann bis zur „Mittagssenke" gegen 14 Uhr um etwa 20 Prozent gegenüber dem Tagesdurchschnitt ab und steige danach wieder bis zu einem „zweiten Hoch" zwischen 17 und 18 Uhr. Nach diesem „Nachmittagshoch", das allerdings nicht ganz die Werte des „Vormittagshoch" erreiche, gehe das Leistungsvermögen wieder zurück. Ab 22 Uhr nimmt es rapide ab, bis gegen drei Uhr ein „absolutes Tief" erreicht wird. Nach Angaben des Arbeitsmediziners, der seine Untersuchung jetzt bei einem Fortbildungskongreß der Bundesärztekammer in Köln über „*Herstellung von Arbeitsbereitschaft* durch Anpassung" vorstellte, ist jede Nachtschicht zwar ein „Verstoß gegen die biologische Uhr, weil der Mensch ein tagaktives Wesen ist". In Grenzen zeige sich der Körper jedoch auch bei solchen nächtlichen Anforderungen flexibel. Selbst Nachtschichtarbeiter kämen aus ihrem „absoluten Tief" heraus.

USA: Weniger Verbrechen

dpa, Washington

Die Zahl der schweren Verbrechen in den USA, zu denen auch größere Einbrüche und Autodiebstähle gerechnet werden, ist 1983 nach Angaben des Bundeskriminalamtes (FBI) um sieben *Prozent* zurückgegangen. 1982 war die Rate um 3,4 Prozent gefallen, nachdem sie 1981 mit mehr als 13 Millionen Straftaten einen absoluten Höchststand erreicht hatte. Der Rückgang im Vorjahr war der größte seit 23 Jahren.

Entführer gaben auf

AFP, Bagdad

Mit der Gewährung von politischem Asyl für die Flugzeugentführer – einer vierköpfigen Familie – und der Freilassung der Geiseln ist gestern in Bagdad die Entführung einer iranischen Boeing 727 mit 114 Passagieren an Bord zu Ende gegangen. Die Maschine der „Iran Air" war am Samstag auf einem Inlandsflug entführt worden. Erst vor elf Tagen war ein iranischer Airbus nach Bagdad entführt und den Luftpiraten ebenfalls politisches Asyl gewährt worden.

Nächtlicher Alptraum

SAD, Villers

Ein unruhiges Wochenende verbrachten die Gäste eines Hotels in Ostfrankreich. Sie waren drei Stunden lang Geiseln eines Gangster-Trios. Die Gangster erschienen nachts im „Hotel Ibis" in Villers und ließen sich den Safe öffnen. Da dort nur 1000 Mark zu finden waren, weckten die maskierten Männer alle Gäste. Diese wurden in ihre Badezimmer eingeschlossen und mußten von dort aus den Gangstern zurufen, wo Geld und Wertsachen waren. Mehr als 3000 Mark kamen auch dabei nicht heraus. Nachdem sie 14 Zimmer durchsucht hatten, gaben die Männer auf, verschwanden aber *mit dem Wagen* eines Gastes.

Rockerschlacht im Festzelt

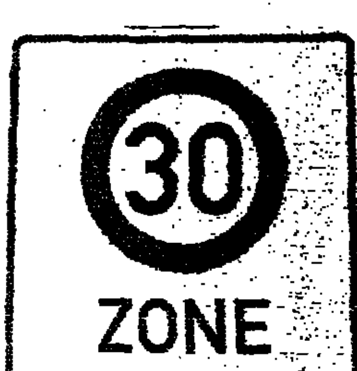
AP, Wolfratshausen

Bei einer blutigen Rockerschlacht am Samstagabend zwischen den „Dirty Angels" aus München und dem „Flying Motor Club" sind sieben Beteiligte verletzt worden, einer davon so schwer, daß er ins Krankenhaus eingeliefert wurde. 18 Verdächtige wurden festgenommen.

„Tempo-Zone"

dpa, Hamburg

Zur Kennzeichnung von Stadtgebeiten, in denen nicht mehr als 30 Kilomeer in der Stunde gefahren werden dürfen, bringt Bundesverkehrs*ministers Werner Dollinger zu Beginn* des neuen Jahres ein neues Verkehrszeichen „Tempo-Zone" heraus. Dieses Schild soll überall dort aufgestellt werden, wo sich Unfälle häufen: In winkligen Altstädten und an Orten mit Wohn- und Spielstraßen.



Deutsches Design erobert den Markt

GABRIELE HERLYN, Düsseldorf

Modemenschen haben die Nase immer vorn: Während Deutschland fröstelnd Abschied nimmt vom Som*mer, läßt die Mode jetzt schon den* Sonnenschein '85 erstrahlen. In 15 Düsseldorfer Messehallen, in Hotels und Diskotheken machen 2600 Aussteller aus 30 Ländern Shows und Geschäfte mit der Damenmode für morgen.

Vom BH bis zur Ballrobe wird das Thema Sex-Appeal in allen Variationen demonstriert. Jetzt heißt es für die Facheinkäufer auf der weltgrößten Modemesse, der 142. Igedo, ordern. Jetzt wird über Erfolg oder Mißerfolg der Kollektionen entschieden. *Ein hartes Geschäft, wie gerade wie*der das überraschende „Aus" für die Firma der renommierten Edith Sonanini bewies.

Doch je schlechter die Zeiten, desto rauschender die Feste. Zelebrierte eben noch die internationale Mode-Elite den 50. Geburtstag Giorgio Armanis in einem Mailänder Altstadtpa*lazzo genauso genüßlich* wie sie den Champagner bei Karl Lagerfelds Chanel-Inszenierung in der Pariser Oper trank, so gibt sie sich dieser Tage ein Stelldichein in Düsseldorf. Show-Spektakel dieser Größenordnung stehen hier zwar nicht auf dem Termin*kalender, dafür aber reihen sich* kleine feine Feste aneinander. Champus floß vor allem für die deutschen Entwerfer. Was im Ausland längst preisgekrönt ist, erobert sich im eigenen Lande nur mühsam seinen Platz: deutsches Design.

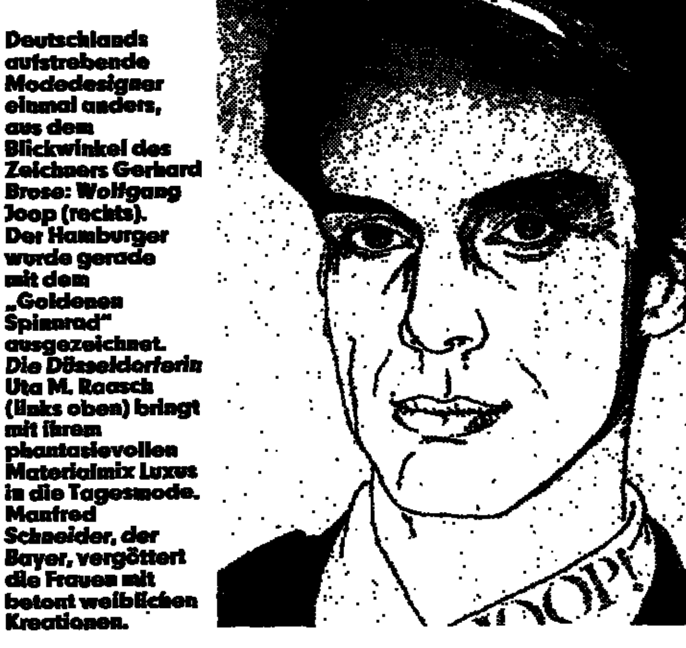
Auftakt zu verstärktem internationalen Renommee war die gestrige Premiere der „*Deutschen Designer-Schau in Düsseldorf*". Fünf Modedesigner schlossen sich zum Erstaunen der Branche erstmals zusammen. Ihr Ziel: internationale Durchsetzung deutscher Mode. Die fünf sind: die Düsseldorferin Uta M. Raasch, die *mit ihrem phantasievollen Material*mix Luxus in die Tagesmode bringt; Beatrice Hympendahl, deren Stil geprägt ist durch den Kontrast maskuliner Elemente mit betont feminen Akzenten, die Kölnerin Caren Pfleger, die mit selbstentworfenen edlen Stof*fen der Poesie der klaren Linien* frönt, der Münchner Manfred Schneider, dessen illustre Kunden seine stets die Weiblichkeit betonenden Couture-Kreationen schätzen, und der Hamburger Wolfgang Joop, der einen „deutschen Stil" entwirft: „*sportlich, praktisch aber auch geheimnisvoll erotisch*". Alle fünf arbeiten daran, „daß deutsche Mode endlich den Platz bekommt, der ihr gebührt".

Wolfgang Joop, in dieser Woche mit dem Modepreis der Samt- und Seidenstadt Krefeld, dem „Goldenen Spinnrad", ausgezeichnet, setzt dafür *seit 1970 seinen ganzen Elan ein*. Geschickt nutzte der „blonde Preuße" das Festbanquett, um bei Gänseleber, Kalbsmedaillon und Eisbombe die Herren der Textilwirtschaft zu mahnen, sich auf „die eigenen Möglichkeiten in Deutschland zu besinnen". *Im Gegensatz zu Lagerfeld, letzter* „Spinnrad"-Preisträger vor elf Jahren, wolle er ein „deutscher Preisträger in Deutschland" sein.

Wie Joop hat auch Caren Pfleger Grund zum Feiern. Blond, schmal, angestrengt von der Arbeit erfüllte sich für das Ex-Pop-Modell am Wochenende der Traum jedes Designers. „*Caren Pfleger*", *ihr Parfum mit* blumig-herbem Duft, kam jetzt auf den Markt. Damit tritt sie in die Fußstapfen der großen Kollegin aus Hamburg, Jil Sander, der vor allem ihre „Duftnoten" zur Berühmtheit verhalfen.

Durch Leitbilder wie Sander ermutigt, wagen immer mehr schöpferische Frauen auf dem Sektor Mode, Nischen zu erspüren. So auch die Düsseldorferin Ursula Conzen, die Samstag nacht mit einer italienischen Soiree vor einem hochkarätigen Publikum die ersten *Beifallsstürme* für ihre sportlich-lässige junge Kollektion erntete. Italiens Botschafter Terraris sparte ebensowenig mit Lob wie DIHT-Präsident Otto Wolff und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians.

Die Krönung des eigenen Stils, der wiederbelebte deutsche Modepreis *und gemeinsame Präsentation* deutscher Designer – drei Signale aus Düsseldorf dafür, daß die Modepropheten im eigenen Land an wegweisendem Einfluß gewinnen.



Deutschlands aufstrebende Modedesigner einmal anders, aus dem Blickwinkel des Zeichners Gerhard Brose: Wolfgang Joop (rechts). Der Hamburger wurde gerade mit dem „Goldenen Spinnrad" ausgezeichnet. *Die Düsseldorferin* Uta M. Raasch (links oben) bringt mit ihrem phantasievollen Materialmix Luxus in die Tagesmode. Manfred Schneider, der Bayer, vergöttert die Frauen mit betont weiblichen Kreationen.

18,5 Millionen Deutsche treiben organisiert Sport

Bundesregierung kündigt neue Förderungsmaßnahmen an

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Wegen des zunehmenden Trends, Sportstätten in Wohngebieten aus Lärmschutzgründen vom Spielbetrieb auszunehmen oder diesen zumindest einzuschränken, hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bun*desinnenministerium*, der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Waffenschmidt, auf drei Rechtsgutachten verwiesen, die das für Sport zuständige Ministerium vergeben hat, „um auf diesem Gebiet etwas mehr Klarheit" zu erreichen.

Anläßlich der Eröffnung der 26. Internationalen Fachmesse für Sportartikel, Campingbedarf und Gartenmöbel „Spoga" in Köln sagte Waffenschmidt gestern, das Thema habe die Öffentlichkeit besonders nach einigen spektakulären Gerichtsentscheidungen stark beschäftigt. Die Bundesregierung trete aber dafür ein, daß auch *künftig* wohnnahe Sportausübung möglich bleibe. Weisungen könnten jedoch von keiner Stelle aus den Richtern erteilt werden. In Kürze werde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von der Umwelt- und Sportministerkonferenz eingesetzt, die die bestehenden Probleme analysieren und beiden Ministerkonferenzen Lösungsvorschläge unterbreiten soll.

Nach den Worten von Waffenschmidt betreiben mit steigenden Zahlen heute schon allein 18,5 Millionen Deutsche – organisiert – Sport. Die Zuwachsraten für „Sport und Camping" und für „Garten und Tiere" lägen mit 37,7 und 12 Prozent Zuwachs weit über den Zahlen für andere Freizeitangebote.

Für das Sport-Förderungssystem *in Deutschland kündigte* Waffenschmidt als Folge „einer Reihe von Enttäuschungen und nicht erfüllten Hoffnungen" bei den Olympischen Spielen in Los Angeles „im einen oder anderen Bereich andere Akzente" an. Es bestehe jedoch kein Anlaß, das *gesamte Fördersystem* in Frage zu stellen. Die Bundesregierung stehe auch in Zukunft zu einem humanen Spitzensport, der gleichzeitig Vorbild und Motor für die Millionen von Breiten- und Freizeitsportlern sei.

Die steigenden Ausgaben der Arbeitnehmerhaushalte für Sport nahm Waffenschmidt zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß 1965 erst durch*schnittlich* 9,5 Prozent der Einkommen für den Bereich „Freizeit" ausgegeben wurden, jetzt aber schon 12,6 Prozent. Wenn dieser Trend anhalte, könnten die meisten Sportartikelhersteller „wohl ohne Sorgenfalten in die Zukunft schauen".

LEUTE HEUTE

Umzug bei Thatchers

Die britische Premierministerin **Margaret Thatcher** und ihr Mann Denis bieten ihr Haus im vornehmen Londoner Stadtviertel Chelsea zum Kauf an – zum Preis von knapp einer Million Mark. Ein Sprecher der Maklerfirma Keitz CArdals Groves pries das Haus, in dem das Ehepaar Thatcher mehr als 15 Jahre gewohnt hat, als „außergewöhnliches Familienheim in äußerst gutem Zustand" an.

Betagter Abenteurer

Der 90 Jahre alte frühere Versicherungskaufmann **Albert Kelly** aus Kirkland im US-Bundesstaat Washington hat sich bei der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa darum beworben, als erster Normalbürger ins All zu fliegen. Die Tatsache, daß nur Lehrer in die Auswahl kommen, stört den alten Herren wenig: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt."

„Nichts geschafft?"

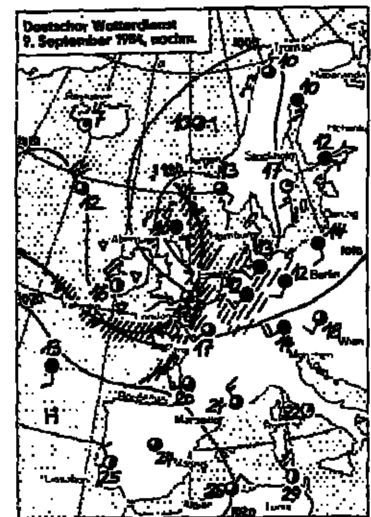
Pilot oder Jockey habe er werden wollen, und am liebsten hätte er immer die Schule geschwänzt – mit diesen Worten enthüllte der Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, **Walter Mondale**, in Chattanooga seine Kindheitsträume. „Geschafft habe ich nichts von alledem."

Finanzielle Gründe

Victor Luna, der mexikanische Rechtsanwalt, hat jetzt den Grund genannt, weshalb es zwischen ihm und **Liz Taylor** zum Bruch gekommen ist. Er konnte finanziell nicht mithalten. Es waren nicht die aufwendigen Reisen, die ihn finanziell *belasteten* – er verbrachte zuviel Zeit in Hollywood mit ihr, so daß er seine Anwaltspraxis vernachlässigen mußte.

WETTER: Kühl

Wetterlage: *Auf der Rückseite eines* umfangreichen Tiefs über der Nordsee gelangt mit einer lebhaften westlichen Strömung *kühle Meeresluft* nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:

Wechselnd, überwiegend stark bewölkt, in Bayern anfangs noch bedeckt und länger andauernder Regen, sonst Schauer. Im Norden örtlich auch kurze Gewitter. Höchste Temperaturen 12 bis 16, Tiefstwerte nachts bei 9 Grad. Mäßiger bis frischer, an der Küste starker bis stürmischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Vorübergehend abklingende Niederschlagsneigung, weiterhin kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	12°	Kairo	27°
Bonn	13°	Kopenh.	15°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	12°	London	17°
Frankfurt	13°	Madrid	24°
Hamburg	13°	Mailand	19°
List/Sylt	13°	Mallorca	28°
München	14°	Moskau	15°
Stuttgart	12°	Nizza	23°
Algier	25°	Oslo	11°
Amsterdam	16°	Paris	17°
Athen	30°	Prag	11°
Barcelona	24°	Rom	23°
Brüssel	14°	Stockholm	17°
Budapest	18°	Tel Aviv	29°
Bukarest	22°	Tunis	29°
Helsinki	12°	Wien	16°
Istanbul	25°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.51 Uhr, Untergang: 19.45 Uhr; **Mondaufgang**: 20.33 Uhr, Untergang: 7.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nicholas Vanderbilt – ein Mann suchte das Abenteuer

ERNST HAUBROCK, Bayville

In kleinsten Familien- und Freundeskreis fand am Sonnabend in der katholischen St.-Gertrude-Kirche zu Bayville auf Long Island bei New York ein Gedenkgottesdienst für Nicholas Vanderbilt statt, den jungen *Millionenerben*, der *seit dem 21.* August vermißt wird und für dessen Überleben es keine Hoffnung mehr gibt.

Der 24jährige Sproß der berühmten Vanderbilt-Dynastie wollte mit einem Freund den 4404 Meter hohen Mount Robson, den höchsten Berg des kanadischen Felsengebirges in British *Columbia*, besteigen, als die beiden Männer in 2500 Meter Höhe *von einem Schneesturm* überrascht wurden.

Überlebenschancen sind gleich Null

Eine intensive Suche aus Flugzeugen und Hubschraubern, die nach einer Woche wegen der Wetterbedingungen abgebrochen werden mußte, erbrachte von den Vermißten keine Spur. Bei den am Berg herrschenden Temperaturen sind ihre Überlebenschancen inzwischen gleich Null.

Nicholas Vanderbilt galt als erfahrener Bergsteiger, aber zugleich hatte er einen ausgeprägten Hang zum sportlichen Abenteuer und Wagnis. Für den 1,90 Meter großen, athletisch gebauten und ungewöhnlich gut aussehenden jungen Mann waren strapa*ziöse Bergtouren, Kanufahrten* auf Wildwassern, Fallschirmsprünge aus mehreren tausend Metern Höhe im freien Fall und Fliegen im eigenen Flugzeug ein größeres Vergnügen, als durchtanzte Nächte in Diskotheken, wie sie von Altersgenossen seiner Gesellschaftsschicht geschätzt werden. Ein zweijähriges Vorbereitungsstudium an der Harvard-Universität schloß er mit summa cum laude ab, um dann, *statt Jura* oder Wirtschaftswissenschaften zu studieren, wie es die Familie gern gesehen hätte, sich seinen Neigungen zu widmen. Eine Weile war er Arbeiter an der Trans-Alaska-Pipeline, um später als freier Journalist über diese Erfahrung zu schreiben. Beiträge von ihm über die ausgefallenen Sportarten, die sein Hobby waren, erschienen in angesehenen Zeitschriften.

Irgendwann hätte sich Nicholas wohl verpflichtet gefühlt, einen Schreibtisch im New Yorker Wall-Street-Viertel einzunehmen, um von dort sein vielgefächertes Vermögen zu verwalten und zu mehren, eine Tätigkeit, die schon mehrere seiner Ahnen nicht mit Enthusiasmus ausgeübt hatten.

Parallele zu Michael Rockefeller

Nicholas gehörte in der fünften Generation zum inzwischen weitverzweigten Vanderbilt-Millionärs-Klan, dessen Stammvater Cornelius Vanderbilt (1794 bis 1877) war. Der berühmte „Commodore" schuf zuerst als Reeder und später als Eisenbahnkönig den Grundstock eines heute unermeßlichen Vermögens. Nach*kommen von ihm waren* Wirtschaftsführer, Kunstmäzene und Stifter von Universitäten. Mehrere Vanderbilts bauten in den USA Landsitze und Schlösser, die sich mit den schönsten Europas messen können.

Das Schicksal des jungen Nicholas bringt die Geschichte des Michael Rockefeller, Sproß der anderen berühmten amerikanischen Millionärs-Dynastie, in Erinnerung. Der 23jährige Michael, Sohn des damaligen Gouverneurs des Staates New York und späteren US-Vizepräsidenten Nelson Rockefeller, verschwand im November 1961 an der Küste des damaligen niederländischen Neu-*Guineas, des heutigen West-Irians*. Der abenteuerfreudige, sportliche junge Rockefeller wollte als begeisterter Amateur-Anthropologe bei den Steinzeitbewohnern der entlegenen Weltgegend Schrumpfköpfe und Schnitzereien für das New Yorker Völkerkunde-Museum sammeln. Als sein primitiver Katamaran vor der Küste *manövrierunfähig* wurde, ließ Michael seinen holländischen Gefährten Rene Wassink auf *dem* Fahrzeug zurück, um bis zum fünf Kilometer entfernten Strand zu schwimmen und Hilfe zu suchen. Wassink wurde am nächsten Tag von einem holländischen Marine-Boot gerettet. Michael blieb bis heute verschollen. Suchaktionen, an denen sich der Vater, 5000 Eingeborene, sowie Einheiten der *holländischen*, australischen und amerikanischen Marine beteiligten, in einem Landstrich *mit* Krokodilen, Kopfjägern und Kannibalen, blieben ohne Ergebnis.

(SAD)

ZU GUTER LETZT

Mit einem gellenden Schreckensschrei warf sich die 36 Jahre alte Staatsanwältin Edith Golan bei ihrem Plädoyer in die Arme des Verteidigers. Die Beamtin war vor einer Maus, die unversehens vor ihren Füßen auftauchte, derart aus der Fassung geraten. Ungeachtet einer sofortigen Treibjagd, an der sich Zeugen, Gerichtsdiener, Polizisten, Anwälte und Zuschauer beteiligten, konnte der Nager entkommen. Dies meldete die Nachrichtenagentur AFP.